

Bayern in Zahlen

Ausgabe 12 | 2014



- Entwicklung des Rinderbestandes seit 1984
- Primäres und Verfügbares Einkommen privater Haushalte
- Außenhandel mit den USA
- Zählung und Erfassung der Bevölkerung in ihrer historischen Entwicklung bis 1871



Alle Veröffentlichungen im Internet unter
www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Diesen Code einfach mit der entsprechenden App scannen, um zum angegebenen Link zu gelangen.

Kostenlos

ist der Download von allen Statistischen Berichten (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählten anderen Publikationen (Informationelle Grundversorgung).

Kostenpflichtig

sind die links genannten Veröffentlichungen in gedruckter Form sowie die Druck- und Dateiausgaben (auch auf Datenträger) aller anderen Veröffentlichungen.

Newsletter-Service

Für Themenbereich/e anmelden. Information über Neuerscheinung/en wird per E-Mail aktuell übermittelt.

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik

Jahrgang 145. (68.)

Artikel-Nr. Z10001

ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise

monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Preis

Einzelheft 4,80 €

Jahresabonnement 46,00 €

Zuzüglich Versandkosten

Bildnachweis Titel

Hochlandrind in den bayerischen Alpen

© marley – Fotolia

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de

Telefon 089 2119-3205

Telefax 089 2119-3457

Internet www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de

Telefon 089 2119-3218

Telefax 089 2119-13580

© Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Erläuterungen

0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der
kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit

– nichts vorhanden

/ keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug

· Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder
nicht rechenbar

... Angabe fällt später an

X Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll

() Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der
Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann

p vorläufiges Ergebnis

r berichtiges Ergebnis

s geschätztes Ergebnis

D Durchschnitt

≙ entspricht

Gelegentlich auftretende Differenzen in den
Summen sind auf das Runden der Einzelposition
zurückzuführen.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Statistiker ziehen gerne Bilanz, auftragsgemäß meist über andere. Kurz vor dem Jahreswechsel will ich auch eine Art Bilanz für unser Amt vorlegen. Es war ein bewegtes Jahr, das bereits mit einschneidenden Änderungen begann: Die Auslagerung des bis dahin zum Amt gehörenden Rechenzentrums Süd in das neu gegründete Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung zum einen, der Wechsel an der Amtsspitze zum anderen. Als „die Neue“ hatte ich bei den Europawahlen erstmals mein Amt als Landeswahlleiterin wahrzunehmen, im Mai konnten wir zusammen mit Innenminister Joachim Herrmann die endgültigen Zensus-2011-Ergebnisse auf einer Pressekonferenz vorstellen und nur wenige Tage später im gleichen Rahmen auch die Zahlen der aktuellen regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2032.

Mitte Juli fanden die dritten Statistiktage Bamberg|Fürth statt, für das „Statistik Netzwerk Bayern“ konnten wir den Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sowie das ifo-Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. als neue Netzwerkpartner gewinnen, und Ende des Jahres werden wir noch das Statistische Jahrbuch 2014 präsentieren, wiederum auf einer Pressekonferenz. Sie sehen, es war ein durchaus ereignisreiches und arbeitsintensives Jahr. Die Verlagerung des Amtes von München nach Fürth macht gute Fortschritte, Ende des Jahres werden bereits über 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der neuen Dienststelle tätig sein. Die Zeit vor Weihnachten ist immer auch die der Besinnung. Bei aller Freude über die erfolgreichen Schritte des Verlagerungsprozesses macht mich der Gedanke an die langjährig Bediensteten nachdenklich, die den Umzug nicht begleiten wollen oder können und deren Ausscheiden für manche Betroffene persönliche Härten, aber auch einen Verlust an Fachwissen für uns bedeutet.

Viel Fachwissen finden Sie auch in dieser Ausgabe der Bayern in Zahlen. So können Sie unter anderem Beiträge zum Primären und Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Bayern, zum bayerischen Außenhandel mit den USA sowie zur Entwicklung des Rinderbestands im Freistaat lesen.

Ich wünsche Ihnen wie immer viel Freude beim Lesen, für das neue Jahr vor allem Gesundheit und uns allen viel Erfolg bei der Bewältigung kommender Aufgaben.

Herzlichst



Marion Frisch
Präsidentin
Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung



Statistik aktuell

712 Kurzmitteilungen

Nachrichten

727 Zweite Vollversammlung des
„Statistik Netzwerks Bayern“

Beiträge aus der Statistik

730 Das Primäre und Verfügbare Einkommen der
privaten Haushalte in Bayern und in Deutschland

738 Entwicklung des Rinderbestandes
in Bayern seit 1984

743 Bayerischer Außenhandel mit den USA

Gastbeitrag:

750 Die Zählung und die Erfassung der
Bevölkerung in ihrer historischen Entwicklung
vom Römischen Imperium bis zur
Reichsgründung 1871

Historische Beiträge aus der Statistik

760 Definitive Hauptergebnisse der Volkszählung
von 1871 im gesamten Deutschen Reich

761 Bayerns direkte Ausfuhr nach den Vereinigten
Staaten von Amerika im Jahre 1913

Bayerischer Zahlenspiegel

763 Tabellen

772 Graphiken

Neuerscheinungen

3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen



Gebiet, Flächennutzung, Bevölkerungsstand, natürliche Bevölkerungsbewegung, Wanderungen

Nachtrag

Änderung von Gemeindeteilnamen in Bayern zum 21. Juli 2014

Geändert wurden durch Bescheid des Landratsamts Landshut vom 21. Juli 2014, die Namen der Gemeindeteile „Oed“ in „Öd bei Kirchberg“, „Oed“ in „Öd bei Dietelskirchen“, „Wieselsberg“ in „Wieselsberg bei Jesendorf“ und „Wieselsberg“ in „Wieselsberg bei Kirchberg“ der Gemeinde Kröning (09 274 145), Landkreis Landshut.

Erteilung von Gemeindeteilnamen in Bayern zum 16. September 2014

Erteilt wurden durch Bescheid des Landratsamts Altötting vom 16. September 2014 die Namen „Klenner“ und „Renzl“ für zwei Gemeindeteile der Gemeinde Burgkirchen a.d. Alz (09 171 113), Landkreis Altötting.

Bayern wächst im Jahr 2013 durch Wanderungsgewinne um über 97 600 Einwohner

Die Gesamtwanderungsbilanz Bayerns wies im Jahr 2013 einen Überschuss von 97 647 Personen auf. Damit nahm das Wanderungsplus Bayerns 2013 gegenüber dem Vorjahr erneut zu (2012: +91 586 Personen). Der Saldo des Jahres 2013 ergab sich aus insgesamt 366 329 Zuzügen und 268 682 Fortzügen über die Grenzen des Freistaats. Im Jahr 2012 lag sowohl das Niveau der Zuzüge (339 545 Per-

sonen) als auch der Fortzüge (247 959 Personen) noch um mehr als sieben Prozent niedriger.

Gegenüber dem übrigen Bundesgebiet wurden im Jahr 2013 126 163 Zuzüge und 112 078 Fortzüge verbucht. Das entspricht einem Zuwanderungsplus von 14 085 Personen, etwa 1 400 Personen weniger als im Vorjahr. Gegenüber dem Ausland weist die

Wanderungsstatistik Bayerns 240 166 Zuzüge und 156 604 Fortzüge für das Jahr 2013 aus. Das entsprechende Wanderungsplus betrug demnach 83 562 Personen, knapp 7 500 Personen mehr als im Vorjahr.

63% der gut 240 000 Auslandszuzüge im Berichtsjahr 2013 entfielen auf EU-Ausländer (150 731 Personen). Etwa 114 600 dieser

Gesamtwanderung der Regierungsbezirke Bayerns 2013

Herkunfts- bzw. Zielgebiet	Wanderung innerhalb des Landes ¹			Wanderung über die Landesgrenze			Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-) insgesamt
	Zu-gezogene ²	Fort-gezogene ²	Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Zu-gezogene ²	Fort-gezogene ²	Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	
Oberbayern	187 656	191 433	- 3 777	173 078	121 253	51 825	48 048
Niederbayern	52 810	50 571	2 239	24 980	16 599	8 381	10 620
Oberpfalz	44 554	42 852	1 702	18 512	14 355	4 157	5 859
Oberfranken	42 692	42 347	345	17 590	15 403	2 187	2 532
Mittelfranken	70 643	75 172	- 4 529	52 524	36 851	15 673	11 144
Unterfranken	51 281	50 913	368	28 708	25 356	3 352	3 720
Schwaben	72 631	68 979	3 652	50 937	38 865	12 072	15 724
Bayern	522 267	522 267	-	366 329	268 682	97 647	97 647

1 Ohne innerhalb des Regierungsbezirks Umgezogene.

2 Zugezogene nach bzw. Fortgezogene aus dem in der Vorspalte genannten Gebiet.

Zuwanderer aus der EU hatten einen osteuropäischen Pass (76%), fast 25 800 einen südeuropäischen (16%). Die Wanderungsgewinne gegenüber der EU beliefen sich insgesamt auf rund 64 000 Personen, darunter ein Plus von etwa 48 300 osteuropäischen und fast 12 800 südeuropäischen EU-Bürgern. Die größte Nettozuwanderergruppe waren Rumänen (+14 059 Personen), gefolgt von polnischen (+11 644), ungarischen (+9 098) und italienischen (+4 784) Staatsangehörigen. Der Wanderungssaldo mit Drittstaatsangehörigen lag

2013 insgesamt bei über 26 900 Personen, darunter auch ein Plus von etwa 3 000 Russen, fast 2 100 Kosovaren und rund 1 400 Bosniern. Der größte negative Saldo findet sich mit einem Minus von fast 700 Personen bei türkischen Staatsangehörigen.

Auf Regierungsbezirksebene, so die Statistikbehörde weiter, konnte Oberbayern mit einem Plus von knapp über 48 000 den größten Gesamtwanderungsgewinn verbuchen. Es folgen Schwaben mit rund 15 700, Mittelfranken mit gut

11 100 und Niederbayern mit etwas über 10 600 Nettozuzügen. Auch die übrigen drei Regierungsbezirke wiesen im abgelaufenen Berichtsjahr 2013 eine positive Wanderungsbilanz auf, konnten wegen niedrigerer Wanderungsgewinne von außerhalb Bayerns jedoch nur deutlich niedrigere Überschüsse von circa 2 500 bis knapp 5 900 Personen erzielen.

Weitere Daten zu den Wanderungen in Bayern erhalten Sie über folgenden Link: www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online/logon



Bildung und Kultur

Plus 4,2% Studierende in Bayern 2014 – Zahl der Studienanfänger leicht rückläufig, aber weiterhin hoch

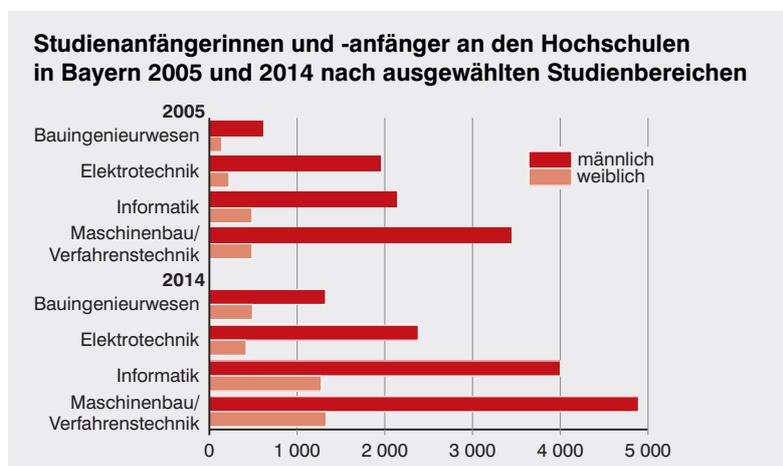
Anfang November waren an Bayerns Hochschulen 370 748 Studierende eingeschrieben. Für das Wintersemester 2014/15 meldeten die Studentenkazeneien damit 14 833 oder 4,2% mehr Studierende als im Wintersemester zuvor (355 915). Nach noch vorläufigen Ergebnissen (Stichtag 3. November 2014) fiel der Zuwachs an den Universitäten (240 111 Studierende) mit 3,8% niedriger aus als an den Fachhochschulen (122 477; +5,1%). An den bayerischen Kunsthochschulen waren in diesem Wintersemester 3 720 junge Menschen immatrikuliert (+1,1%), an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege 3 877 (-1,2%). Im Zehnjahresvergleich hat sich in Bayern die Zahl der Studierenden um 121 617 oder 48,8% erhöht (Wintersemester 2004/05: 249 131 Studierende).

Im Wintersemester 2014/15 begannen 65 334 junge Menschen ein Studium in Bayern. Gegenüber

dem Vorjahr bedeutet das einen leichten Rückgang um -2,2%.

Betrachtet man die Studienanfängerzahlen im ersten Hochschulsemester nach dem Geschlecht, zeigt sich bei einer Frauenquote von 49,4% ein insgesamt nahezu ausgeglichenes Verhältnis. Dieses Bild lässt sich nach der Hochschulart und in einem Vergleich mit dem Wintersemester 2004/05 weiter differenzieren. So ist der Anteil der weiblichen Studienanfänger an

den Verwaltungsfachhochschulen mit 53,1% (im WS 2004/05: 40,1%) leicht, an den Fachhochschulen mit 42,3% (im Vergleichssemester: 38,1%) sogar deutlich gestiegen. An den Universitäten mit 53,7% (zuvor: 55,5%) und an den Kunsthochschulen dagegen ist mit 53,7% (WS 2004/05: 53,9%) ein leichter Rückgang, an den theologischen Hochschulen sank der entsprechende Anteilswert deutlicher von 47,6 auf 40,0%.



Im Studienjahr 2014 waren an Bayerns Hochschulen insgesamt 73 221 Studienanfängerinnen und -anfänger (1. Hochschulsemester) zu verzeichnen. Das waren etwas weniger (-0,6%) als im vorhergehenden Studienjahr, aber deutlich mehr als 2005 (22 703 oder 44,9%). Im Bereich Informatik waren 7,2% (5 278) aller Erstmatriculierten eingeschrieben. Insgesamt nahm die Zahl der Anfänger auch im Informatikbereich im Zehnjahresvergleich mit 101,5% überproportional zu.

Noch dynamischer entwickelte sich der Bereich Bauingenieur-

wesen, in dem 1 818 junge Leute erstmals ein Studium begannen, das waren 139,8% mehr als zehn Jahre zuvor. Im Studienjahr 2014 begannen insgesamt 6 223 Studierende bzw. 8,5% ein Fachstudium im Bereich Maschinenbau/Verfahrenstechnik. In diesem Studienbereich stieg die Zahl der Anfänger seit dem Studienjahr 2005 um 54,2%. Der Bereich Elektrotechnik macht mit 2 802 Erstsemestern einen Anteil von 3,8% aus und ist seit 2005 um 28,8% gestiegen.

Während in den letzten zehn Studienjahren der Anteil der Anfänger insgesamt relativ konstant blieb –

2011 mit der Aussetzung der Wehrpflicht bildet hier eine Ausnahme – stieg die Zahl der weiblichen Studienanfänger in den aufgeführten MINT-Bereichen überproportional. So nahm die Zahl angehender Informatikerinnen um 162,2% zu (Studenten +87,6%). Im Bereich Maschinenbau/Verfahrenstechnik lagen die entsprechenden Werte bei 123,7% (Studentinnen) bzw. bei 42,2%.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Studierende an den Hochschulen in Bayern/Ergebnisse der Schnellmeldung – Wintersemester 2014/15 (Bestellnummer: B3121C 201300, nur als Datei).*

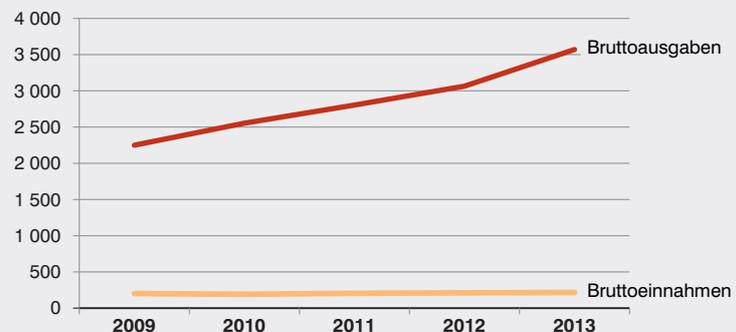


Soziales, Gesundheit

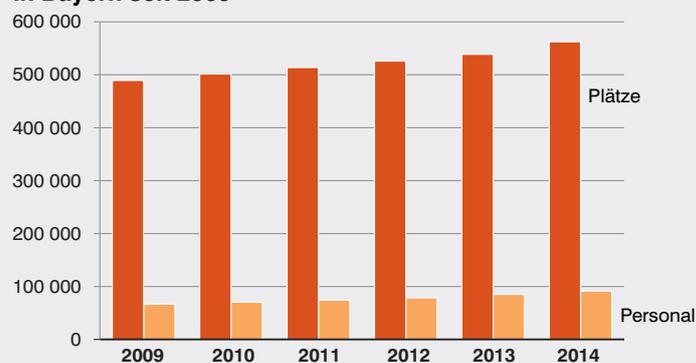
2013 wurden in Bayern mehr als 3,5 Milliarden Euro für die Betreuung von Kindern verausgabt

Die Bruttoausgaben für die Kindertagesbetreuung steigen seit Jahren an. Im Laufe des vergangenen Jahres wurden insgesamt 3 570 Millionen Euro von den Trägern der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe zur Förderung der Kindertagesbetreuung verausgabt (+16,5% gegenüber 2012). Davon gingen 1 494 Millionen Euro an Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft und 1 943 Millionen Euro waren zur Förderung von Einrichtungen freier Träger bestimmt. Dazu kamen 87 Millionen Euro für Einzel- und Gruppenhilfen in Einrichtungen und 46 Millionen Euro zur Förderung von Kindertagespflege. Dem gegenüber standen rund 216,6 Millionen Euro an Einnahmen für Kindertageseinrichtungen. Diese setzten sich aus Gebühren, Entgelten der Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft sowie sonstigen Einnahmen zusammen (gut 210 Millionen Euro) sowie aus Einnahmen von freien Trägern, zum

Bruttoausgaben und -einnahmen der Kindertagesbetreuung in Bayern seit 2009
in Millionen Euro



Plätze und Personal in Kindertageseinrichtungen in Bayern seit 2009

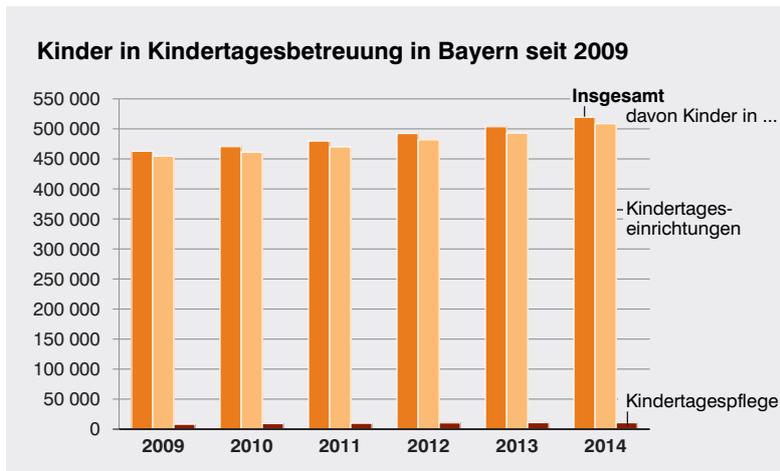


Beispiel als Rückflüsse aus Zuschüssen und Darlehen (rund 6,5 Millionen Euro).

Dieses finanzielle Engagement geht mit dem Ausbau der Kindertageseinrichtungen, den in den Einrichtungen zur Verfügung stehenden Betreuungsplätzen sowie der seit Jahren steigenden Zahl an Personal in den Tageseinrichtungen einher.

Entsprechend wurden in den vergangenen Jahren zunehmend mehr Kinder in den Tageseinrichtungen betreut. Dieser Trend war auch in der öffentlich geförderten Kindertagespflege festzustellen, hier jedoch nahm die Zahl der Kinder zum 1. März 2014 erstmals gegenüber dem Vorjahr geringfügig ab.

Kinder, die im Rahmen der Tagespflege betreut wurden und zusätz-



lich eine Kindertageseinrichtung besuchten, wurden in beiden Positionen mitgezählt.

Hinweis
Weitere Informationen zu den Kindertageseinrichtungen und den dort betreuten Kindern sowie zu den Einnahmen und Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe erhalten sie unter den folgenden Links:

Kindertageseinrichtungen und betreute Kinder (regionalisierte Zahlen): www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online?&sequenz=statistikTabellen&selectionname=22541

Kinder- und Jugendhilfe: www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online?&sequenz=statistikTabellen&selectionname=22551

Geburtenanstieg um 2,4% in Bayern im Jahr 2013

Im Jahr 2013 kamen in Bayern 109 562 Babys lebend zur Welt, davon 53 649 Mädchen und 55 913 Jungen. Das waren rund 2,4% mehr (+2 523) als im Vorjahr 2012. Die Zunahme von Geburten in ehelichen Familien lag nur leicht über dem Gesamttrend. So wurden von verheirateten Müttern im

Jahr 2013 rund 2,6% mehr Babys zur Welt gebracht. Die Zahl der nicht in einer Ehe geborenen Kinder stieg dagegen nur um 1,7%. Im Jahr 2013 lag der Anteil der in nicht-ehelichen Familien zur Welt gekommenen Kinder weiterhin mit knapp 27% auf einem sehr hohen Niveau. Innerhalb der letzten

20 Jahre hat sich dieser Wert mehr als verdoppelt.

Fast alle Regierungsbezirke registrierten im Jahr 2013 Geburtenanstiege. Nur in Oberfranken blieb die Anzahl der Lebendgeborenen nahezu gleich. Die deutlichste Zunahme ergab sich für den Regie-

Lebendgeborene und Gestorbene in Bayern 2013					
Regierungsbezirk	Lebendgeborene		Gestorbene		Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)
	Anzahl	Veränderung in Prozent ¹	Anzahl	Veränderung in Prozent ¹	
Oberbayern	42 931	2,6	39 561	0,7	3 370
Niederbayern	9 469	1,0	12 537	1,5	- 3 068
Oberpfalz	8 647	0,6	11 549	1,1	- 2 902
Oberfranken	7 777	0,0	12 777	0,0	- 5 000
Mittelfranken	15 020	3,5	18 185	1,4	- 3 165
Unterfranken	10 358	3,1	14 054	2,7	- 3 696
Schwaben	15 360	3,2	18 240	1,5	- 2 880
Bayern	109 562	2,4	126 903	1,2	- 17 341

¹ Gegenüber dem Vorjahr 2012.

rungsbezirk Mittelfranken (+3,5%), gefolgt von Schwaben (+3,2%), Unterfranken (+3,1%), Oberbayern (+2,6%), Niederbayern (+1,0%) und der Oberpfalz (+0,6%).

Gleichzeitig hat sich in Bayern die Zahl der Sterbefälle um 1 455 auf 126 903 erhöht. Wie bereits seit 2001 zu beobachten ist, konnten auf Landesebene auch im Jahr 2013 die natürlichen Bevölkerungsverluste durch Sterbefälle nicht durch Geburten ausgeglichen werden. Allerdings hat sich gegenüber dem Vorjahr 2012 der Sterbefallüberschuss von - 18 409 auf - 17 341 verringert.

Auf der Ebene der Regierungsbezirke fiel lediglich für Oberbayern die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Lebendgeborene minus Gestorbene) weiterhin positiv aus. Aufgrund der Zunahme der Geburten und des nur leichten Anstiegs der Sterbefälle erhöhte sich der Geburtenüberschuss in Oberbayern von 2 558 auf 3 370.

Mit Ausnahme von Mittelfranken und Schwaben verbuchten alle anderen Regierungsbezirke gegenüber dem Vorjahr 2012 dagegen leicht erhöhte Sterbefallüberschüsse. Der höchste natürliche Bevölkerungsrückgang 2013 ergab sich

dabei für den Regierungsbezirk Oberfranken (-5 000), gefolgt von Unterfranken (-3 696), Mittelfranken (-3 165), Niederbayern (-3 068), der Oberpfalz (-2 902) und Schwaben (-2 880).

Weitere Daten zu den Geburten und Sterbefällen in Bayern erhalten Sie unter den folgenden Links:

Statistik der Geburten auf GENESIS-Online: www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online/data?operation=begriffsRecherche&suchanweisung_language=de&suchanweisung=statistik+der+Geburten&x=12&y=6

Statistik der Sterbefälle auf GENESIS-Online: www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online/data?operation=begriffsRecherche&suchanweisung_language=de&suchanweisung=statistik+der+Sterbef%C3%A4lle&x=9&y=7



Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Fleischerzeugung in Bayern 2014 geringfügig gestiegen

Von Januar bis September 2014 wurden in Bayern in gewerblichen Schlachtbetrieben sowie durch Hausschlachtungen 591 900 Tonnen (t) zum Verzehr geeignetes Fleisch (ohne Geflügel) erzeugt. Im Vergleich zum entsprechenden

Vorjahreszeitraum war dies eine geringfügige Steigerung um 1 900 t bzw. 0,3%. Auf Schweinefleisch entfielen 61,7% der gesamten Schlachtmenge. Gegenüber den ersten neun Monaten des Vorjahres sank die Schweinefleisch-

produktion um 1,6% (5 900 t) auf 365 100 t. Die Zahl der geschlachteten Schweine nahm hierbei wegen des etwas höheren durchschnittlichen Schlachtgewichts im gleichen Zeitraum um 1,9% (73 900 Tiere) auf 3,82 Millionen

Schlachtaufkommen aus gewerblichen Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft in Bayern von Januar bis September 2014 nach Regierungsbezirken

Gebiet	Ins- gesamt	davon										
		Rinder zu- sammen	davon						Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde
			Ochsen	Bullen	Kühe	weibl. Rinder ¹	Kälber	Jung- rinder				
Tonnen												
Oberbayern	156 735	67 586	1 205	32 268	20 909	12 480	480	244	88 762	338	29	20
Niederbayern	170 694	25 741	118	15 607	5 292	4 474	124	127	144 730	124	6	92
Oberpfalz	34 594	20 356	100	5 716	9 974	4 383	84	100	14 030	166	15	26
Oberfranken	85 827	31 047	58	11 586	14 622	4 552	125	105	54 691	46	11	31
Mittelfranken	49 187	20 758	55	8 260	8 312	3 911	142	78	28 078	327	10	13
Unterfranken	24 522	5 713	122	2 700	1 793	951	111	36	18 558	233	10	8
Schwaben	70 341	53 789	533	22 798	22 437	7 472	406	143	16 278	255	12	7
Bayern Jan. bis Sept. 2014	591 900	224 990	2 190	98 933	83 338	38 224	1 472	833	365 128	1 490	94	197
Jan. bis Sept. 2013	589 961	217 011	2 188	92 584	82 059	37 908	1 515	756	371 072	1 519	95	264
Veränderung absolut	1 939	7 980	2	6 349	1 279	315	- 43	77	- 5 944	- 29	- 1	- 67
%	0,3	3,7	0,1	6,9	1,6	0,8	- 2,8	10,2	- 1,6	- 1,9	- 0,8	- 25,2

¹ Ausgewachsene weibliche Rinder, die noch nicht gekalbt haben (Färsen).

ab. Fast 64 % des Schweinefleisches wurden in Niederbayern (144 700 t bzw. 39,6%) und Oberbayern (88 800 t bzw. 24,3%) erzeugt.

38 % der Schlachtmenge entfielen auf die Rindfleischerzeugung. Mit 225 000 t war die produzierte Fleischmenge um 3,7 % (8 000 t) höher als in den ersten drei Quartalen des Vorjahres. Die Zahl der geschlachteten Rinder nahm hier-

bei um 3,6 % (22 600 Tiere) auf 653 000 Tiere zu. Der regionale Schwerpunkt der Rindfleischproduktion liegt im Süden Bayerns, und zwar in Oberbayern mit 67 600 t (Anteil 30,0 %) sowie in Schwaben mit 53 800 t (23,9%). Die verbleibende Schlachtmenge von knapp 1 800 t verteilte sich insbesondere auf Schaffleisch (1 500 t) sowie in geringem Umfang auf Ziegen- und Pferdefleisch.

Recht unterschiedlich ist der Beitrag Bayerns zur Fleischerzeugung in Deutschland. Während beim Rindfleisch gut ein Viertel der Schlachtmenge aus Bayern stammt, liegt der Anteil beim Schweinefleisch bei lediglich knapp einem Zehntel.

3,1 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche in Bayern 2014

Nach endgültigen Ergebnissen der diesjährigen repräsentativen Bodennutzungshaupterhebung beträgt die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Bayern 3 141 200 Hektar.

Bayerns Landwirte bewirtschaften dabei 2 075 600 Hektar Ackerland. Mit 1 165 900 Hektar und somit 1,9 % weniger als im Vorjahr ist über die Hälfte der Ackerlandfläche mit Getreide zur Körnergewinnung (einschließlich Körnermais und Corn-Cob-Mix) bestellt. Von dieser Anbaufläche entfallen auf die wichtigsten Fruchtarten Weizen und Gerste 535 100 bzw. 337 000 Hektar. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine leichte Zunahme um 0,5 % bei den Anbauflächen

des Weizens und eine Abnahme um 3,2 % bei Gerste. Ein hoher Rückgang um 22,8 % auf 41 500 Hektar ist bei der Anbaufläche von Roggen und Wintermenggetreide zu verzeichnen.

Auf über einem Viertel des Ackerlands bzw. auf 578 700 Hektar werden Pflanzen zur Grünernte angebaut. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine deutliche Zunahme um 6,5 %. Dies ist insbesondere durch den verstärkten Anbau von Silomais auf nunmehr 425 400 Hektar (+9,3 %) bedingt. Rund 147 800 Hektar des Ackerlands sind mit Handelsgewächsen bestellt; das sind rund 4,0 % weniger als im Vorjahr. Den größten Teil davon umfasst mit 122 200 Hektar die An-

baufläche für Winterrapen, dies ist eine deutliche Abnahme um 5,7 % gegenüber 2013.

Die Anbaufläche von Hackfrüchten (100 900 Hektar) hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert (+0,3 %). Die Fläche von 19 500 Hektar, auf der Gartengewächse angebaut wurden, erhöhte sich demgegenüber deutlich um 11,5 %. Auch Hülsenfrüchte (16 600 Hektar) werden im Jahr 2014 signifikant mehr angebaut als noch im Vorjahr (+29,5 %).

Die Dauergrünlandflächen mit insgesamt rund 1 052 900 Hektar sind nahezu auf dem Niveau von 2013 geblieben. Hier ist lediglich ein Rückgang um 0,4 % zu verzeichnen.



Verarbeitendes Gewerbe

Umsätze der bayerischen Industrie in den ersten neun Monaten 2014 um 3,5 % über dem Vorjahresniveau

In den ersten neun Monaten des Jahres 2014 erzielte das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäf-

tigten“ ein Umsatzplus von 3,5 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Von den 248,0 Milliarden Euro Gesamtumsatz entfielen 135,7 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (+4,9 %) und darunter rund 43,4 Milliarden

Euro auf Umsätze mit den Ländern der Eurozone (+5,4 %). Die Anteile der Auslandsumsätze und der Umsätze mit den Eurozonenländern am Gesamtumsatz betragen 54,7 % bzw. 17,5 %.

Der Personalstand des Verarbeitenden Gewerbes lag Ende September 2014 um 1,7% über dem Vorjahresstand.

Die Nachfrage nach Gütern des Verarbeitenden Gewerbes stieg für

den Zeitraum von Januar bis September 2014 gegenüber der vergleichbaren Vorjahresperiode preisbereinigt um 6,8%. Die Bestelleingänge aus dem Ausland erhöhten sich um 9,4%, diejenigen aus dem Inland um 2,3%.

Ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im September 2014“ (Bestellnummer: E1101C 201409, nur als Datei)* und „Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im September 2014“ (Bestellnummer: E1300C 201409, nur als Datei).*



Handel und Dienstleistungen

Bayerns Exporte 2014 bei 126 Milliarden Euro, Importe bei 112 Milliarden Euro

Nach vorläufigen Ergebnissen exportierte die bayerische Wirtschaft

im ersten Dreivierteljahr 2014 Waren im Wert von mehr als 126,4 Mil-

liarden Euro, dies sind 1,5% mehr als im Vorjahreszeitraum. In die

Außenhandel Bayerns im ersten Dreivierteljahr 2014				
Vorläufige Ergebnisse				
Erdteil / Ländergruppe / Land	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- zeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- zeitraum
	1 000 €	%	1 000 €	%
Januar bis September				
Europa	78 437 213	1,6	77 993 456	5,3
dar. EU-Länder (EU 28)	67 394 261	2,6	66 741 687	6,8
dar. Euro-Länder	42 495 465	-1,9	40 672 506	1,3
dar. Frankreich	8 538 314	-2,3	4 730 725	4,3
Niederlande	4 326 570	4,2	5 784 288	5,6
Italien	7 789 579	1,3	7 857 444	1,9
Spanien	3 254 431	5,1	2 825 100	5,3
Österreich	9 760 948	-1,6	11 343 124	3,3
Belgien	3 643 504	-22,2	2 770 782	-4,9
Slowakei	1 424 458	4,2	2 236 220	7,2
Vereinigtes Königreich	9 418 934	15,9	4 457 435	14,7
Dänemark	1 052 000	4,2	557 036	7,3
Schweden	2 430 864	7,1	1 043 186	-11,5
Polen	3 626 619	8,1	3 852 937	10,6
Tschechische Republik	4 222 900	10,1	7 832 373	12,2
Ungarn	2 068 090	8,2	5 682 741	36,4
Rumänien	1 291 072	13,1	1 969 581	31,4
Schweiz	4 064 912	4,0	2 622 252	-2,8
Türkei	2 095 584	-4,0	1 951 847	4,9
Russische Föderation	2 948 155	-10,5	4 838 603	-11,6
Afrika	2 138 156	-8,7	3 482 379	-31,7
Amerika	18 763 129	-0,4	8 541 880	-0,6
dar. USA	14 449 484	4,2	7 256 757	1,2
Kanada	1 226 492	-7,9	275 904	5,4
Brasilien	1 137 145	-14,9	323 922	-0,7
Asien	25 896 501	3,8	22 086 875	-0,6
dar. Malaysia	850 299	0,8	1 017 511	7,0
Volksrepublik China	12 536 169	8,1	8 954 844	2,5
Republik Korea	2 279 933	9,3	807 204	29,8
Japan	2 523 363	-3,3	2 089 199	-2,3
Taiwan	849 949	-4,3	1 165 054	26,4
Kasachstan	123 718	-26,8	2 606 126	0,2
Australien-Ozeanien	1 175 240	-5,2	103 553	-8,2
dar. Australien	1 019 040	-4,8	58 501	-17,6
Verschiedenes ¹	9 752	-26,9	-	x
Insgesamt	126 419 990	1,5	112 208 145	1,9

1 Schiffs- und Flugzeugbedarf, hohe See, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

EU-Mitgliedsstaaten wurden Waren im Wert von knapp 67,4 Milliarden Euro geliefert (+2,6%), darunter wurden Waren im Wert von rund 42,5 Milliarden Euro in die Euro-Länder ausgeführt (-1,9%). In den ersten neun Monaten 2014 importierte Bayerns Wirtschaft Waren im Wert von rund 112,2 Milliarden Euro (+1,9%). Waren im Wert von über 66,7 Milliarden Euro bezog sie aus den Ländern der Europäischen Union (+6,8%), Waren im Wert von fast 40,7 Milliarden Euro führte sie aus den Ländern der Eurozone ein (+1,3%).

Die höchsten Exportergebnisse erzielte Bayerns Wirtschaft im Handel mit den USA (14,4 Milliarden Euro; +4,2%), China (12,5 Milliarden Euro; +8,1%), Österreich

(9,8 Milliarden Euro; -1,6%) und dem Vereinigten Königreich (9,4 Milliarden Euro; +15,9%). Auf der Importseite waren Österreich (11,3 Milliarden Euro; +3,3%), China (9,0 Milliarden Euro; 2,5%), Italien (7,9 Milliarden Euro; +1,9%) und die Tschechische Republik (7,8 Milliarden Euro; +12,2%) die wichtigsten Handelspartner Bayerns.

Knapp 45% der Exportergebnisse wurden mit „Personenkraftwagen und Wohnmobilen“ (26,1 Milliarden Euro; +2,4%), „Maschinen“ (20,2 Milliarden Euro; -1,3%) und „Fahrgestellen, Karosserien, Motoren, Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ (10,3 Milliarden Euro; +2,3%) erwirtschaftet. Die bedeutendsten

Importgüter waren „Maschinen“ (11,9 Milliarden Euro; +7,0%), „Erdöl und Erdgas“ (11,4 Milliarden Euro; -20,2%) und „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ (9,2 Milliarden Euro; +7,4%).

Im September 2014 erzielte Bayerns Wirtschaft ein Exportvolumen von gut 15,6 Milliarden Euro (+6,0% gegenüber dem Vorjahresmonat). Das Importvolumen lag bei über 13,4 Milliarden Euro (+11,8%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im September 2014“ (Bestellnummer: G3000C 201409, nur als Datei).*



Tourismus

Bayerns Fremdenverkehr im ersten Dreivierteljahr 2014 im Plus

Der bisherige Verlauf des Jahres 2014 lässt für Bayerns Fremdenverkehr neue Rekordmarken erwarten: Nach vorläufigen Ergebnissen stieg die Zahl der Gästeankünfte in den bayerischen Beherbergungsbetrieben* in den ersten neun Monaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,8% auf knapp 25,0 Millionen, die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich um 0,4% auf fast 66,5 Millionen. Im Ausländerreiseverkehr (Gästeankünfte: +3,6%; Übernachtungen: +3,4%) stiegen die Gäste- und Übernachtungszahlen, im Inländerreiseverkehr nahm „nur“ die Zahl der Gäs-

teankünfte zu (Gästeankünfte: +1,1%; Übernachtungen: -0,3%).

Mit Ausnahme von Niederbayern (Gästeankünfte: +0,4%; Übernachtungen: -1,6%), Oberfranken (Gästeankünfte: -0,5%; Übernachtungen: -1,0%) und Schwaben (Gästeankünfte: +2,1%; Übernachtungen: -0,5%) überbot die Zahl der Gästeankünfte und Übernachtungen der ersten neun Monate 2014 in allen Regierungsbezirken den Vorjahresstand. Die höchsten Zuwächse unter den sieben Regierungsbezirken erzielte Mittelfranken (Gästeankünfte:

+3,2%; Übernachtungen: 2,8%). Im September 2014 stieg die Zahl der Gästeankünfte der knapp 12 200 geöffneten Beherbergungsbetriebe in Bayern gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,4% auf gut 3,2 Millionen, die Zahl der Übernachtungen wuchs um 0,9% auf über 8,6 Millionen.

* Geöffnete Beherbergungsstätten mit zehn oder mehr Gästebetten, einschließlich geöffnete Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im September 2014“ (Bestellnummer: G41003 201409, Preis der Druckausgabe: 17,60 €).*

Bayerns Gastgewerbe im ersten Dreivierteljahr 2014

Nach vorläufigen Ergebnissen stieg der Umsatz im bayerischen Gastgewerbe (Beherbergung und Gastronomie) im ersten Dreivierteljahr 2014 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nominal um 1,5%, nach Preisbereinigung sank der Umsatz jedoch um 0,6%.

Die Zahl der Beschäftigten des Gastgewerbes wuchs um 1,6% (Vollzeitbeschäftigte; +1,3%; Teilzeitbeschäftigte: +1,8%).

In der Beherbergung stieg der nominale Umsatz in den ersten neun Monaten 2014 um 1,7% (real: -0,4%), in der Gastronomie um 1,4% (real: -0,8%). Die Zahl der Beschäftigten nahm in der Beherbergung um 1,2% und in der Gastronomie um 1,9% zu.

Im September 2014 erhöhte sich der Umsatz des bayerischen Gastgewerbes im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal um 2,5%

(real: +0,4%). Die Zahl der Beschäftigten des Gastgewerbes nahm um 2,3% zu (Vollzeitbeschäftigte; +2,0%; Teilzeitbeschäftigte: +2,6%).

Hinweis
Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtsmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im September 2014“ (Bestellnummer: G4300C 201409, nur als Datei).*

Umsatz und Beschäftigte des bayerischen Gastgewerbes im September und im Jahr 2014					
Vorläufige Daten					
Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real ¹		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent					
September					
Beherbergung	5,2	3,3	0,7	0,2	1,3
dar. Hotellerie	5,2	3,2	0,7	0,1	1,3
Ferienunterkünfte u. Ä.	6,1	4,3	0,2	4,0	-1,9
Campingplätze	-3,4	-5,0	2,0	-7,3	10,5
Gastronomie	-0,1	-2,4	3,3	3,5	3,2
dav. Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	0,3	-2,2	3,8	3,5	4,0
Caterer und Erbringung sonstiger					
Verpflegungsdienstleistungen	-0,2	-1,7	0,5	1,9	-0,5
Ausschank von Getränken	-2,1	-4,4	3,2	6,0	2,3
Gastgewerbe insgesamt	2,5	0,4	2,3	2,0	2,6
Januar bis September					
Beherbergung	1,7	-0,4	1,2	1,2	1,2
dar. Hotellerie	1,6	-0,5	1,2	1,1	1,3
Ferienunterkünfte u. Ä.	1,2	-0,5	-0,6	2,2	-2,1
Campingplätze	2,4	0,7	4,2	-1,0	8,7
Gastronomie	1,4	-0,8	1,9	1,5	2,1
dav. Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	2,3	0,1	1,8	1,0	2,3
Caterer und Erbringung sonstiger					
Verpflegungsdienstleistungen	-1,4	-3,3	0,6	2,3	-0,7
Ausschank von Getränken	-0,8	-2,9	3,2	5,3	2,7
Gastgewerbe insgesamt	1,5	-0,6	1,6	1,3	1,8

1 In Preisen des Jahres 2010.



Verkehr

Weniger Verunglückte auf Bayerns Straßen im September 2014

Nach vorläufigen Ergebnissen registrierte die Polizei in Bayern im September 29 267 Straßenver-

kehrsunfälle. Dies ist im Vergleich zum Vorjahresmonat ein Rückgang um 5,5%. Die Zahl der Unfälle mit

Personenschaden fiel um über 10,1% auf 4 329 Fälle. Bei rund 85% aller Unfälle lag ausschließlich

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im September 2014								
Vorläufige Ergebnisse								
Unfälle — Verunglückte	September		Veränderung		Januar bis September		Veränderung	
	2014	2013 ¹			2014	2013 ¹		
	Anzahl		%		Anzahl		%	
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	29 267	30 973	- 1 706	- 5,5	269 900	276 282	- 6 382	- 2,3
dav. Unfälle mit Personenschaden	4 329	4 814	- 485	- 10,1	39 549	39 743	- 194	- 0,5
Unfälle mit nur Sachschaden	24 938	26 159	- 1 221	- 4,7	230 351	236 539	- 6 188	- 2,6
dav. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne	777	907	- 130	- 14,3	6 965	8 340	- 1 375	- 16,5
sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel	133	186	- 53	- 28,5	1 261	1 429	- 168	- 11,8
übrige Sachschadensunfälle	24 028	25 066	- 1 038	- 4,1	222 125	226 770	- 4 645	- 2,0
Verunglückte insgesamt	5 686	6 375	- 689	- 10,8	52 520	53 021	- 501	- 0,9
dav. Getötete	62	58	4	6,9	473	507	- 34	- 6,7
Verletzte	5 624	6 317	- 693	- 11,0	52 047	52 514	- 467	- 0,9
dav. Schwerverletzte	976	1 063	- 87	- 8,2	8 957	8 935	22	0,2
Leichtverletzte	4 648	5 254	- 606	- 11,5	43 090	43 579	- 489	- 1,1

1 Endgültige Ergebnisse.

Sachschaden vor, wovon wiederum mehr als 96 % als sogenannte Bagatellunfälle ohne schwerwiegende Folgen verliefen.

Im September 2014 verunglückten insgesamt 5 686 Menschen und damit 10,8 % weniger als im Vorjahresmonat. Bei diesen Unfällen starben 62 Personen (+4), 976

wurden schwer verletzt (-87) und 4 648 leicht verletzt (-606).

In den Monaten Januar bis September 2014 nahm die Polizei in Bayern insgesamt 269 900 Straßenverkehrsunfälle auf und somit 2,3 % weniger als in den ersten neun Monaten des Jahres 2013. Unfälle mit Sachschaden gingen

um 2,6 % auf 230 351 zurück, Unfälle mit Personenschaden um 0,5 % auf 39 549. Die Zahl der dabei Verunglückten sank um 0,9 % auf 52 520 Personen, die der Getöteten sogar um 6,7 % auf 473 Personen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im September 2014“ (Bestellnummer: H1101C 201409, nur als Datei).*



Unternehmen, Arbeitsstätten, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen

Anzahl beantragter Insolvenzverfahren in Bayern von Januar bis September 2014: leicht rückläufige Entwicklung

Bei den bayerischen Amtsgerichten wurden von Januar bis einschließlich September 2014 insgesamt 11 599 Insolvenzverfahren beantragt, darunter 6 687 Verbraucherinsolvenzen und 2 169 Unternehmensinsolvenzen. Damit ging die Anzahl der beantragten Unternehmensinsolvenzverfahren im Berichtszeitraum gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert um 6,2 % zurück, bei den Verbraucherinsolvenzen betrug der Rückgang 3,2 %. Die restlichen 2 743 Insolvenzverfahren betrafen natürliche Personen als Gesellschafter, ehemals selbstständig Tätige,

Nachlässe und Gesamtgut; bei diesen Insolvenzverfahren war im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eine zahlenmäßige Zunahme um 7,7 % zu verzeichnen.

Von den insgesamt 2 169 im Berichtszeitraum beantragten Unternehmensinsolvenzverfahren wurden 72,9 % (1 582 Verfahren) eröffnet und 27,1 % (587 Verfahren) mangels Masse abgewiesen. Die Gerichte bezifferten die in den Insolvenzanträgen dargestellten voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger gegenüber den insolventen Unternehmen auf rund 2,74

Milliarden Euro. Bezogen auf ein Unternehmensinsolvenzverfahren betrug die durchschnittliche Forderungssumme im Berichtszeitraum somit 1,26 Millionen Euro. Zum Zeitpunkt des Insolvenzantrags arbeiteten bei den Unternehmen, die in den ersten neun Monaten des Jahres 2014 Insolvenz beantragt und Angaben zu den Beschäftigten gemacht hatten, 17 828 Personen. Damit waren im Berichtszeitraum um 17,4 % mehr Beschäftigte von einer Unternehmensinsolvenz betroffen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Beantragte Insolvenzverfahren in Bayern von Januar bis September 2014						
	Insolvenzverfahren Januar bis September 2014				Jan. - Sept. 2013: Verfahren insgesamt	Veränderung gegenüber Jan. - Sept. 2013 (in Prozent)
	insgesamt	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schuldenbereinigungsplan angenommen		
Insgesamt	11 599	10 630	866	103	11 768	- 1,4
Unternehmen	2 169	1 582	587	X	2 312	- 6,2
Übrige Schuldner	9 430	9 048	279	103	9 456	- 0,3
davon						
Verbraucher	6 687	6 588	4	95	6 909	- 3,2
natürliche Personen als						
Gesellschafter u. Ä.	44	36	8	X	60	- 26,7
ehemals selbstständig Tätige ¹	2 277	2 115	154	8	2 235	1,9
Nachlässe und Gesamtgut	422	309	113	X	252	67,5

1 Vereinfachte Verfahren und Regelinsolvenzverfahren.

Von den 6 687 im Berichtszeitraum beantragten Verbraucherinsolvenzverfahren wurden 6 588 eröffnet, die übrigen wurden entweder mangels Masse abgewiesen oder es wurde ein Schuldenbereinigungsplan angenommen. Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger gegenüber den Ver-

brauchern, die Insolvenz anmelden mussten, beliefen sich auf insgesamt rund 365,6 Millionen Euro. In den ersten neun Monaten des Vorjahres lag dieser Wert bei 393,8 Millionen Euro; im Vergleich hierzu war im Berichtszeitraum somit ein Rückgang um 7,2% zu verzeichnen. Pro im Berichtszeitraum

(Januar bis September 2014) beantragter Verbraucherinsolvenzverfahren beliefen sich die Gläubigerforderungen auf durchschnittlich 54 677 Euro und lagen damit um 4,1% unter dem entsprechenden Vorjahreswert in Höhe von durchschnittlich 57 007 Euro.



Preise

Inflationsrate in Bayern im November 2014 bei 0,8%

Für Bayern lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im November 2014 bei +0,8%; im vorangegangenen Oktober hatte sie ebenfalls bei +0,8% gelegen.

Die Preise für Nahrungsmittel haben sich gegenüber dem November des Vorjahres nur um 0,1% erhöht. Bei den einzelnen Produkten verlief die Preisentwicklung dabei teilweise sehr unterschiedlich. Deutlich billiger als im Vorjahr waren insbesondere Butter (-20,4%), Eier (-8,5%) und frische Milch (-6,2%); auch Zucker (-14,1%) war erheblich günstiger als im Vorjahr.



Stark gestiegen sind hingegen die Preise für Frischkäse (+5,4%) und Bohnenkaffee (+13,0%).

Im Energiesektor sind die Preise für Heizöl gegenüber dem November des Vorjahres um 8,8% gefal-

len. Bei Gas war ein geringfügiger Preisrückgang von 0,1 % zu verzeichnen. Die Preise für Strom sind um 1,1 % gestiegen. Kraftstoffe waren im November 2014 um 4,2 % günstiger als im November des Vorjahres.

Weiterhin entspannt verläuft im Landesdurchschnitt die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem November des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,8 %. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im November weiterhin die Preise vieler hochwertiger technischer Produkte. So konnten die Verbraucher u. a. DVD-Recorder (-9,4 %), tragbare Computer (-9,5 %) und Fern-

sehgeräte (-10,5 %) spürbar günstiger beziehen als im Vorjahr.

Im Vergleich zum Vormonat haben sich die Verbraucherpreise im Gesamtniveau nicht verändert. Weitere Preisrückgänge waren jedoch bei Kraftstoffen (-3,0 %) und Heizöl (-1,3 %) zu beobachten. Auch Molkeerzeugnisse sind spürbar billiger geworden; insbesondere H-Milch (-8,5 %), frische Milch (-7,9 %) und Joghurt (-6,4 %) waren im November deutlich günstiger als im Vormonat. Stärkere Preisrückgänge waren auch bei Butter (-7,4 %) und Zucker (-4,6 %) zu beobachten. Gemüse (+2,0 %) hat sich binnen Monatsfrist hingegen verteuert. Im Gesamtdurchschnitt ist das Preis-

niveau für Nahrungsmittel (-0,4 %) im November leicht zurückgegangen.

Hinweis

Diese Information zum Berichtsmonat November 2014 enthält vorläufige Ergebnisse.

Endgültige und ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, November 2014 mit Jahreswerten von 2011 bis 2013 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen“ (Bestellnummer: M1201C 201411, nur als Datei)* und „Verbraucherpreisindex für Bayern mit monatlichen Indexwerten von Januar 2010 bis November 2014 sowie Untergliederung nach Haupt- und Sondergruppen“ (Bestellnummer: M13013 201409, Preis der Druckausgabe: 6,10 €).*



Bauen, Wohnen, Umwelt, Energie

43 589 Wohnungsbaufreigaben in Bayern von Januar bis September 2014

In Bayern wurden von Januar bis September 2014 Baugenehmigungen (einschließlich Genehmigungsfreistellungen) für insgesamt 43 589 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden erteilt. Damit wurden im aktuellen Berichtszeitraum 653 bzw. 1,5 % mehr Wohnungen von den unteren Bauaufsichtsbehörden zum Bau freigegeben als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die meisten dieser Wohnungen, und zwar 38 365 bzw. 88,0 % (Vergleichszeitraum 2013: 37 949 bzw. 88,4 %), sollen in neuen Wohngebäuden entstehen, dagegen jede zehnte Wohnung (wie im Vorjahreszeitraum) durch Um- oder Ausbau bestehender Gebäude. Von den aktuell 38 365 in neuen Wohngebäuden projektierten Wohnungen sind 46,2 % in Mehrfamilienhäusern (Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen) vorgesehen (-3,5 % gegenüber

Januar bis September 2013) und 47,2 % in Eigenheimen (Ein- bzw. Zweifamilienhäuser; -0,6 %).

Das gesamte Genehmigungsvolumen in regionaler Untergliederung nach Regierungsbezirken betrachtet, zeigt sich, dass die bayerischen Bauämter auch im aktuellen Berichtszeitraum die meisten Wohnungsbaufreigaben für Oberbayern, Schwaben, Mittelfranken und Niederbayern meldeten, darunter für Oberbayern und Schwaben auf höherem Niveau (+1,6 % bzw. +10,5 %). Ein höheres Genehmigungsvolumen als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum wurde auch für Ober- und Unterfranken angezeigt (+11,1 % bzw. +21,9 %), wogegen die Oberpfalz den stärksten Genehmigungsrückgang hinzunehmen hatte (-13,4 %). Den Blick auf die 96 Kreise Bayerns gerichtet, ist festzustellen, dass die

Zahl der Wohnungsbaufreigaben in den 25 kreisfreien Städten im Durchschnitt stärker gestiegen ist als in den 71 Landkreisen (+2,0 % gegenüber +1,3 %). So sollen von den im aktuellen Berichtszeitraum zum Bau freigegebenen Wohnungen insgesamt 28 340 bzw. 65,0 % auf dem Land entstehen und zusammen 15 249 bzw. 35,0 % in der Stadt, darunter vier Fünftel (12 244 bzw. 80,3 %) in den acht bayerischen Großstädten.

Ausführliche Ergebnisse zum aktuellen Monatsabschluss enthält der Statistische Bericht „Baugenehmigungen in Bayern im September 2014“ (Bestellnummer: F21013 201409, Preis der Druckausgabe: 8,40 €).*

Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern von Januar bis September 2013 und 2014				
Bezeichnung	Wohnungsbaugenehmigungen ^{1,2} in Bayern			
	Januar bis September 2013	Januar bis September 2014	Veränderung 2014 gegenüber 2013	
	Anzahl			%
Nach Gebäudearten				
Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt	42 321	42 614	293	0,7
davon				
in neuen Wohngebäuden zusammen	37 949	38 365	416	1,1
davon				
in Wohngebäuden mit 1 Wohnung	14 613	14 566	- 47	- 0,3
in Wohngebäuden mit 2 Wohnungen	3 590	3 526	- 64	- 1,8
in Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen	18 379	17 742	- 637	- 3,5
in Wohnheimen	1 367	2 531	1 164	85,1
durch Baumaßnahmen				
an bestehenden Wohngebäuden	4 372	4 249	- 123	- 2,8
Wohnungen in Nichtwohngebäuden insgesamt	615	975	360	58,5
davon				
in neuen Nichtwohngebäuden	701	760	59	8,4
durch Baumaßnahmen				
an bestehenden Nichtwohngebäuden	- 86	215	301	X
Wohnungen insgesamt	42 936	43 589	653	1,5
Nach Regierungsbezirken				
Oberbayern	17 974	18 267	293	1,6
Niederbayern	4 302	4 144	- 158	- 3,7
Oberpfalz	4 058	3 513	- 545	- 13,4
Oberfranken	2 082	2 314	232	11,1
Mittelfranken	5 707	5 264	- 443	- 7,8
Unterfranken	3 085	3 760	675	21,9
Schwaben	5 728	6 327	599	10,5
Bayern	42 936	43 589	653	1,5
Kreisfreie Städte	14 952	15 249	297	2,0
darunter Großstädte ³	12 177	12 244	67	0,6
Landkreise	27 984	28 340	356	1,3

1 Ab Berichtsjahr 2012 werden die „Sonstigen Wohneinheiten“ als Wohnungen erfasst.

2 Einschließlich Genehmigungsfreistellungen.

3 München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt, Würzburg, Fürth, Erlangen.

Bedeutung der erneuerbaren Energien im Rahmen der bayerischen Stromerzeugung 2013 weiter ansteigend

Im Berichtsjahr 2013 wurden nach vorläufigen Ergebnissen in Bayern insgesamt 90 852 Gigawattstunden Strom erzeugt und damit 3,1 % weniger als im Spitzenjahr 2012. Der Rückgang kann insbesondere auf die verminderte Stromproduktion mit Erdgas zurückgeführt werden. Mit dem fossilen Energieträger wurden in der Berichtsperiode 8 988 GWh Strom erzeugt, 27,5 % weniger als noch im Vorjahr. Wäh-

rend Erdgas im bayerischen Stromerzeugungsmix 2012 einen Anteil von 13,2 % erreichte, waren es im Jahr 2013 nur noch 9,9 %.

Die Stromerzeugung aus Steinkohlen wurde binnen Jahresfrist um 3,0 % auf 4 754 GWh gesteigert. Dies entsprach einem Anteil von 5,2 % im Strommix. Braunkohlen kamen im bayerischen Kraftwerkspark nicht zum Einsatz. Deutsch-

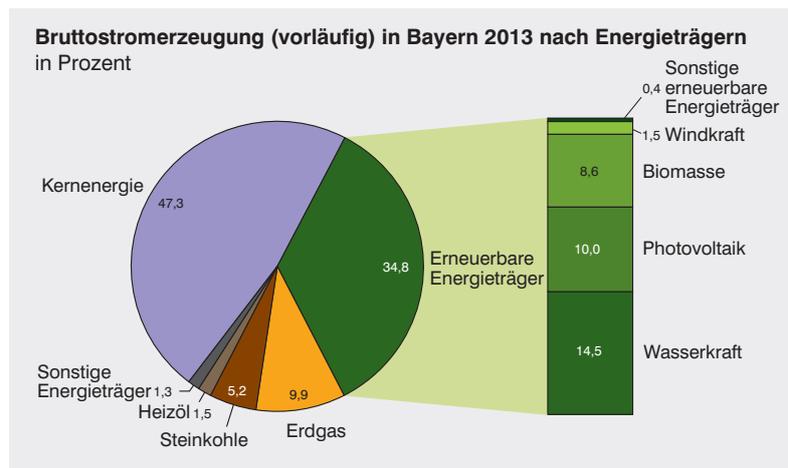
landweit ist die Braunkohle allerdings der wichtigste Energieträger bei der Stromerzeugung.

Einschließlich Kernenergie, Heizöl und sonstigen (nicht erneuerbaren) Energieträgern vereinten die konventionellen Energieträger erstmals weniger als zwei Drittel der Stromerzeugung auf sich. Der Ausbau der regenerativen Energieträger schritt somit auch

2013 voran (+2,4 Prozentpunkte), jedoch etwas weniger dynamisch als in den Vorjahren. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien von 31 634 GWh erreichte einen Anteil von 34,8% an der Gesamtstromerzeugung.

Wichtigste regenerative Energiequelle war auch im aktuellen Berichtszeitraum die traditionell in Bayern starke Wasserkraft¹ (13 143 GWh). Diese Energieform ist bereits relativ gut ausgebaut und erreichte einen kleinen Zuwachs von 0,2%.

Stärkere Zuwächse konnten insbesondere bei den anderen erneuerbaren Energieträgern beobachtet werden, allen voran bei der Photovoltaik (+513 GWh), gefolgt von der Biomasse (+448 GWh) und der Windkraft (+224 GWh). Die



Photovoltaik übertraf mit 9 043 GWh in ihrer Bedeutung im Strommix (10,0%) erstmals das Erdgas. Die Windkraft, bei der Bayern geographische Nachteile im Vergleich zum Bund besitzt, erreichte eine Steigerung von 20,0%, blieb aber in absoluten Werten (1 348 GWh) von eher untergeord-

neter Bedeutung. Die Stromerzeugung aus Biomasse, zu der feste und flüssige biogene Stoffe, Biogas, Klärschlamm und biogene Abfälle gerechnet werden, konnte um 6,1% auf 7 781 GWh erhöht werden.

¹ Laufwasser, Speicherwasser und Pumpspeicher mit natürlichem Zufluss.

* Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

Zweite Vollversammlung des „Statistik Netzwerks Bayern“

Im Februar 2013 wurde das „Statistik Netzwerk Bayern“ aus der Taufe gehoben. Die Gründung beruht auf einer Initiative des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, das seine Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung erweitern und durch gemeinsame Veranstaltungen und Projekte fördern will. Das Netzwerk soll als Plattform für den gegenseitigen Austausch von Wissen und Erfahrung dienen. Am 19. November 2014 fand die turnusgemäße Vollversammlung aller Mitglieder des Statistik Netzwerks Bayern in München statt.

Institutionalisierte Vernetzungen zwischen amtlicher Statistik, Wissenschaft und Forschung sind in Deutschland weitgehend Neuland. Permanent wachsende Anforderungen an die Statistik sind ohne intensive Zusammenarbeit zwischen amtlicher und wissenschaftlicher Statistik jedoch kaum mehr erfolgreich zu bewältigen. Aus diesem Grund wurde im Februar 2013 das Statistik Netzwerk Bayern gegründet. Gründungsmitglieder sind das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (LfStaD), die Otto-Friedrich-Universität Bamberg sowie das zur Bundesagentur für Arbeit gehörende Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). In den letzten zwei Jahren ist eine ansehnliche Anzahl an Institutionen hinzugekommen, die Projekte zu unterschiedlichen Themen der amtlichen Statistik ermöglichen. Die Netzwerkpartner sind dabei die Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg, das Institut für Statis-



Vollversammlung aller Mitglieder des „Statistik Netzwerks Bayern“ unter dem Vorsitz des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung.

tik der Ludwig-Maximilians-Universität München, das Institut für Geographie und Geologie der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, die Universität Augsburg, die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sowie das ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Um aktuelle Projekte weiter voranzutreiben sowie neue Aktivitäten für das kommende Jahr zu planen, fand am 19. November die turnusgemäße Vollversammlung der Netzwerkmitglieder statt. Gastgeber war das LfStaD, welches, vertreten durch Frau Präsidentin Marion Frisch, auch den Vorsitz des Netzwerks innehat. Zu Beginn der Sitzung stellte sich das LfStaD mit all seinen Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern den Netzwerkmitgliedern vor, sodass diese einen ersten Überblick über die Vielfalt der amtlichen Statistik erhielten. Anschließend fasste Frau Frisch die bisherigen Tätigkeiten des Netzwerks zusammen, wodurch alle Mitglieder auf denselben Informationsstand gebracht werden konnten. Dies galt vor allem für die neuen Mitglieder, die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und das ifo Institut, die in der Sitzung offiziell begrüßt wurden. Auf der Tagesordnung der Vollversammlung stand aber vor allem die Planung der „Statistik Tage Bamberg|Fürth 2015“ sowie erste Überlegungen zu zwei weiteren Workshops zu aktuellen Themen der amtlichen Statistik. Hier konnten erste Ideen festgehalten werden, die von einigen Mitgliedern des Netzwerks nun weiter konkretisiert werden. Auch Ideen zu einer schnelleren Vernetzung der Mitglieder bzw. zu einem unkomplizierten Informationsaustausch wurden innerhalb der Sitzung gesammelt. Diese sollen nun vom LfStaD in Zusammenarbeit mit dem Institut für Statistik der Ludwig-Maximilians-Universität München umgesetzt werden. Um den Netzwerkmit-



Die Präsidentin des Landesamts, Frau Marion Frisch, stellt den Netzwerkpartnern ihr Amt und alle Abteilungsleitungen vor.

gliedern schließlich auch das aktuelle Datenangebot des LfStaD näherzubringen, rundeten Vorträge zur „Genesis-Online Datenbank“ und zum „Forschungsdatenzentrum“ die Sitzung ab.

Natürlich durfte auch der soziale Rahmen nicht zu kurz kommen. Im Anschluss an die etwa zweistündige Sitzung hatten die Netzwerkmitglieder bei einem informellen Beisammensein mit Kaffee und Kuchen die Gelegenheit, sich besser kennenzulernen.

Dipl.-Soz. Nina Storfinger

Das Primäre und Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Bayern und in Deutschland

Dr. Tilman von Roncador

Neben dem Bruttoinlandsprodukt veröffentlicht der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) regelmäßig auch Angaben zum Primären Einkommen und Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte auf der Ebene der Bundesländer sowie der Kreise. Im Jahr 2012 wies Bayern sowohl beim Primäreinkommen als auch beim Verfügbaren Einkommen die höchsten Pro-Kopf-Werte auf. In nachfolgendem Aufsatz wird auf diese beiden, etwas im Schatten des Bruttoinlandsprodukts stehenden Größen eingegangen.

Die Einkommensgrößen stellen im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine wichtige Ergänzung zu dem produktionsbezogenen Bruttoinlandsprodukt dar. Unter dem Primären Einkommen wird dabei das Einkommen verstanden, das sich aus der Teilnahme der privaten Haushalte am Wirtschaftsprozess ergibt. Es setzt sich zusammen aus den empfangenen Arbeitnehmerentgelten, dem Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen sowie den Vermögenseinkommen (vgl. Übersicht).

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte gibt den Betrag an, der den privaten Haushalten nach Durchlaufen der Einkommensumverteilung für ihre Konsumausgaben und zur Ersparnisbildung verbleibt. Es ist ein wichtiger Bestandteil für die Wohlstandsmessung eines Landes oder einer Region, da es den materiellen Wohlstand direkt aus der Perspektive der Haushalte und nicht, wie beim Bruttoinlandsprodukt, aus der Perspektive der Produktion betrachtet.¹ Regionale Wohlstandsvergleiche werden dadurch auf der

Ebene der Wohnorte statt wie beim Bruttoinlandsprodukt auf der Ebene der Arbeitsorte möglich.

Auf Länderebene wird das Verfügbare Einkommen rechnerisch ermittelt, indem, wie in der Übersicht dargestellt, vom Primäreinkommen² Steuern und Sozialabgaben abgezogen und Transfereinnahmen hinzugerechnet werden. Grundlage für die in nachfolgendem Aufsatz dargestellten Ergebnisse ist noch das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 95 (ESVG 95), das jedoch derzeit im Zuge der Revision 2014 auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) umgestellt wird. Die Anwendung des ESVG 2010 ist allen Mitgliedsstaaten durch die Verordnung (EU) Nr. 549/2013 vom 21. Mai 2013 verpflichtend vorgeschrieben. Im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt fallen die durch die Umstellung auf das ESVG 2010 bedingten Änderungen beim Primären und Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte eher gering aus.³

¹ Dies war eine zentrale Forderung der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission. Vgl. Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress (2009), S. 12–13, abgerufen am 09.10.2014 unter www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf.

² Das in diesem Aufsatz behandelte Primäre und Verfügbare Einkommen bezieht sich nur auf den Sektor der privaten Haushalte. Wenn nachfolgend das „Primäre“ bzw. „Verfügbare Einkommen“ genannt wird, ist immer das Primäre bzw. das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte gemeint.

³ Auf Bundesebene liegen bereits Ergebnisse nach Revision 2014 vor. Vgl. Dr. Räth, Norbert, Braakmann, Albert et al. (2014), Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 für den Zeitraum 1991 bis 2014. In *Wirtschaft und Statistik*, September 2014, S. 502 ff, v. a. S. 538, Tab. 22. Da die Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen „Top-Down“ von der Bundes- bis zur Kreisebene gerechnet werden, wird es Länder- und Kreisergebnisse nach Revision 2014 erst im Laufe des Jahres 2015 geben.

Übersicht Zusammensetzung des Primären und des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte			
ESVG-95-Code	Bezeichnung	Wert in Bayern im Jahr 2012	
		1 000 €	in Prozent von B.5n
D.1	Empfangenes Arbeitnehmerentgelt	239 931 565	67,5
B.2/B.3n	Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen	42 160 953	11,9
D.4	Vermögenseinkommen	73 420 806	20,7
B.5n	Primäreinkommen	355 513 324	100
D.62	Empfangene monetäre Sozialleistungen	68 280 111	19,2
D.7	Empfangene sonstige laufende Transfers	11 473 994	3,2
D.5	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	45 434 632	12,8
D.61	Geleistete Sozialbeiträge	91 419 450	25,7
D.7	Geleistete sonstige laufende Transfers	10 847 750	3,1
B.6n	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	287 565 597	80,9

Von den in der Übersicht genannten empfangenen monetären Sozialleistungen ging 2012 der größte Anteil mit rund 33,0 Milliarden Euro auf das Konto der Deutschen Rentenversicherung. Die Arbeitslosenversicherung kam auf einen Betrag von 3,1 Milliarden Euro. Zu den empfangenen sonstigen laufenden Transfers zählen vor allem die Schadensversicherungsleistungen mit einem Volumen von rund 7,4 Milliarden Euro. Die Position „Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern“ besteht überwiegend aus der Einkommensteuer. Von den geleisteten Sozialbeiträgen gehen 72,8 Milliarden Euro auf das Konto der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge, weitere 13,8 Milliarden Euro werden von den Selbständigen und Nichterwerbstätigen geleistet. Zu den geleisteten sonstigen laufenden Transfers zählen die Nettoprämien für die Schadensversicherungen in Höhe von rund 7,9 Milliarden Euro.

Das Primäre und Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in den Bundesländern

Das Primäre Einkommen erreichte in Deutschland im Jahr 2012 einen Wert von beinahe 2,0 Billionen Euro. Es lag, zu jeweiligen Preisen betrachtet, damit um 28,6% über seinem Wert aus dem Jahr 2000. In Bayern betrug es 2012 rund 355,5 Milliarden Euro, in

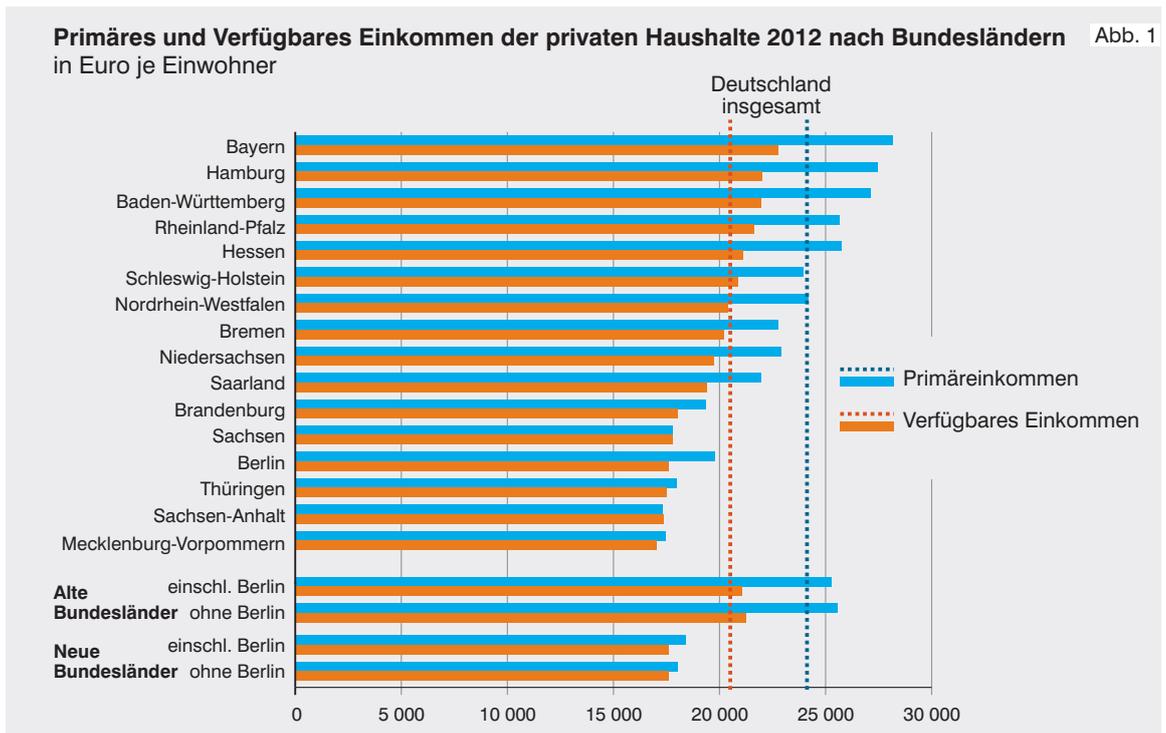
jeweiligen Preisen 36,1% mehr als im Jahr 2000. Bayern kam damit auf einen Anteil von 18,0% am deutschen Primäreinkommen.

Das Verfügbare Einkommen in Deutschland erreichte im Jahr 2012 einen Wert von 1,7 Billionen Euro. Gegenüber dem Jahr 2000 hat es um 29,2% zugenommen. Bayern kam hier mit 287,6 Milliarden Euro auf einen Anteil von 17,1%. Die Zunahme gegenüber dem Jahr 2000 lag zu jeweiligen Preisen bei 36,8%.

Insgesamt verblieben den privaten Haushalten im Jahr 2012 nach dem Prozess der Einkommensumverteilung in Deutschland 85,0%, in Bayern 80,9% des Primäreinkommens.

Um Länderergebnisse angesichts der Größen- und Bevölkerungsunterschiede der Bundesländer für Wohlstandsvergleiche aussagekräftig zu machen, müssen das Primäre und das Verfügbare Einkommen auf die Einwohnerzahlen der Bundesländer bezogen werden.

Im Jahr 2012 betrug das Primäreinkommen je Einwohner in Deutschland 24 124 Euro. Dabei lagen die alten Bundesländer (ohne Berlin) mit 25 549 Eu-



ro deutlich vor den neuen (ohne Berlin)⁴, die nur auf 18 005 Euro kamen. Dies entspricht rund 70,5% des Wertes der alten Länder.

In Bayern erreichte das Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner im selben Jahr einen Wert von 28 146 Euro. Damit lag Bayern um 16,7% über dem bundesweiten Durchschnitt und um 10,2% oberhalb des Mittelwerts der alten Bundesländer. Das verfügbare Einkommen je Einwohner lag in Bayern im Jahr 2012 bei 22 767 Euro und damit um 11,0% über dem Schnitt von Deutschland insgesamt (20 507 Euro) bzw. 7,3% über dem Wert der alten Bundesländer (21 225 Euro). Bayern stand damit sowohl beim Primären als auch beim verfügbaren Einkommen an der Spitze aller Bundesländer (vgl. Abbildung 1).

Primäres- und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den Bundesländern

Aus Abbildung 1 wird auch der Umverteilungseffekt beim Übergang vom Primären auf das verfügbare Einkommen deutlich: Die Unterschiede zwischen den Bundesländern werden geringer. Auffällig ist, dass in den alten Bundesländern deutlich größere Abstände zwischen den beiden Größen. In den neuen Bundesländern gleichen sich die Werte mit Ausnah-

me von Brandenburg nahezu an, in Sachsen und Sachsen-Anhalt ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte sogar höher als das Primäre. In den alten Bundesländern erreichte das verfügbare Einkommen einen Anteil von 83,1% am Primären Einkommen, in den neuen Bundesländern 97,9%.

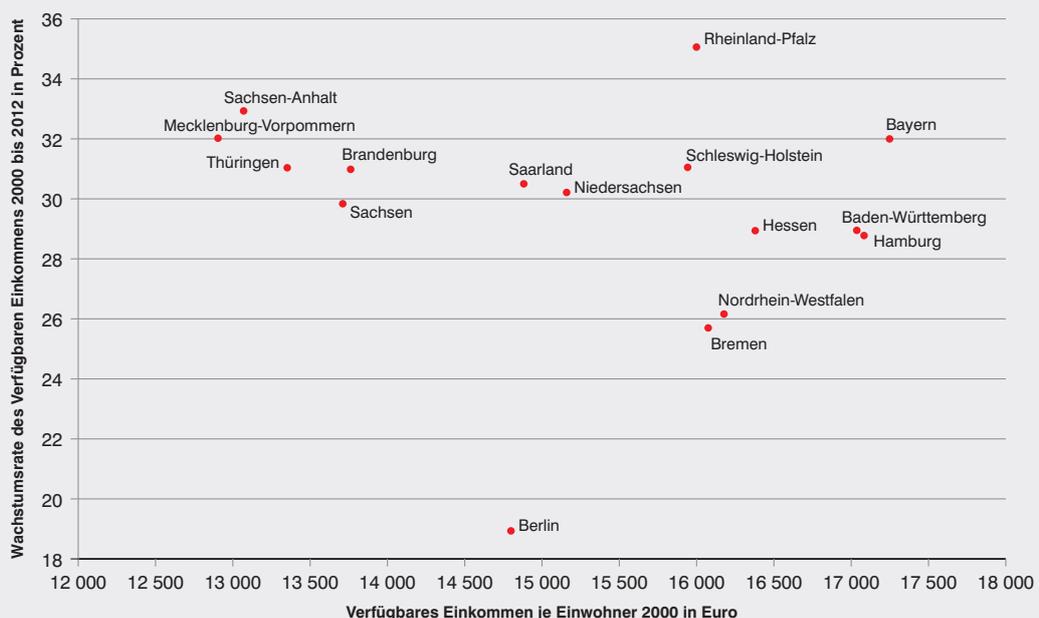
Seit dem Jahr 2000 erhöhte sich das verfügbare Einkommen je Einwohner in jeweiligen Preisen in Deutschland insgesamt um 29,6%. Dabei lag es in den alten Bundesländern um 29,5%, in den neuen Bundesländern um 31,2% zu. Diese Werte zeigen jedoch nur eingeschränkt ein Aufholen der neuen Bundesländer an, da ein nicht unerheblicher Teil der Zunahme der pro Kopf-Werte durch einen Bevölkerungsrückgang verursacht wurde, während in den alten Bundesländern die Bevölkerung anstieg. Absolut wuchs das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in den alten Ländern seit dem Jahr 2000 um 30,9%, in den neuen lediglich um 20,5%.

Eine wichtige Frage bei einer Betrachtung des Wohlstands ist die Frage der Konvergenz der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in den Bundesländern. Nähern sich die ärmeren Bundesländer im Laufe der Zeit an das Niveau der reicheren

⁴ Nachfolgend ist mit der Bezeichnung „alte Länder“ bzw. „neue Länder“ jeweils die Abgrenzung ohne Berlin zu verstehen. Berlin wird von der Betrachtung ausgenommen, da es sich sowohl von den alten als auch von den neuen Ländern in vielerlei Weise strukturell unterscheidet.

Niveau des verfügbaren Einkommens je Einwohner in den Bundesländern im Jahr 2000 und dessen Wachstum von 2000 bis 2012

Abb. 2



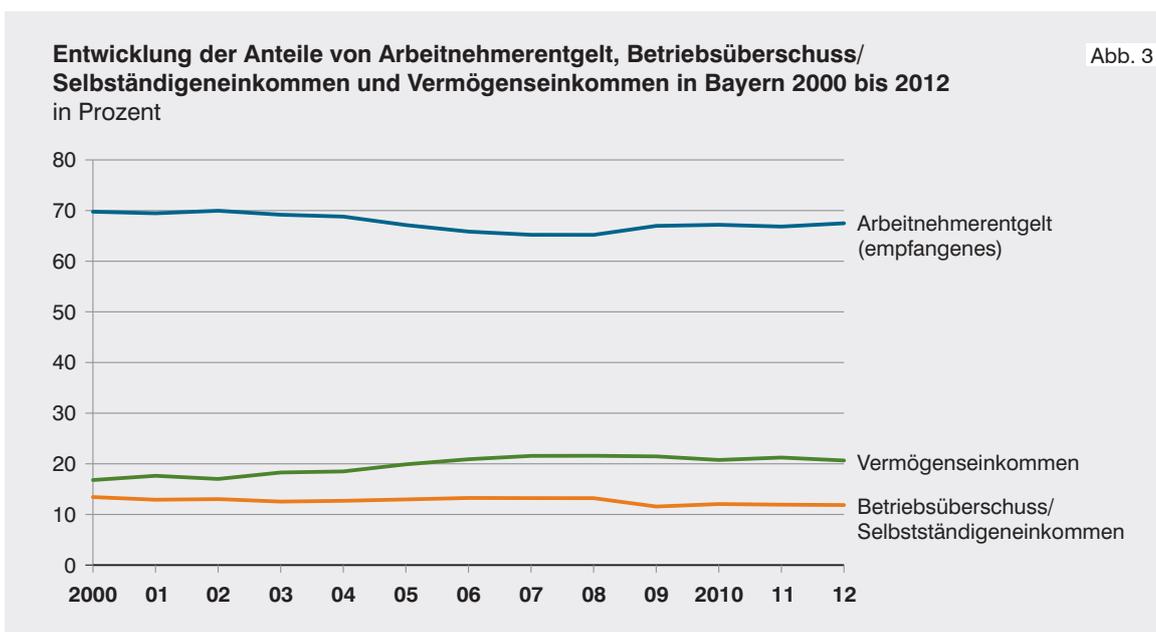
an oder gibt es eine divergente Entwicklung mit steigenden Unterschieden? Für Deutschland ist hier vor allem auch die Frage nach einer Annäherung des Wohlstandsniveaus der neuen an das der alten Bundesländer relevant. Für den Zeitraum 2000 bis 2012 hat sich eine leichte Annäherung ergeben: 2000 erreichten die neuen Länder 81,9% des Niveaus des Verfügbaren Einkommens je Einwohner in den alten Bundesländern, im Jahr 2012 waren es 83,0%. Zwischen dem reichsten Land Bayern und dem ärmsten Land Mecklenburg-Vorpommern gab es hingegen keine Konvergenz: Sowohl im Jahr 2000 als auch 2012 erreichte Mecklenburg 74,8% des Verfügbaren Einkommens von Bayern.

Die schwach konvergente Entwicklung zwischen den Bundesländern wird deutlich, wenn das Verfügbare Einkommen je Einwohner im Jahr 2000 mit der jeweiligen Wachstumsrate in den Jahren 2000 bis 2012 verglichen wird (vgl. Abbildung 2). Bei einer konvergenten Entwicklung müssten die Bundesländer mit einem niedrigen Ausgangsniveau im Jahr 2000 schneller wachsen als diejenigen mit einem höheren Niveau. In Abbildung 2 würde sich dies zeigen, wenn die als Punkte abgetragenen Bundesländer eine fallende Gerade bilden würden. Dies zeigt sich jedoch nur eingeschränkt: Zwar weisen die neuen Bundesländer mit niedrigem Ausgangsniveau alle recht hohe Wachstumsraten auf, eine kon-

vergente Entwicklung wird jedoch durch die Länder Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein „gestört“, die bei höherem Ausgangsniveau mit den neuen Bundesländern vergleichbare Zuwächse aufweisen und Berlin, in dem trotz mittleren Niveaus nur ein sehr geringer Zuwachs zu beobachten ist.

Die Entwicklung der Teilaggregate des Primären und des Verfügbaren Einkommens

Das Primäre Einkommen setzt sich, wie in der Übersicht dargestellt, aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt, dem Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen sowie dem Vermögenseinkommen zusammen. In den Jahren 2000 bis 2012 haben sich hier deutliche Verschiebungen ergeben: Das empfangene Arbeitnehmerentgelt stieg in Bayern um 31,7% auf einen Wert von knapp 240 Milliarden Euro. Gleichzeitig erhöhte sich der Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen um 20,2% auf rund 42 Milliarden Euro, während die Vermögenseinkommen um 67,4% auf rund 73 Milliarden Euro anstiegen. In Deutschland stieg das empfangene Arbeitnehmerentgelt um 24,0%, der Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen um 21,1% und die Vermögenseinkommen um 56,6%. Somit zeigt sich in Bayern und in Deutschland jeweils die gleiche Tendenz: Das empfangene Arbeitnehmerentgelt und der Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen nahmen unterdurchschnittlich, die Vermögenseinkom-



men überdurchschnittlich zu. Dies führte von 2000 bis 2012 zu Verschiebungen in den Anteilen der drei Teilaggregate am Primäreinkommen (vgl. Abbildung 3).

In den Jahren 2000 bis 2002 stiegen zunächst sowohl in Bayern als auch in Deutschland die Anteile des empfangenen Arbeitnehmerentgelts zulasten der beiden anderen Teilaggregate an. In diesen Jahren befand sich die Konjunktur im Abschwung, was zunächst die Gewinne der Unternehmen und mit sinkenden Zinsen und Dividenden auch die Vermögenseinkommen sinken ließ. Nach dem Ende der Rezession im Jahr 2003 wendete sich die Entwicklung. Die Betriebsüberschüsse/Selbständigeneinkommen sowie die Vermögenseinkommen stiegen nun schneller als die empfangenen Arbeitnehmerentgelte, sodass sich deren Anteile am Primäreinkommen jeweils erhöhten. Die weltweite Rezession 2009 ließ die Betriebsüberschüsse einbrechen. Auch die Vermögenseinkommen gingen zurück, während das Arbeitnehmerentgelt in etwa stagnierte. Dies hing auch mit der relativ stabilen Beschäftigungslage während der Rezession zusammen. Dadurch verschoben sich nach 2009 die Anteile wieder etwas zugunsten der Arbeitnehmerentgelte, ohne aber das Niveau von 2000 zu erreichen. Insgesamt stieg der Anteil der Vermögenseinkommen in Bayern von 2000 bis 2012 von 16,8% auf 20,7%, während die Anteile des empfangenen Arbeitnehmerentgelts von 69,8% auf 67,5% sowie der Betriebsüberschüsse/Selbständigeneinkommen von 13,4% auf 11,9% sanken. In Deutschland ergab sich ein ähnlicher zeitlicher Verlauf.

Der Anteil des Verfügbaren Einkommens am Primären Einkommen nahm von 2000 bis 2012 keinen einheitlichen Verlauf. Im Jahr 2000 betrug er in Bayern 80,5%, stieg bis 2005 auf 83,9%, um bis 2008 wieder auf 80,6% zu fallen. Nach einem kurzen Anstieg auf 82,1% im Jahr 2010 lag er 2012 bei 80,9%.

In den Jahren 2000 bis 2012 nahmen die empfangenen monetären Sozialleistungen in Bayern um 30,8% zu und lagen damit unterhalb der Anstiege des Primäreinkommens (+36,1%) und des Verfügbaren Einkommens (+36,8%). Noch weniger nahmen die empfangenen sonstigen laufenden Transfers mit 20,2% zu. Bei den geleisteten Zahlungen lag

der Zuwachs bei den geleisteten Sozialbeiträgen mit 35,3% oberhalb der Zunahme der geleisteten Einkommens- und Vermögensteuern deren Zuwachs lediglich bei 29,7% lag. Die geleisteten sonstigen laufenden Transfers erhöhten sich von 2000 bis 2012 lediglich um 7,1%.

Das Primäre und Verfügbare Einkommen in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns

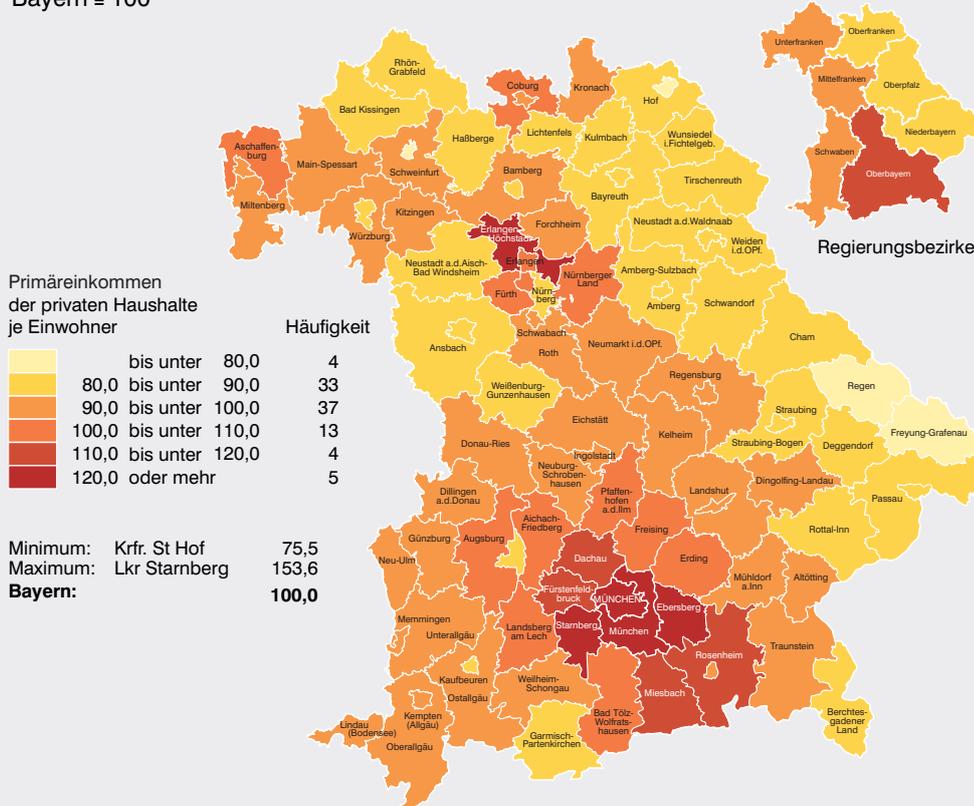
Mit Hilfe des auf die Einwohnerzahl bezogenen Primären und des Verfügbaren Einkommens lassen sich Wohlstandsniveaus auf kleinräumiger Ebene besser als mit Hilfe des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner darstellen. Dies liegt daran, dass das Bruttoinlandsprodukt am Arbeitsort, die beiden Einkommensarten jedoch am Wohnort gemessen werden. Da auf kleinräumiger Ebene Pendlerbewegungen von zum Teil erheblicher Bedeutung sind, kommt es im Falle einer Messung über das Bruttoinlandsprodukt daher zu Verzerrungen. So weisen Regionen mit hohen Einpendlerüberschüssen meist ein sehr hohes Bruttoinlandsprodukt auf, da die Einpendler mit ihrer Arbeit das Bruttoinlandsprodukt erhöhen, aber nicht zur Einwohnerzahl zählen. Bei einer Messung über die beiden Einkommensaggregate sind solche Verzerrungen ausgeschlossen.

Das Primäre Einkommen je Einwohner in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns unterscheidet sich erheblich. Setzt man den bayernweiten Durchschnitt gleich 100, so liegt die Spanne zwischen 75,5 in der kreisfreien Stadt Hof und 153,6 im Landkreis Starnberg. Hohe Niveaus des Primären Einkommens liegen zum einen im Ballungsraum München, aber auch im Landkreis Erlangen-Höchstadt (vgl. Abbildung 4). Geringe Einkommenshöhen finden sich vor allem in den Grenzgebieten zur Tschechischen Republik, aber auch in einigen kreisfreien Städten wie Schweinfurt und Augsburg.

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte verteilte sich 2012 in Bayern räumlich ähnlich wie das Primäreinkommen (vgl. Abbildung 5). Allerdings ist die Spanne aufgrund der ausgleichenden Wirkung staatlicher Umverteilung geringer als beim Primäreinkommen. So erreicht die kreisfreie Stadt Augsburg als Schlusslicht immerhin einen Wert von 83,2 (Bayern = 100) und der Landkreis Starnberg als

Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns 2012
Bayern $\hat{=}$ 100

Abb. 4



Kreis mit dem höchsten verfügbaren Einkommen lediglich auf 146,4.

Da sich die räumliche Verteilung von Primär- und verfügbarem Einkommen in Bayern ähnelt, wird die Frage der konvergenten/divergenten Entwicklung der Jahre 2000 bis 2012 nur noch anhand des verfügbaren Einkommens dargestellt. Vergleicht man

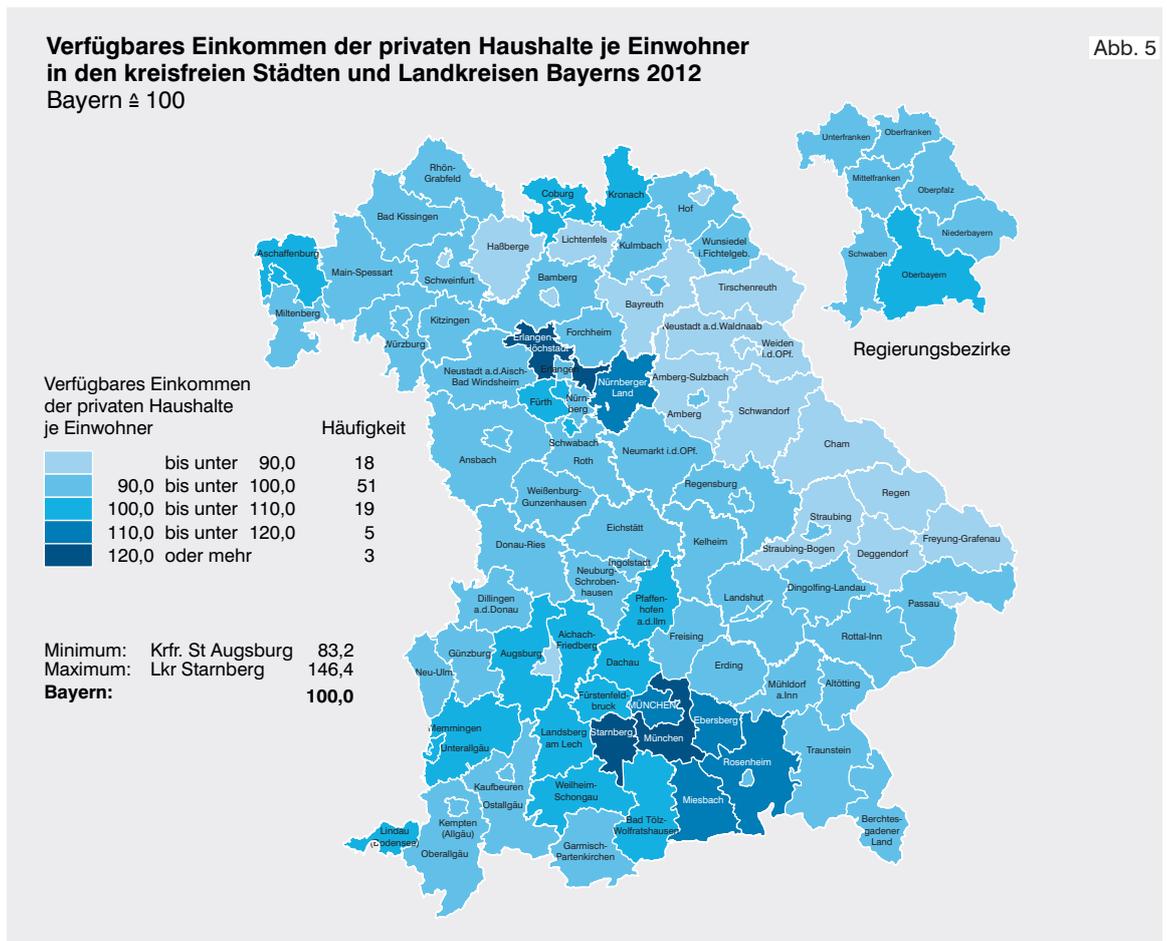
auf der Kreisebene die Höhe des verfügbaren Einkommens im Jahr 2000 mit der Zunahme des verfügbaren Einkommens von 2000 bis 2012, so zeigt sich, dass kreisfreie Städte und Landkreise mit besonders hohen Zuwächsen oftmals von einem eher niedrigeren Niveau im Jahr 2000 ausgingen (vgl. Tabelle 1). Es gab also eher eine konvergente Entwicklung. In Tabelle 1 werden die Ränge, die die 10

Tab. 1 Die zehn Kreise Bayerns mit den höchsten Zunahmen des verfügbaren Einkommens je Einwohner in den Jahren 2000 bis 2012

Kreis	Wachstum des verfügbaren Einkommens je Einwohner 2000 bis 2012		Verfügbares Einkommen je Einwohner im Jahr 2000	Wachstum des verfügbaren Einkommens insgesamt 2000 bis 2012
	%	Rang unter den Kreisen Bayerns		
Lkr Rosenheim	50,8	1	31	1
Lkr Passau	45,6	2	90	7
Lkr Erlangen-Höchststadt	45,4	3	7	4
Lkr Freyung-Grafenau	42,9	4	96	45
Lkr Donau-Ries	42,8	5	65	16
Lkr Kronach	42,7	6	48	71
Lkr Ostallgäu	42,3	7	72	9
Lkr Rhön-Grabfeld	42,2	8	89	51
Lkr Ansbach	41,8	9	86	34
Lkr Wunsiedel i. Fichtelgebirge	41,8	10	80	87

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns 2012 Bayern $\hat{=}$ 100

Abb. 5



kreisfreien Städte und Landkreise bezüglich der Höhe des verfügbaren Einkommens je Einwohner im Jahr 2000 aufwiesen, mit den Rängen beim Wachstum des verfügbaren Einkommens je Einwohner 2000 bis 2012 sowie beim Wachstum des verfügbaren Einkommens insgesamt verglichen.

Diese konvergente Entwicklung ist jedoch teilweise auch auf die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in den entsprechenden Kreisen zurückzuführen. So liegen die beiden bei der Zunahme des verfügbaren Einkommens je Einwohner führenden Landkreise Rosenheim und Passau auch bei der Zunahme des verfügbaren Einkommens insgesamt auf den vorderen Plätzen. Andere Landkreise wie Freyung-Grafenau oder Kronach weisen hier hingegen deutlich schlechtere Ränge auf. Hier wurde das verfügbare Einkommen je Einwohner auch durch die schwache Bevölkerungsentwicklung beeinflusst.

Am unteren Ende der Rangfolge zeigt sich ebenfalls eine konvergente Entwicklung. Hier liegen die Ränge beim verfügbaren Einkommen je Einwohner im Jahr 2000 teilweise deutlich besser als die Entwicklung des verfügbaren Einkommens in den Jahren 2000 bis 2012 (vgl. Tabelle 2).

Allerdings spielt hier die Bevölkerungsentwicklung mit Ausnahme der Landeshauptstadt München eine geringere Rolle als bei einigen der „Spitzenreiter“. Der Rang bei der Entwicklung des Wachstums des verfügbaren Einkommens insgesamt ähnelt meist dem der Entwicklung des verfügbaren Einkommens je Einwohner.

Auffällig ist, dass sich die verfügbaren Einkommen je Einwohner von 2000 bis 2012 in den Landkreisen besser entwickelt haben als in den Städten. Alle zehn Kreise mit den höchsten Zuwächsen sind

Tab. 2 Die zehn Kreise Bayerns mit den niedrigsten Zunahmen des Verfügbaren Einkommens je Einwohner in den Jahren 2000 bis 2012

Kreis	Wachstum des Verfügbaren Einkommens je Einwohner 2000 bis 2012		Verfügbares Einkommen je Einwohner im Jahr 2000	Wachstum des Verfügbaren Einkommens insgesamt 2000 bis 2012
	%	Rang unter den Kreisen Bayerns		
Stadt Passau	22,3	87	46	88
Stadt München	20,1	88	3	36
Stadt Weiden i.d.Opf.	19,7	89	34	93
Stadt Bamberg	19,4	90	33	91
Stadt Landshut	19,3	91	11	67
Stadt Ansbach	19,2	92	30	92
Stadt Schweinfurt	19,2	93	58	94
Stadt Augsburg	19,1	94	60	84
Stadt Regensburg	18,0	95	19	79
Stadt Nürnberg	18,0	96	21	86

Landkreise, die zehn Schlusslichter Städte. Die Zunahme in den Landkreisen lag durchschnittlich bei 36,1 %, in den Städten lediglich bei 22,5 %.

Zusammenfassung

Das Primäre und das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stellen innerhalb des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wichtige zusätzliche Informationen bereit, da sie sich direkt auf die Einkommen der privaten Haushalte beziehen, während das in der allgemeinen Wahrnehmung dominierende Bruttoinlandsprodukt eine produktionsbezogene Größe ist. Damit sind beide Einkommensgrößen besonders für auf den Wohnort bezogene Wohlstandsvergleiche von privaten Haushalten geeignet. Aufgrund der Pendlerverflechtungen gilt dies vor allem für eine kleinräumige Betrachtung.

Bezogen auf die Einwohner wies Bayern von allen Bundesländern im Jahr 2012 bei beiden Einkommensgrößen das höchste Niveau auf. Nach wie vor bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Eine konvergente Entwicklung von alten und neuen Bundesländern kann nur eingeschränkt festgestellt werden, da

die Zunahmen in den neuen Ländern teilweise auch auf Bevölkerungsrückgängen beruhen. Bei einer kleinräumigen Analyse der Verfügbaren Einkommen je Einwohner in den bayerischen Kreisen lässt sich ebenfalls eine konvergente Entwicklung feststellen, die aber wiederum auch durch die Bevölkerungsentwicklung bestimmt ist.

Aussagen zur Einkommensverteilung können hingegen mithilfe des Primären Einkommens nur eingeschränkt getroffen werden. Zwar lässt sich eine steigende Bedeutung der Vermögenseinkommen im Vergleich zu den Arbeitnehmerentgelten und der Position „Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen“ feststellen, jedoch lässt sich über diese funktionelle Einkommensverteilung nur indirekt auf die personelle Einkommensverteilung schließen. Da Vermögenseinkommen primär von eher wohlhabenden Personen empfangen werden, dürften sich die Einkommen eher auseinander entwickelt haben, die personelle Einkommensverteilung also ungleicher geworden sein. Genauere Aussagen hierzu können jedoch allein auf Basis der Einkommensaggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht erfolgen.

Entwicklung des Rinderbestandes in Bayern seit 1984

Dipl.-Volksw. Martina Doppelbauer

In diesem Beitrag wird die Entwicklung des Rinderbestandes der letzten 30 Jahre dargestellt. Als Startzeitpunkt für die Analyse der Rinderbestandsdaten wurde aufgrund der Einführung der Milchquotenregelung das Jahr 1984 gewählt. Da sich die Datenanalyse über einen relativ langen Zeitraum erstreckt, sind die methodischen Änderungen zur Erfassung des Rinderbestandes zu beachten. Der Rinderbestand hat in den letzten drei Jahrzehnten kontinuierlich abgenommen. Bei der Anzahl der durchschnittlich gehaltenen Rinder je Betrieb ist eine Verdopplung zu beobachten. Landkreise mit hohen Rinderbeständen finden sich überwiegend im Süden Bayerns.

Methodische Entwicklung der Rinderbestands-erhebung seit 1984

In den Jahren von 1984 bis 1996 wurden die Rinderbestände im Rahmen der Allgemeinen Viehzählung zum Stichtag 3. Dezember ermittelt. Diese Erhebung wurde alle zwei Jahre bei den landwirtschaftlichen Betrieben mit einer Mindestanbaufläche von einem Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) als Totalerhebung durchgeführt. Betriebe, die diese Mindestanbaufläche unterschritten, waren unter der

Voraussetzung festgelegter Mindesttierbestände auskunftspflichtig (vgl. Abbildung 1).

In den Jahren 1999, 2003 und 2007 wurden die Rinderbestände mittels integrierter Viehbestandserhebung in den Agrarstrukturerhebungen ermittelt. Beginnend mit dem Berichtsjahr 1999 änderte sich auch der Stichtag der Allgemeinen Viehzählung, und zwar auf den 3. Mai, und die Erfassungsgrenze der auskunftspflichtigen Betriebe wurde auf zwei

Entwicklung der Rinderbestandserhebung in Bayern seit 1984

Abb. 1

Jahre	1984 bis 1996	1999 bis 2007	seit 2008
Mindesterfassungsgrenzen	– 1 Hektar LF oder – 2 Pferde oder – 3 Schafe oder – 20 Stück Geflügel oder – 3 Schweine oder – 1 Zuchtschwein	– 2 Hektar LF oder – 20 Schafe oder – jeweils 200 Stück Geflügel oder – 8 Schweine oder – 8 Rinder oder – Mindestanbauflächen ausgewählter Spezialkulturen	keine
Stichtag	3. Dezember	3. Mai	3. Mai und 3. November
Erhebung	Allgemeine Viehzählung	Agrarstrukturerhebung mit integrierter Viehzählung	Rinderbestandserhebung (erstellt als Sekundärstatistik aus HIT-Verwaltungsdaten)
Erhebungsturnus	alle zwei Jahre	alle vier Jahre	zweimal im Jahr

Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche angehoben. Aufgrund dessen ist die Vergleichbarkeit der Daten mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich. Seit Mai 2008 wird der Rinderbestand bundeseinheitlich als Sekundärstatistik aus den Daten des Herkunfts- und Informationssystems für Tiere (HIT) jeweils zu den Stichtagen 3. Mai und 3. November ermittelt. Durch die Nutzung der Verwaltungsdaten aus der HIT-Rinderdatenbank werden die Auskunftspflichtigen entlastet. Die Rinderhalter sind laut Viehverkehrsordnung dazu verpflichtet, ihren vollständigen Rinderbestand zu melden. In einer zentral beim Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gespeicherten Datenbank werden Geburt, Zugang, Abgang oder Tod der Tiere registriert. Das Herkunfts- und Informationssystem für Tiere wurde bereits 1999 aufgrund einer EG-Richtlinie eingeführt. Das Statistische Bundesamt führte zunächst 2001 und 2003 methodische Untersuchungen zur Verwendung der HIT-Daten in der Agrarstatistik durch, bevor die Verwaltungsdaten als Grundlage für die Rinderbestandserhebungen herangezogen wurden. Um die gesetzlichen Anforderungen der Rinderbestandserhebung zu erfüllen, werden auch Merkmale benötigt, die nicht durch die HIT-Datenbank abgedeckt sind. Diese fehlenden Merkmale, wie z. B. der Anteil der Schlachttiere und der Nutzungszweck der Tiere, werden anhand von Hilfsmerkmalen wie der Produktionsrichtung geschätzt.

Kontinuierlicher Rückgang der Rinderbestände

Wegen der eingeschränkten Vergleichbarkeit der Rinderbestandsdaten aufgrund methodischer Änderungen werden im Folgenden die Zahlen zunächst in einzelnen Zeitabschnitten analysiert. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden auch die durchschnittlichen jährlichen Veränderungsraten berechnet. Im Zeitraum von 1984 bis 1996 verringerte sich die Anzahl der Rinderhalter von 175 087 um 42,4% auf 100 901 Halter. Im Jahr 1984 wurden in Bayern rund 5,1 Millionen Rinder gezählt, im Jahr 1996 dagegen nur noch 4,2 Millionen (-17,9%). Im Durchschnitt stellten jedes Jahr 4,5% der Betriebe die Rinderhaltung ein. Die Anzahl der Rinder verringerte sich durchschnittlich um 1,6% pro Jahr (vgl. Tabelle).

Für den Zeitraum von 1999 bis 2007 wurde ein durchschnittlicher jährlicher Rückgang der Halterzahlen um 3,9% und der Rinderbestände um 2,0% berechnet. Damit verringerte sich die Zahl der erfassten Rinder in Bayern weiter von rund 4 Millionen auf 3,4 Millionen Tiere (-14,9%). Die Anzahl der Rinderhalter ging innerhalb dieses Zeitraums um 27,5% auf 64 460 zurück.

Bei einer Betrachtung der Zeitspanne von 2008 bis 2014 ergibt sich ein durchschnittlicher jährlicher Rückgang um 3,6% der Halterzahlen und um 1,0% des Rinderbestandes. Im Mai 2014 wurden von 50 914 Haltern noch 3,2 Millionen Rinder gehalten.

Tab. Entwicklung des Rinderbestandes in Bayern von 1984 bis 2014

Jahr	Rinderhalter		Rinder		Milchkühe	
	Anzahl	durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent	Anzahl	durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent	Anzahl	durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent
1984	175 087		5 147 845		2 027 629	
1986	165 123		5 130 461		1 999 513	
1988	151 460		4 939 782		1 890 244	
1990	138 037	- 4,5	4 814 272	- 1,6	1 809 397	- 2,2
1992	120 803		4 420 819		1 640 037	
1994	109 917		4 296 512		1 594 176	
1996	100 901		4 225 150		1 558 581	
1999	88 953		4 049 910		1 453 879	
2003	74 685	- 3,9	3 763 833	- 2,0	1 326 612	- 2,1
2007	64 460		3 444 620		1 229 398	
2008	63 610		3 428 687		1 267 196	
2010	59 090		3 380 392		1 250 466	
2012	54 542	- 3,6	3 258 976	- 1,0	1 230 852	- 0,6
2014	50 914		3 230 479		1 223 506	

Beim Vergleich des Rinderbestandes über den Gesamtzeitraum von 1984 bis 2014 stellt sich ein Rückgang der Halterzahlen um insgesamt 70,9% dar. Der Rinderbestand verringerte sich um 37,2%. Die Entwicklung hin zu größeren landwirtschaftlichen Betrieben zeigt sich auch in der Rinderzahl je Halter. Vor 30 Jahren entfielen auf einen Betrieb mit Rindern durchschnittlich 29 Tiere, heute sind es mehr als doppelt so viele (2014: Durchschnittsbestand von 63 Rindern je Halter).

Rückgang des Milchkuhbestandes um 40%

In den Rinderbestandserhebungen werden die Rinder in Kategorien eingeteilt. Der überwiegende Anteil der Rinder entfällt auf Milchkühe. Im Jahr 1984 wurde in der Europäischen Union die Milchquote eingeführt, um die Überproduktion an Milch einzudämmen. Bis 1996 wurde der bayerische Milchkuhbestand um 23,1% auf 1,6 Millionen Tiere abgebaut. Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Rückgang von 2,2%. Der Rückgang der Milchkühe lässt sich neben der Einführung der Milchquote auch auf die gestiegene Einzeltierleistung zurückführen. Im Zeitraum von 1999 bis 2007 verringerte sich die Anzahl an Milchkühen jedes Jahr durchschnittlich um 2,1%. Insgesamt ist dies innerhalb der acht Jahre ein Rückgang von 15,4% auf 1,2 Millionen Tiere. Zwischen 2008 und 2014 wurde ein leichter Rückgang der Milchkühe um 3,8% (Jahresdurchschnitt: -0,6%) auf 1 223 506 Tiere festgestellt (vgl. Abbildung 2). Der Milchkuhbestand verringerte sich

innerhalb der letzten 30 Jahre somit um rund 40%. Von einem Milchkuhhalter wurden 1984 im Schnitt 13 Milchkühe gehalten. Heute, 30 Jahre später, sind es knapp 34 Milchkühe je Milchkuhbetrieb.

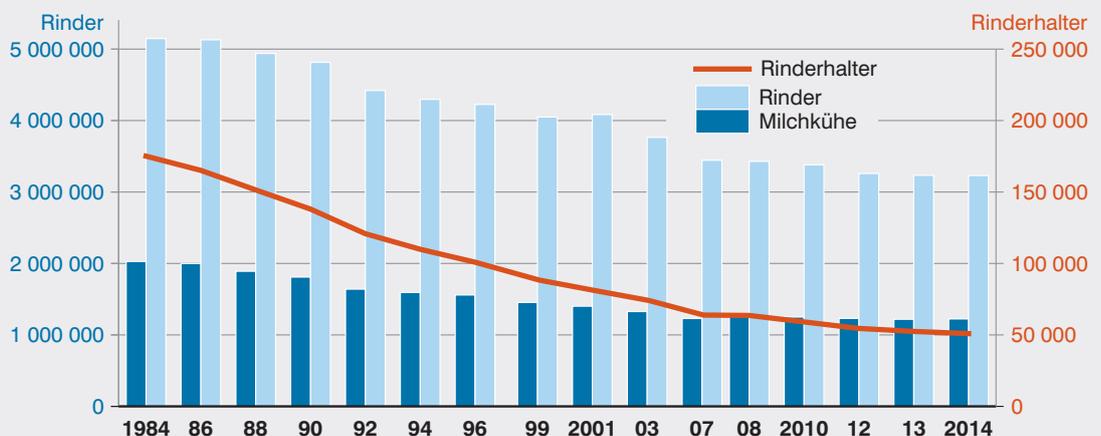
Überwiegend hohe Rinderbestände in den südlichen Landkreisen Bayerns

Bei einer nach Landkreisen differenzierten Betrachtung der Rinderhaltung zeigen sich unterschiedliche Tendenzen (vgl. Abbildungen 3 und 4). Der niedrigste Rinderbestand je Halter wurde im Jahr 1984 für den fränkischen Landkreis Forchheim ermittelt (13 Rinder je Halter). Im Gegensatz dazu wurde im Landkreis Fürstfeldbruck mit 48 Rindern der höchste Durchschnittsbestand je Halter festgestellt. 30 Jahre später ist der geringste durchschnittliche Rinderbestand im Landkreis Garmisch-Partenkirchen mit knapp 30 Rindern pro Betrieb zu finden. Die größten Rinderhaltungen befinden sich im Landkreis Dachau mit durchschnittlich 89 Rindern je Halter.

Beliebte Standorte für die Rinderhaltung sind Regionen mit der Möglichkeit Grundfutter günstig zu erzeugen sowie Landkreise mit einem hohen Dauergrünlandanteil. Zur besseren Darstellung der regionalen Unterschiede wurden die Landkreise in vier Bestandsgrößenklassen eingeteilt. Im Jahr 1984 gab es insgesamt sieben Landkreise mit einem Rinderbestand von mehr als 145 000 Tieren. Diese konzentrierten sich überwiegend auf die südlichen Landkreise Bayerns. Im Jahr 2014 liegt der maximale

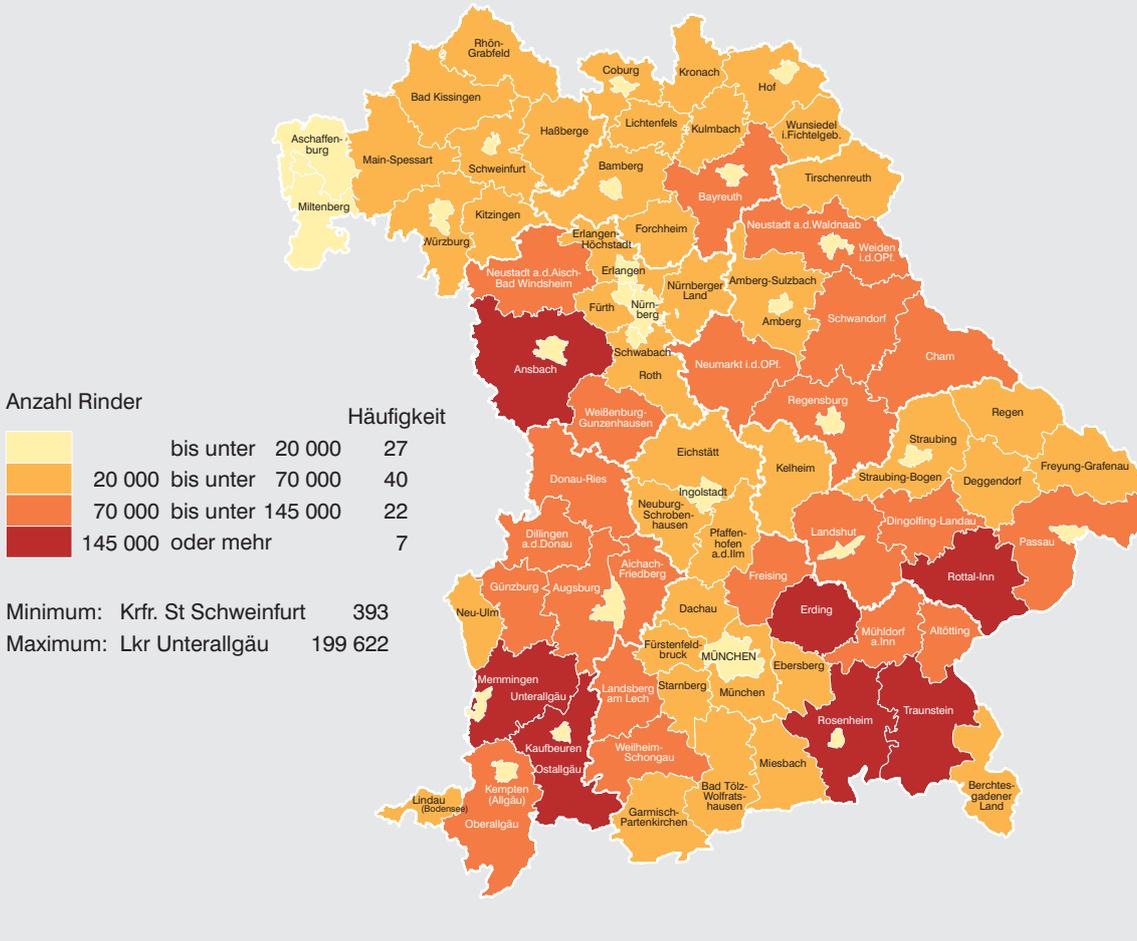
Rinderhalter und deren Rinder- und Milchkuhbestand in Bayern von 1984 bis 2014

Abb. 2



Rinderbestand 1984 in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns

Abb. 3



Bestand der rinderreichen Landkreise zwischen 70 000 und 145 000 Rindern. Auch heute zeichnet sich der Schwerpunkt in der Rinderhaltung überwiegend in den südlichen bayerischen Landkreisen ab. Sowohl 1984 (40 Landkreise) als auch 2014 (38 Landkreise), wiesen die meisten bayerischen Landkreise einen Rinderbestand zwischen 20 000 und 70 000 Tieren auf. Vor 30 Jahren gab es lediglich zwei Landkreise mit weniger als 20 000 Rindern. Dagegen wurden in der letzten Rinderbestandserhebung vom Mai 2014 insgesamt 20 Landkreise in dieser Kategorie festgestellt. Landkreise mit diesem geringen Rinderbestand sind unter anderem in den Ballungsräumen der beiden Großstädte München und Nürnberg sowie in Unterfranken zu finden. Außerdem haben Landkreise wie beispielsweise Lichtenfels oder

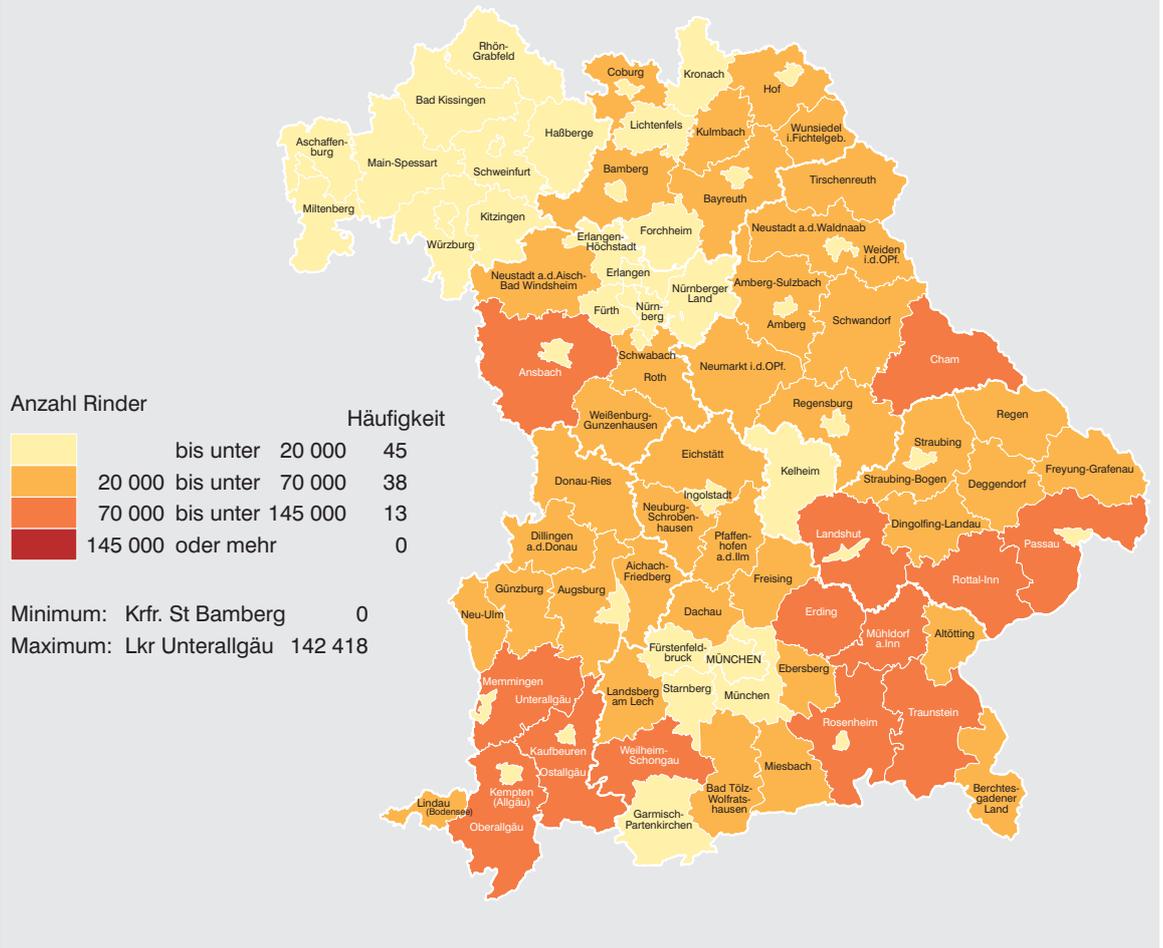
Kronach aufgrund der niedrigen Flächenausstattung ebenfalls einen niedrigen Rinderbestand.

Ausblick

Im Jahr 2016 findet die nächste Agrarstrukturhebung statt. Dafür werden wie auch in den Vorerhebungen die Rinderbestände aus der HIT-Datenbank ermittelt. Aufgrund der anstehenden Novellierung des Agrarstatistikgesetzes sind die einzelnen Rinderkategorien nach ökologischer Haltung zu erfassen. Diese Merkmalsausprägung ist nicht durch die HIT-Datenbank abgedeckt und müsste nach derzeitigem Kenntnisstand bei den landwirtschaftlichen Betrieben primär erhoben werden, sofern nur ein Teil der Rinder ökologisch gehalten wird. Hält der landwirtschaftliche Betrieb seinen vollständigen Rin-

Rinderbestand 2014 in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns

Abb. 4



derbestand nach ökologischen Vorgaben, könnte hingegen die Gesamtzahl der Rinder aus der HIT-Datenbank ermittelt werden.

Im Zuge der EU-Agrarreform wird zum 1. April 2015 die Milchquote abgeschafft. Daher bleibt die weitere Entwicklung des Rinderbestandes und insbesonde-

re des Bestandes der Milchkühe abzuwarten. Ob es tatsächlich zu einem Preisverfall im Zuge einer drohenden Überproduktion und damit einhergehend zu einem weiteren Rückgang der Halterzahlen und Rinderbestände kommt – wie es manche Experten einschätzen – wird die Zukunft zeigen.

Bayerischer Außenhandel mit den USA

Dipl.-Kffr. Rosina Fuchs-Höhn, Dipl.-Betriebsw. (FH) Regina Schweizer

Durch das geplante Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen der Europäischen Union (EU) und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) sollen Handel und Investitionen auf beiden Seiten des Atlantiks erleichtert werden. Für die bayerische Außenwirtschaft ist das amerikanische Partnerland bereits jetzt einer der wichtigsten Märkte. Im Jahr 2013 exportierte Bayern Waren im Wert von 18,9 Milliarden Euro in die USA. Dies entsprach – gemessen an allen Exporten dieses Jahres – einem Anteil von 11 %. Damit waren die USA erneut das wichtigste Exportland für bayerische Waren. Im Gegenzug wurden Waren im Wert von 9,3 Milliarden Euro aus den USA nach Bayern importiert. Dies bedeutete bei den Importen Rang fünf für die USA nach Österreich, China, Italien und der Tschechischen Republik. Im Saldo – Exporte minus Importe – ergab sich für 2013 ein Plus von 9,7 Milliarden Euro für die bayerische Außenwirtschaft gegenüber der US-amerikanischen. Mit diesen Ergebnissen hielt Bayern sowohl im deutschen als auch im europäischen Vergleich eine der vordersten Positionen im Außenhandel mit den USA. Wichtigster Sektor im Exporthandel mit den USA ist traditionell die bayerische Kraftfahrzeugindustrie, sie erwirtschaftete im Jahr 2013 43 % der Exportergebnisse. Auch bei den Importen stand sie an erster Stelle.

Allgemeines zur Außenhandelsstatistik

Die Außenhandelsstatistik Bayerns stellt den grenzüberschreitenden Warenverkehr Bayerns mit dem Ausland dar, gegliedert nach Warengruppen, Warenuntergruppen sowie Ländergruppen und Ländern. Ausland im Sinne der Außenhandelsstatistik ist das Gebiet außerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1993 gliedert sich die Außenhandelsstatistik, wegen der unterschiedlichen Erhebungsformen, in die Intrahandelsstatistik (Handel mit den EU-Ländern) und die Extrahandelsstatistik (Handel mit den übrigen Staaten). Die Außenhandelsstatistik ist eine monatliche Statistik, die zentral beim Statistischen Bundesamt durchgeführt wird.

Den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik liegen im Allgemeinen die Angaben der Einführer und Ausführer zugrunde. Die Anmeldung zur Extrahandelsstatistik erfolgt über die Zollverwaltung. Die Ergebnisse der Intrahandelsstatistik basieren auf den statistischen Anmeldungen der innergemeinschaft-

lichen Erwerbe und Lieferungen im Sinne des Umsatzsteuergesetzes.

Im Rahmen der Extrahandelsstatistik sind – bis auf wenige Ausnahmen – Warensendungen von weniger als 1 000 Euro von der Anmeldung befreit. Im Rahmen der Intrahandelsstatistik sind Unternehmen befreit, deren im Intrahandel getätigten jährlichen Versendungen in andere Mitgliedstaaten oder Eingänge aus anderen Mitgliedstaaten jeweils den Wert von 500 000 Euro im Vorjahr oder im laufenden Jahr nicht überschritten haben. Privatpersonen sind in der Intrahandelsstatistik grundsätzlich von der Auskunftspflicht befreit. Die Befreiungen von 500 000 Euro sind als Zuschätzungen in den Außenhandlungsergebnissen enthalten.

In der Außenhandelsstatistik werden die Ausfuhr im Spezialhandel und die Einfuhr im Generalhandel dargestellt. Der Generalhandel umfasst alle nach Deutschland eingehenden und aus Deutschland

ausgehenden Waren. Der Spezialhandel umfasst dagegen im Wesentlichen nur die Waren, die zum Gebrauch, Verbrauch, zur Be- und Verarbeitung in Deutschland eingehen und die Waren, die aus der Erzeugung und der Be- oder Verarbeitung in Deutschland stammen und ausgehen.

Die Benennung und Gruppierung der Waren erfolgen seit Berichtsmonat Januar 2002 nach der Gliederung „Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft,“ (EGW Rev. 2002).

Als Warenwert wird der Statistische Wert zugrunde gelegt. Er ergibt sich in der Regel aus dem in Rechnung gestellten Entgelt für eine Ware beim Kauf im Einfuhrgeschäft oder beim Verkauf einer Ware im Ausfuhrgeschäft, wobei eine Kostenabgrenzung frei deutscher Grenze vorzunehmen ist. Zölle, Steuern oder andere Abgaben sind nicht im Statistischen Wert enthalten. Bei Ein- und Ausfuhren nach Veredelung gilt als Wert der Ware der Warenwert vor Veredelung zuzüglich der Veredelungskosten und sonstiger Kosten frei Grenze.

Auf nationaler bzw. europäischer Ebene regeln folgende Gesetze und Verordnungen die Durchführung der Außenhandelsstatistik (Auswahl):

- Außenhandelsstatistikgesetz (AHStatG) vom 1. Mai 1957 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7402–1, veröffentlichten bereinigten Fassung,
- Außenhandelsstatistik-Durchführungsverordnung (AHStatDV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1993),
- Verordnung (EG) Nr. 471/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über Gemeinschaftsstatistiken des Außenhandels mit Drittländern und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1172/95 des Rates (ABl. EG Nr. L 152, S. 23),
- Verordnung (EG) Nr. 638/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Gemeinschaftsstatistiken des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3330/91 des Rates (ABl. EG Nr. L 102, S. 1).

Verspätet eingehende Meldungen über Ein- und Ausfuhren eines Berichtsmonats werden in den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik berücksichtigt. Ab Berichtsjahr 2011 werden die Außenhandelsergebnisse monatlich revidiert. Die erste Revision eines Berichtsmonats findet zusammen mit der Aufbereitung des zweiten Folgemonats statt. Insgesamt werden für jeden Berichtsmonat sechs aufeinander folgende monatliche Revisionen durchgeführt. Im Oktober des Folgejahres erfolgt zudem noch eine zusätzliche Jahresrevision. Diese Ergebnisse werden dann – wie bisher – als endgültig betrachtet.

Der bayerische Außenhandel – ein kurzer Jahresergebnisse-Vergleich

Die bayerische Wirtschaft exportierte im Jahr 2013 Waren im Wert von 166,4 Milliarden Euro. Dies ist der höchste Wert, der jemals gemeldet wurde. Mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 nahmen die bayerischen Exporte seit dem Jahr 2000 stetig zu. Gegenüber 2000 waren die Ausfuhren 2013 um 73,5 Milliarden Euro bzw. 79% erhöht. Den höchsten Zuwachs erfuhren die Exporte dabei im Jahr 2010 (+18%), allerdings nachdem sie im Vorjahr, dem Krisenjahr 2009, um 21% gesunken waren (vgl. Tabelle 1).

Im Zeitraum von 2000 bis 2013 stiegen die bayerischen Einfuhren um 61,7 Milliarden Euro bzw. 73% auf 146,8 Milliarden Euro. Der Aufwärtstrend wurde lediglich in den Jahren 2002 und 2009 sowie 2013 unterbrochen. Nach ihrem deutlichen Rückgang im Jahr 2009 (-17%) erfuhren auch die Einfuhren im darauf folgenden Jahr 2010 einen der höchsten, jemals erzielten, Zuwächse (+21%).

Der bayerische Exportüberschuss aus dem Jahr 2013 (19,6 Milliarden Euro) ist das sechsthöchste bisher gemessene Ergebnis. Der Spitzenwert von 28,7 Milliarden Euro wurde im Jahr 2007 erzielt. In den Jahren 1997 bis 1999 sowie in allen Jahren seit 2002 übertraf der Exportüberschuss jeweils die Zehn-Milliarden-Euro-Grenze.

Die USA, das Exportland Nummer 1

Einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der bayerischen Exportwirtschaft liefert traditionell der Außenhandel mit den Vereinigten Staaten von Amerika

Tab. 1 Außenhandel Bayerns insgesamt sowie mit den USA in den Jahren 1970, 1980, 1990 sowie seit 2000

Jahr	Exporte im Spezialhandel				Importe im Generalhandel				Export- (+) / Import- (-) überschuß insgesamt	Export- (+) / Import- (-) überschuß im Handel mit den USA
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	darunter Ausfuhren in die USA	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	insgesamt	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	darunter Einfuhren aus den USA	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum		
	1 000 €	%	1 000 €	%	1 000 €	%	1 000 €	%		
1970	8 101 442	x	691 260	x	6 358 233	x	556 463	x	1 743 209	134 797
1980	24 122 036	x	1 652 431	x	24 016 936	x	1 482 225	x	105 100	170 206
1990	51 329 714	x	4 875 020	x	42 669 499	x	3 363 018	x	8 660 214	1 512 002
2000	92 877 849	x	12 855 465	x	85 033 916	x	8 502 744	x	7 843 933	4 352 721
2001	98 300 627	5,8	13 696 419	6,5	89 765 445	5,6	9 660 166	13,6	8 535 182	4 036 253
2002	102 471 896	4,2	15 213 964	11,1	85 725 937	-4,5	8 202 411	-15,1	16 745 959	7 011 553
2003	106 702 325	4,1	14 115 317	-7,2	87 489 495	2,1	7 597 707	-7,4	19 212 830	6 517 610
2004	117 493 304	10,1	14 864 326	5,3	93 975 640	7,4	9 413 809	23,9	23 517 664	5 450 517
2005	126 890 995	8,0	15 791 949	6,2	99 242 471	5,6	8 900 156	-5,5	27 648 524	6 891 793
2006	140 367 506	10,6	16 849 069	6,7	115 935 077	16,8	9 404 917	5,7	24 432 429	7 444 152
2007	152 448 741	8,6	16 340 785	-3,0	123 754 913	6,7	8 859 455	-5,8	28 693 828	7 481 330
2008	154 333 267	1,2	14 869 413	-9,0	129 468 096	4,6	9 217 199	4,0	24 865 171	5 652 214
2009	122 307 291	-20,8	11 195 125	-24,7	107 290 529	-17,1	7 048 765	-23,5	15 016 762	4 146 360
2010	144 010 552	17,7	13 717 441	22,5	129 429 457	20,6	8 666 126	22,9	14 581 095	5 051 315
2011	160 018 625	11,1	15 383 482	12,1	145 679 684	12,6	9 755 254	12,6	14 338 941	5 628 228
2012	164 588 462	2,9	18 288 911	18,9	147 591 331	1,3	9 974 469	2,2	16 997 131	8 314 442
2013	166 389 828	1,1	18 912 433	3,4	146 767 114	-0,6	9 252 830	-7,2	19 622 714	9 659 603
Januar bis August: 2014*	111 021 614	0,2	12 286 750	1,6	98 721 506	1,3	6 446 465	1,1	12 300 108	5 840 285

* Vorläufiges Ergebnis.

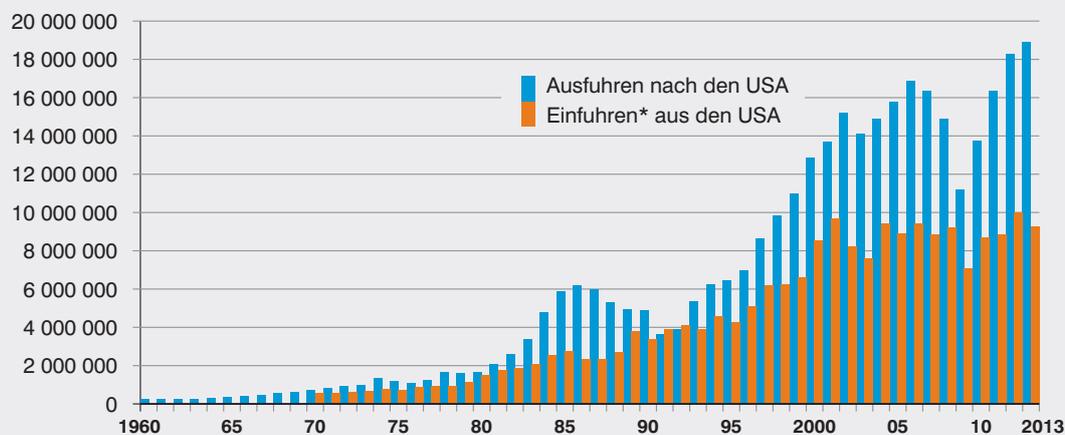
(USA). Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hatten die Exporte in die USA seit Anfang der 1980er Jahre einen Anteil von mindestens zehn Prozent an allen bayerischen Exporten. Seit dem Jahr 2000 waren die USA stets Exportland Nummer 1 der bayerischen Wirtschaft.

Im Jahr 2013 lieferte Bayern Waren im Wert von 18,9 Milliarden Euro in die USA, dies sind 0,6 Milliarden

Euro mehr als 2012 (+3%) und 6,1 Milliarden Euro mehr als 2000 (+47%). Auch in den ersten acht Monaten 2014 setzte sich der Aufwärtstrend fort, die Exporte in die USA beliefen sich bereits auf 12,3 Milliarden Euro. Seit der Jahrtausendwende betrachtet, erzielte Bayerns Wirtschaft zweistellige Exportzuwächse in den USA in den Jahren 2002 (+11%), 2010 (+23%), 2011 (+12%) und 2012 (+19%). In den Jahren 2003 (-7%), 2007 (-3%), 2008 (-9%)

Bayerns Außenhandel mit den USA seit 1960 in tausend Euro

Abb. 1



* Die Einfuhrstatistik nach Ländern wird erst seit 1970 aufbereitet.

und 2009 (-25%) waren die Ausfuhren in die USA rückläufig.

Deutlich weniger Importe als Exporte

Anders als auf der Exportseite lagen die USA bei den Importen nach Bayern seit 2007 „nur“ an der vierten oder fünften Stelle nach dem bayerischen Nachbarland Österreich sowie China und in Konkurrenz mit Italien und dem Nachbarland Tschechische Republik. In den Jahren 2000 bis 2001 hielten die USA auch bei den Importen den ersten Platz, in den Zwischenjahren 2002 bis 2006 waren es die Ränge 2 oder 3.

Im Jahr 2013 bezog Bayerns Wirtschaft Importe im Wert von 9,3 Milliarden Euro aus den USA, dies waren 722 Millionen Euro bzw. 7% weniger als im Jahr davor. Im Vergleich zum Jahr 2000 nahmen die Importe 2013 um 750 Millionen Euro bzw. 9% zu. Im Betrachtungszeitraum deutlich zu erkennen sind die wechselnden Phasen von Anstieg und Rückgang der Importe aus den USA. Nach einem starken Zuwachs im Jahr 2001 (+14%) kam es in den beiden Folgejahren zu einer deutlichen Abnahme der Importe (zusammen: -21%), nach einem weiteren kräftigen Plus in 2004 (+24%) und kleineren Ab- und Aufbewegungen in den Folgejahren folgte im Krisenjahr 2009 (-24%) ein starker Einbruch. Durch die Zunahmen in den Jahren 2010 bis 2012 konnte in 2011 und 2012 jeweils ein Import-Rekord erzielt wer-

den, im Jahr 2013 waren die Importe allerdings wieder rückläufig.

Von 1991 und 1992 abgesehen, lagen die Exporte Bayerns in die USA in allen Jahren seit 1970 über den Importen (Hinweis: die Einfuhren nach Deutschland werden erst seit 1970 nach Bundesländern ausgewiesen), (vgl. Abbildung 1). Im Jahr 2013 betrug der Exportüberschuss Bayerns 9,7 Milliarden Euro. Dieser Wert stellt einen neuen Höchststand dar. Vergleicht man diesen Wert mit dem gesamten Exportüberschuss der bayerischen Wirtschaft im Jahr 2013 (19,6 Milliarden Euro), so ergibt sich rechnerisch ein Anteil der USA am gesamten Exportüberschuss von 49%. Seit dem Jahr 2000 lag dieser Prozentsatz stets zwischen 23 und 55%.

Bayern – USA – im Bundesländervergleich

Rund ein Fünftel der deutschen Exporte in die USA stammt aus Bayern, nahezu ein Fünftel der deutschen Importe aus den USA geht nach Bayern. Damit ist der Freistaat, neben Baden-Württemberg, das wichtigste deutsche Partnerland der USA, wobei im letzten Jahrzehnt Bayern häufiger bei den Exporten und Baden-Württemberg häufiger bei den Importen vorne lag (vgl. Tabelle 2). So führte Bayern bei den Ausfuhren in den Jahren 2003 bis 2005, 2007 bis 2010 sowie 2012 und 2013, und Baden-Württemberg bei den Einfuhren, abgesehen von den Jahren 2004 und 2005, die Rangfolge der 16 Bundesländer an. Bayern und

Tab. 2 Außenhandel Deutschlands mit den USA 2003 und 2013 nach Bundesländern

Bundesländer Länder	2003		2013	
	Exporte	Importe	Exporte	Importe
	1 000 €	1 000 €	1 000 €	1 000 €
Baden-Württemberg	13 112 753	8 180 362	18 670 514	9 371 226
Bayern	14 115 317	7 602 260	18 912 433	9 252 830
Berlin	700 160	1 206 098	1 356 131	1 311 529
Brandenburg	662 796	179 868	1 652 159	953 370
Bremen	2 446 797	392 822	3 153 058	690 992
Hamburg	1 578 614	4 397 740	2 585 717	5 026 069
Hessen	2 763 723	5 313 706	6 182 249	7 830 249
Mecklenburg-Vorpommern	87 617	31 042	245 468	45 319
Niedersachsen	4 288 134	2 536 299	5 677 861	2 617 112
Nordrhein-Westfalen	8 133 964	4 763 476	10 513 953	7 004 820
Rheinland-Pfalz	2 223 213	1 202 241	4 103 999	2 231 471
Saarland	357 914	471 375	1 137 950	453 663
Sachsen	2 811 430	834 307	2 854 225	838 582
Sachsen-Anhalt	180 336	39 972	554 928	190 248
Schleswig-Holstein	694 098	645 542	1 345 594	1 045 319
Thüringen	439 232	110 568	796 188	237 948
Ausland	-	-	9 605 405	1 195 811
Restposition	7 056 899	2 079 064	1	4 351
Insgesamt (Summe)	61 652 997	39 986 742	89 347 833	50 300 909

Quelle: Statistisches Bundesamt, Genesis, Tabelle 51000-0032; abgerufen am 23.10.14.

Baden-Württemberg zusammen tätigten rund zwei Fünftel des deutschen Außenhandels mit den USA.

Made in Bavaria – ganz groß auch im Europa-vergleich

Aufgrund der unterschiedlichen Methodik bei der Ermittlung der Ergebnisse der Außenhandelsstatistik auf nationaler und europäischer Ebene ist der Vergleich der national für Bayern ermittelten Ergebnisse mit den von Eurostat für die europäischen Staaten veröffentlichten Werten nur bedingt möglich.¹ Dies gilt insbesondere für das Importgeschäft. Daher werden im Folgenden nur die Exporte Bayerns in die USA mit den Ausfuhren europäischer Staaten verglichen.

Mit seinen Ausfuhren im Wert von 18,9 Milliarden Euro ist der Freistaat Bayern auch für sich betrachtet eines der wichtigsten Partnerländer der USA im europäischen Vergleich. Nach Deutschland (insgesamt: 88,6 Milliarden Euro), dem Vereinigten Königreich (43,7 Milliarden Euro), Frankreich (27,2 Milliarden Euro) und Italien (27,0 Milliarden Euro) stand Bayern im Jahr 2013 an fünfter Stelle der Ausfuhrländer aus der EU noch vor Irland (18,2 Milliarden Euro), Belgien (18,1 Milliarden Euro) und den Niederlanden (17,6 Milliarden Euro), (vgl. Abbildung 2).

Bayern – USA: die TOP 10 – „Waren“

Dieser Erfolg der bayerischen Exportwirtschaft auch im internationalen Vergleich ist an erster Stelle der

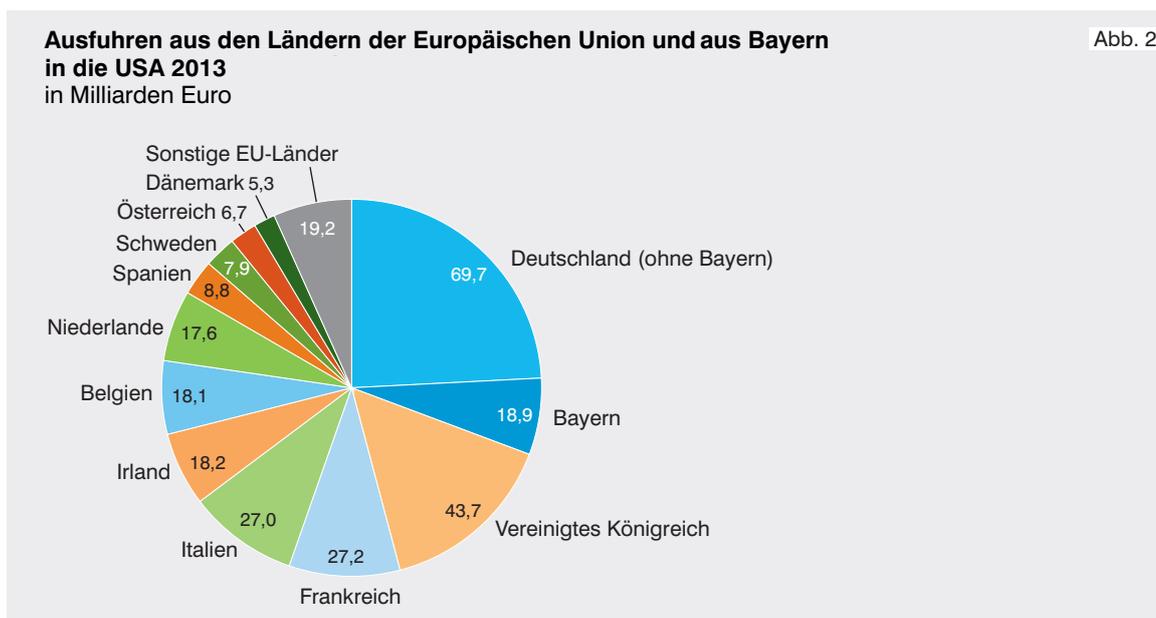
bayerischen Automobilindustrie zuzuschreiben. Von den 18,9 Milliarden Euro, die Bayerns Exporteure im Jahr 2013 in den USA erwirtschafteten, fielen allein 7,0 Milliarden Euro bzw. 37% auf die Warenuntergruppe „Personenkraftwagen und Wohnmobile“ (vgl. Tabelle 3).

Im Jahr 2013 wurden „Personenkraftwagen und Wohnmobile“ im Gesamtwert von 34,0 Milliarden Euro aus Bayern ausgeführt. Folglich wurde im Mittel etwa jeder Fünfte in diesem Jahr aus Bayern exportierte Personenkraftwagen (und Wohnmobile) in die USA verkauft.

Auch für die Kraftfahrzeugzulieferindustrie ist der USA-Handel ein wichtiger Absatzmarkt. Die Warenuntergruppe „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ erzielte ein Exportergebnis von 1,1 Milliarden Euro (6%). Zählt man diese zu den „Personenkraftwagen und Wohnmobilen“ hinzu, so ergibt sich für den Kraftfahrzeugsektor für das Jahr 2013 ein Anteil von 43% an den bayerischen Ausfuhren in die USA (der Anteil der weiteren Warenuntergruppen, bspw. „Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge“ (0,1%), an den USA-Exporten war allerdings gering).

Ein Jahrzehnt zuvor war die Dominanz der Warenuntergruppe „Personenkraftwagen und Wohnmobile“ (44%) an allen Exporten noch stärker. Zählt man

¹ Vgl. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/international_trade/documents/FAQ_XT_WEB_DE_final_January2012.pdf; Seite 15; abgerufen am 24.10.2014.



Quelle: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/international_trade/data/database; abgerufen am 23.10.2014

die „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ (6%; Rang 3) hinzu, erwirtschaftete Bayern im Jahr 2003 im Außenhandel mit den USA jeden zweiten Euro mit Kfz-Erzeugnissen.

Die zehn wertmäßig wichtigsten Warenuntergruppen im Handel mit den USA zusammen erbrachten ein Exportergebnis von 13,6 Milliarden Euro bzw. 72% der Exporte. Diese zehn Warenuntergruppen zählen alle zu den so genannten Enderzeugnissen der gewerblichen Wirtschaft. 17,5 Milliarden Euro bzw. 93% der gesamten bayerischen Exporte in die USA sind dieser Kategorie zuzuordnen. Die gesamte gewerbliche Wirtschaft machte 18,8 Milliarden Euro bzw. 99% des Exportergebnisses aus.

Auffallend ist die Konstanz des Warenspektrums im letzten Jahrzehnt: Die sieben wertmäßig bedeutendsten Export-Warenuntergruppen „Personenkraftwagen und Wohnmobile“, „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“, „medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen“, „Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“, „mess-, steuerungs- und regelungstechnische Erzeugnisse“, „Maschinen, a. n. g.“ und „Luftfahrzeuge“ machten in den Jahren 2003 bis 2013, wenn auch in leicht veränderter Reihenfolge, jeweils die Spitzenplätze unter sich aus.

Der Anteil der Ernährungswirtschaft an den bayerischen Exporten in die USA betrug im Jahr 2013 „nur“ 116 Millionen Euro bzw. 1%. Hier stand die bay-

erische Bierbranche ganz vorne: Bier (25,4 Millionen Euro), Hopfen (20,2 Millionen Euro) und Malz (12,8 Millionen Euro) waren die bedeutendsten Exportgüter aus diesem Bereich.

Wie bei den Exporten führten im Jahr 2013 auch bei den Importen „Personenkraftwagen und Wohnmobile“ die Warenliste an. Importe für 2,1 Milliarden Euro bedeuteten einen Anteil von 23% an den Gesamtimporten aus den USA (vgl. Tabelle 4). Bemerkenswert hierbei ist, dass unter allen bayerischen „Personenkraftwagen und Wohnmobile“-Importeuren die USA an erster Stelle standen. Von Bayerns gesamten „Personenkraftwagen und Wohnmobile“-Importen im Wert von 6,6 Milliarden Euro wurden allein im Handel mit den USA 32% erzielt.²

An zweiter Stelle bei den Einfuhren aus den USA lagen die „elektronischen Bauelemente“ (1,4 Milliarden Euro; 15%), die auf der Exportseite keine bedeutende Rolle spielten. Im Wert von über einer Milliarde Euro importiert wurden ferner „pharmazeutische Erzeugnisse“ (1,1 Milliarden Euro; 12%). Der Wert der eingeführten „medizinischen Geräte und orthopädischen Vorrichtungen“ lag bei 531 Millionen Euro (6%). Alle weiteren Warenuntergruppen lagen unter einem Wert von 400 Millionen Euro bzw. unter einem Anteil von 5%. Für die zehn wichtigsten eingeführten Warenuntergruppen zusammen ergab sich eine Summe von 6,8 Milliarden Euro bzw. von 73%. Von den Importen zählten Waren im Wert von 9,0 Milliarden Euro (97%) zur gewerblichen Wirtschaft.

² Die Importe werden im Generalhandel dargestellt, d. h. Waren, die Bayern über andere Bundesländer erreichen, werden nicht zu den bayerischen Importen gerechnet und umgekehrt.

Tab. 3 Bayerische Exporte in die USA im Jahr 2013 nach ausgewählten Warenuntergruppen

Ausgewählte Warenuntergruppe	Exporte in 1 000 Euro	Anteil der Waren- untergruppe an allen Exporten in Prozent
Exporte Bayerns in die USA insgesamt	18 912 433	100
darunter		
Personenkraftwagen und Wohnmobile	6 969 489	36,9
Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dgl.	1 141 670	6,0
medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen	1 107 260	5,9
Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	891 864	4,7
mess-, steuerungs- und regelungstechnische Erzeugnisse	880 797	4,7
Maschinen, a. n. g.	762 020	4,0
Luftfahrzeuge	709 168	3,7
pharmazeutische Erzeugnisse	541 027	2,9
Lager, Getriebe, Zahnräder und Antriebselemente	332 597	1,8
Werkzeugmaschinen	272 383	1,4
Die zehn wichtigsten Warenuntergruppen zusammen	13 608 274	72,0

Tab. 4 Bayerische Importe aus den USA im Jahr 2013 nach ausgewählten Warenuntergruppen

Ausgewählte Warenuntergruppe	Importe in 1 000 Euro	Anteil der Waren- untergruppe an allen Importen in Prozent
Importe Bayerns aus den USA insgesamt	9 252 830	100
darunter		
Personenkraftwagen und Wohnmobile	2 111 849	22,8
elektronische Bauelemente	1 366 434	14,8
pharmazeutische Erzeugnisse	1 121 218	12,1
medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen	530 933	5,7
mess-, steuerungs- und regelungstechnische Erzeugnisse	394 008	4,3
Luftfahrzeuge	384 160	4,2
Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	301 958	3,3
pharmazeutische Grundstoffe	233 981	2,5
Büromaschinen und automatische Datenverarbeitungsanlagen	185 647	2,0
Enderzeugnisse, a. n. g.	166 739	1,8
Die zehn wichtigsten Warenuntergruppen zusammen	6 796 927	73,5

Vergleichbar den Exportgütern ist auch bei den Importgütern im Zehnjahresvergleich 2003 zu 2013 eine Konstanz zu beobachten: Neun der zehn Warenuntergruppen fanden sich in beiden Jahresübersichten an vordersten Stellen wieder. Neu an dritter Stelle standen im Jahr 2013 die „pharmazeutischen Erzeugnisse“ (2003: Rang 11), sie verdrängten die „nachrichtentechnischen Geräte und Einrichtungen“ von Rang 10 auf Rang 12.

Ausblick

Zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika wird derzeit die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (engl. Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) verhandelt. Von TTIP werden positive Effekte auf den Handel zwischen der Europäischen Union und den USA erwartet. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie schreibt hierzu: „TTIP soll Handel und Investitionen auf beiden Seiten des Atlantiks erleichtern. Dazu sollen Bürokratie vermindert, Marktzugangshindernisse abgebaut und Doppelarbeiten verringert werden.“³ Den Chancen für die Wirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks stehen Befürchtungen gegenüber, dass Gesetze und Regelungen zum Schutz der Bevölkerung ausgehebelt werden könnten. TTIP wird in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert.⁴

Veröffentlichungen zur Außenhandelsstatistik (Verzeichnis der Quellen)

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, monatlicher Statistischer Bericht G3000C

G III 1 m „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im August 2014“, vorläufige Ergebnisse.

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, jährlicher Statistischer Bericht G3002C G III 1 j „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns 2013“, endgültige Ergebnisse.

Genesis-Online Datenbank Bayern: Themen „51 Außenhandel“; www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online/logon

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden „Außenhandel – Qualitätsbericht“; Erschienen am 24. April 2014.

Genesis-Online Destatis Statistisches Bundesamt: Themen „51 Außenhandel“; www-genesis.destatis.de/genesis/online

Europäische Kommission Eurostat: Internationaler Handel; http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/international_trade/introduction

Europäische Kommission Eurostat: Internationaler Handel; http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/international_trade/data/database

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, April 2014 „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA – Fakten und Informationen, häufig gestellte Fragen und Antworten“.

³ Vgl. Broschüre „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA – Fakten und Informationen, häufig gestellte Fragen und Antworten“, Seite 10.

⁴ Vgl. hierzu beispielsweise die Kapitel IV „Öffentliche Daseinsvorsorge und öffentliche Vergabe“ und Kapitel V „Verbraucherschutz, Umweltschutz, Arbeitnehmerschutz, Datenschutz“ in oben genannter Broschüre.

Gastbeitrag:*

Die Zählung und die Erfassung der Bevölkerung in ihrer historischen Entwicklung vom Römischen Imperium bis zur Reichsgründung 1871

Dr. Volker Scholz

Vorbemerkungen

Die Erfassung des Bevölkerungsstandes mittels Volkszählung hat eine sehr lange Geschichte. Zu allen Zeiten waren Herrscher und Regierungen an der Ermittlung von Informationen zur besseren Organisation ihres Staatswesens sowie Aussagen über die zu erwartenden Steuereinnahmen oder die militärische Stärke ihres Reiches interessiert. Mithin gehen – und gingen – Volkszählungen über eine rein quantitative Erfassung der Bevölkerung hinaus. Wer und was in den jeweiligen historischen Epochen erhoben und registriert wurde und welche Ursachen und Anlässe sich dafür ausmachen lassen, soll dabei im Mittelpunkt der Erörterungen des vorliegenden Beitrages stehen. Gegliedert wurde er nach der traditionellen Epocheneinteilung in Altertum (ca. Mitte des 4. Jahrtausends v. Chr. bis 6./7. Jahrhundert n. Chr.), Mittelalter (6. bis 15. Jahrhundert) und Neuzeit (ab Wende 15./16. Jahrhundert). Der zeitliche Rahmen reicht vom Römischen Imperium bis zur Gründung des Deutschen Reichs 1871, mit der die Grundlagen für eine einheitliche Erfassung der Bevölkerung in Deutschland gegeben worden waren. Die Ausführungen zum Mittelalter und der Neuzeit beziehen sich ausschließlich auf den deutschsprachigen Raum.

Altertum

Mit der Entstehung und Existenz erster Staatsformen wurden durch deren Herrscher auch erste Volkszählungen veranlasst. So lassen sich bereits 2 700 v. Chr. Ermittlungen von Bevölkerungszahlen in Ägypten und 1 700 v. Chr. eine Erfassung der Bevölkerung in Mesopotamien nachweisen. Unter der Herrschaft der Ptolemäer (ca. 306 v. Chr. – 30 v. Chr.) wurden Zensuslisten als Grundlage für das Besteuerungssystem geführt, welche die Personenzahl und den Besitz der einzelnen Haushalte bezeichnete. Zusammengestellt wurden diese Listen auf der Basis persönlicher Angaben der Bewohner. [1]

Eine umfangreiche und qualitativ auch sehr ausgefeilte Erfassung der Bevölkerung im Altertum wurde im Römischen Reich durchgeführt. Der römische Census war ein aufwändiger Prozess der im Wesentlichen zwei Funktionen erfüllte: Zum Einen die Erstellung von Bürgerlisten zur Schätzung des Vermögens. Zum Anderen diente er auch – da das

römische Heer ursprünglich nach fünf Vermögensklassen gegliedert war und jeder anfangs für seine Ausrüstung selbst aufkommen musste – zur Musterung für das Militär. Durch die Heeresreform des Marius (104 v. Chr.) ging diese Funktion verloren, da die Einteilung des Militärs in Vermögensklassen abgeschafft war und die Legionäre vollständig im Sold des Staates standen.

* Der vorliegende Beitrag von Herrn Dr. Volker Scholz, ehemaliger Referent im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen, ist im Heft „Statistik in Sachsen“, Jahrgang 19 – 1/2013 erschienen und wird mit freundlicher Genehmigung des Sächsischen Landesamts hier im Original-Wortlaut abgedruckt. Der Gastbeitrag wird im Kapitel „Historische Beiträge aus der Statistik“ ergänzt durch die Tabelle „Definitive Hauptergebnisse der Volkszählung von 1871 im gesamten Deutschen Reich.“ aus der Zeitschrift des Königlich Bayerischen Statistischen Bureau, Jahrgang 1873.

Die Zählung wurde alle fünf Jahre durch zwei Amtsträger, die Censoren, durchgeführt, deren Amtszeit eineinhalb Jahre dauerte. Welch hohe Wertschätzung dieses Amt besaß zeigt sich schon allein darin, dass die Censur zu den außerordentlichen Magistraten, den hohen Staatsämtern gehörte, die von den Centuriatscomitien¹ gewählt wurden. Neben der Durchführung des Census gehörten die Erstellung der Senatorenlisten sowie die Überwachung der Sitten² ebenfalls zu deren Aufgabenfeldern. Darüber hinaus waren sie an der Finanzverwaltung (Festsetzung der Höhe der Steuern und Zölle) beteiligt. [2] In Zusammenhang mit der Zählung der Bevölkerung und Schätzung des Vermögens stand die Befugnis zur Zuweisung der römischen Bürger zu den verschiedenen ökonomischen und politischen Einheiten in die die Gemeinschaft gegliedert war. Da die Zugehörigkeit zu diesen Untergliederungen der römischen Bürgerschaft über den Stellenwert entschied, den die Stimme jedes einzelnen in der Volksversammlung hatte, war mit dieser Befugnis großer politischer Einfluss verbunden. Der Censor besaß u. a. auch das Recht, einen Bürger ganz aus dem Tribusverband³ auszuschließen oder einen Senator aus dem Senat auszustoßen. Die Schmälerung der bürgerlichen Ehrenrechte deuteten sie im Bürgerverzeichnis unter Angabe der Gründe durch ein Zeichen (nota) an. [3]

Die Censur war – vor allem während der Republik – eines der prestigeträchtigsten römischen Ämter. Nur angesehene Senatoren, die in der Regel bereits das Konsulat bekleidet hatten, kamen als Censoren in Betracht. Während der Kaiserzeit wurden die Befugnisse des Amtes etwas eingeschränkt. Der Imperator stellte die Senatslisten persönlich zusammen oder übernahm selbst das Amt des Censors.

Durchgeführt wurde der Census auf dem Marsfeld (campus martius), ein dem römischen Kriegsgott geweihter Platz, der sich außerhalb der Stadt befand. Den Censoren hatte jeder freie und mündige Bürger unter Eid in einer öffentlichen Erklärung Auskunft über seine Familien- und Vermögensverhältnisse zu geben. Abgeschlossen wurde die Volkszählung mit einer Opferzeremonie, der lustratio. Anschließend wurden die ausgelegten Censuslisten im Amtssitz der Censoren, dem atrium libertatis, archiviert.

Die Verfahrensweise wurde ständig den sich ändernden Rahmenbedingungen angepasst. Nachdem im 1. Jahrhundert v. Chr. alle freien Einwohner Italiens das römische Bürgerrecht erhalten hatten, war es nicht mehr möglich alle Bürger in Rom zusammenzurufen. Deshalb wurde in den von römischen Bürgern gebildeten Stadtgemeinden gleichzeitig mit dem Bürgercensus in Rom durch die obersten Gemeindebeamten eine öffentliche Zählung abgehalten, deren Ergebnisse in die Hauptstadt gemeldet werden mussten, wobei die zentrale Erfassung im 78 v. Chr. errichteten Staatsarchiv, dem Tabularium, erfolgte.

Mit der Ausbreitung der römischen Herrschaft über Rom und die unmittelbar angrenzenden Gebiete hinaus entstand die Notwendigkeit, dezentrale Verwaltungseinheiten zu schaffen. Es wurden deshalb Provinzen gebildet, die unter der Herrschaft eines Statthalters standen. Um ein genaues Bild der Vermögensverhältnisse der neuen Mitglieder im Herrschaftsgefüge des Imperium Romanum zu erhalten, wurden dort parallel zur Erfassung der römischen Bürger (census populi) ebenfalls Erhebungen (census provincialis) durchgeführt. Inhaber des römischen Bürgerrechts, die in den Provinzen in Kolonien lebten, waren davon nicht betroffen, sondern wurden weiterhin vom census populi erfasst. [4]

Mittelalter

Volkszählungen wie sie im Römischen Imperium durchgeführt wurden sind aus der Zeit des Mittelalters nicht bekannt. Dennoch war die Bevölkerung auch in dieser Periode eine Größe, mit der die Obrigkeit „rechnete“, denn es fehlte nicht – wenn auch nicht in der Totalität wie im Römischen Reich – an Zählung und Erfassung größerer Bevölkerungsteile. Dabei lässt sich ein von Epoche zu Epoche unterschiedliches Ensemble wirtschaftlicher, sozialer und politischer Rahmenbedingungen ausmachen, die eine wichtige Einflussgröße für die Art und Weise sowie den Zweck der Bevölkerungserfassung darstellen.

Die vorherrschende Gesellschaftsform des Mittelalters war der Feudalismus, der stark von der Naturalwirtschaft geprägt wurde. Die grundlegende feudale Wirtschaftsform und wesentliches Kernelement

1 Die Centuriatscomitien waren eine Form der Volksversammlung, die nach Centurien (Einteilung für das römische Volk nach Zensus und Alter) geordnet war. Deren Kompetenz bestand in der Wahl der höheren Magistrate, Entscheidung über Krieg und Frieden sowie die Abstimmung über Gesetzesabschlüsse.

2 Die Sittenaufsicht (regimen morum) war ein Inbegriff staatlichen Eingriffsrechts in das Privatleben des Einzelnen. Jeder Bürger Roms war auf die Einhaltung überlieferter und akzeptierter Regeln verpflichtet. Abweichungen vom Verhaltenskodex konnten mit dem Verlust der Ehrenrechte und gesellschaftlicher Ächtung bestraft werden. Die censorische Straftätigkeit umfasste alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Sie reichte von Bestrafungen von Vergehen während der Amtstätigkeit bis zu Verfehlungen im sakralen oder militärischen Bereich. Darüber hinaus berührte die Sittenaufsicht auch das Privatleben. Vor allem Ehe und Familie fielen unter das regimen morum.

3 Der Tribus war eine Abteilung der römischen Bürgerschaft.

feudaler Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Früh- und Hochmittelalter stellte die Grundherrschaft dar. Sie markierte die vorherrschende rechtliche, soziale und wirtschaftliche Besitzstruktur des ländlichen Raumes. Gleichzeitig war sie auch – neben dem Lehnswesen – die bestimmende Organisationsform der mittelalterlichen Gesellschaft. Die Grundherrschaft war gekennzeichnet durch die Herrschaft über Personen, die auf dem Grund und Boden eines Grundherrn ansässig waren, und von diesem – in der Regel unter der Rechtsform der Leihe – Land zur Bearbeitung und wirtschaftlichen Nutzung erhalten hatten. Dem Grundherrn oblag nicht nur die rechtliche Verwaltung und Nutzungsvergabe von Land sondern er übte darüber hinaus auch die Polizeigewalt und niedere Gerichtsbarkeit über seine Untertanen aus, denen er „Schutz“ und „Schirm“ zu gewähren hatte. Die Untertanen standen in unterschiedlichen Abhängigkeitsverhältnissen zu ihrem Grundherrn. Als Gegenleistung für Schutz, Land und Jurisdiktion waren sie diesem zu einer ganzen Reihe von Abgaben und Frondiensten verpflichtet, die Naturalleistungen sowie Hand- und Spanndienste umfassten. Eine Erfassung und schriftliche Fixierung dieser Abhängigkeiten und Pflichten lag durchaus im Interesse des Grundherrn. Deshalb wurden die Angehörigen, Dienste und Liegenschaften einer Grundherrschaft aufgezeichnet. Dazu suchten Beauftragte des Grundherrn die ihnen bekannten Orte auf. Sie vereidigten Männer guten Rufs und befragten sie nach Gewohnheiten und Pflichten der ansässigen Familia. Die Resultate dieser Befragungen wurden dann in einem Verzeichnis, dem Urbarium, registriert. Diese Urbare ermöglichten dem Grundherrn eine planmäßige Verwaltung seines Besitzes und dienten ihm zur Sicherung seiner Rechte.

Während des Hochmittelalters setzte eine umfassende städtische Entwicklung ein. Die Welle der Stadtgründungen durch die Fürsten und den König begann um die Mitte des 12. Jahrhunderts in vollem Umfang und setzte sich im 13. Jahrhundert verstärkt fort. Mit der Herausbildung und Entwicklung bürgerlicher Machtorgane in der Stadt entstand auch eine städtebürgerliche Verwaltung, deren wachsende Bedürfnisse der Schriftlichkeit in der Amts- und Rechnungsführung zum Durchbruch verhalfen. Mit der damit verbundenen Entstehung des Stadt-

rechts stellten die Städte auch einen geschlossenen Rechtsraum dar. Um die Personen zu erfassen, die zu diesem Rechtsraum gehörten, legte man Personenverzeichnisse, die Bürgerbücher, an, in denen jener Teil der städtischen Bevölkerung aufgezeichnet wurde, dem das Bürgerrecht zuerkannt worden war. In der Regel enthielten die Bürgerbücher:

- den Namen des Neubürgers
- das Datum des geleisteten Bürgereides
- die Herausgabe des Bürgerbriefes
- die Höhe des Bürgergeldes
- die territoriale Herkunft des Neubürgers

Mit dem Bürgerrecht waren Rechte und Pflichten verbunden. Zu den Pflichten des Bürgers gehörte u. a. die Zahlung von Steuern oder die Verteidigung der Stadt. Die Rechte bestanden in der Ausübung eines Gewerbes, des Wahlrechts sowie im Erwerb von Grund- und Hausbesitz. Die Bürgerbücher erfassten somit den privilegierten Teil der Stadtbevölkerung, der die städtische Struktur entscheidend mitbestimmte. Darüber hinaus dienten sie zur Kontrolle und Durchsetzung der Rechte und Pflichten der Bürger. [5]

Mitte und Ende des 15. Jahrhunderts wurden in einigen Städten vereinzelt Zählungen der Bevölkerung durchgeführt, die allerdings noch nicht regelmäßig stattfanden sondern an aktuellen Bedürfnissen ausgerichtet waren. So war die Ermittlung der Nahrungsmittelversorgung in Kriegs- und Notzeiten der Anlass für die frühesten Zählungen in deutschen Städten wie Straßburg 1444 und Nürnberg 1449. Ursache der Nürnberger Zählung war die Belagerung der Stadt durch Markgraf Albrecht Achilles 1449/50. Der Ort wurde dadurch von der Getreidezufuhr abgeschnitten. Da die ländliche Bevölkerung innerhalb der Stadt Schutz gesucht hatte führte das zu Lebensmittelknappheit. Das veranlasste den Rat sowohl die Lebensmittelvorräte als auch die gesamte anwesende Bevölkerung zu erfassen. Der Zweck der Zählung bestand in der Versorgung der Bevölkerung in Kriegszeiten. Die Stadt war in acht Viertel unterteilt, denen jeweils zwei Viertelsmeister vorstanden. Mit Hilfe von Gassenbeauftragten wurden unter eidlicher Vernehmung der Bürger die Listen erstellt und in einem Verzeichnis zusammengefasst, welches den regierenden Mitgliedern des Rats

vorgelegt wurde. Nach diesem Verzeichnis wurde schließlich festgelegt, wie viel jeder an Vorrat für seine eigene Familie erhält. [6]

Neuzeit

Die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert war – in Zusammenhang mit dem Landesausbau – durch eine Festigung der Territorialstaaten und der fürstlichen Staatsgewalt verbunden. Diese Periode bedeutete aber auch den Beginn einer neuen Zeit in der Verwaltung. Denn die Stärkung der landesfürstlichen Gewalt war auch mit einem Ausbau des Verwaltungsapparates verbunden. Wichtige Grundlage bildete die Ämterverfassung, also die Einteilung des Landes in Ämter, denen auf den Landesherrn vereidigte Amtsleute vorstanden.

In Deutschland bzw. dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation, wurden in einigen Territorien Zählungen unter maßgeblicher Einbeziehung der Verwaltungsstruktur durchgeführt, die über die Grundherrschaft oder einzelne Städte hinausgingen und eine größere Fläche umfassten. So erließ Kurfürst August von Sachsen im Jahre 1571 zur Bekämpfung der Teuerung eine Getreideordnung, wobei alle Konsumenten durch statistische Erhebungen zu ermitteln waren. Alle Schösser und Amtswalter waren verpflichtet, sämtliche Haushaltungen in ihren Ämtern mit Angabe von Zahl, Alter, Beruf und Kinder zu erfassen.

Ein zweites Register sollte die Vorräte feststellen. Beide Verzeichnisse wurden dem Landesherrn eingereicht. Eine Zentralkommission übernahm schließlich die Zusammenstellung der Register sowie die Feststellung der Menge des im Falle einer Teuerung abzugebenden Getreides. [6, S.152] Die Organisation, Durchführung und Kontrolle der Zählung durch fürstliche Beamte zeigt, dass sich im 16. Jahrhundert erste Ansätze einer statistischen Verwaltungspraxis herausbildeten.

Eine weitere umfassende Zählung die für den mitteldeutschen Raum nachweisbar ist, stellt die Einwohner- und Berufszählung im Amt Altenburg aus dem Jahre 1580 dar. Dabei wurden die Parochien und ihre Dörfer als obere Zählseinheiten, die Häuser und die in ihnen enthaltenen Haushaltungen als untere

Zählseinheiten festgelegt. Erfasst wurden durch die Haushaltslisten die Wohnbevölkerung bzw. Einwohner. Registriert wurden:

- der volle Name
- Beruf des Hauswirtes und zum Teil der Rufname des Ehepartners
- die Zahl der Kinder nach Geschlecht
- die im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten sowie Dienstleute (Mägde und Knechte) [7]

Für die Erfassung der Bevölkerung waren auch Kirchbücher von Bedeutung. Bis zum Inkrafttreten des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und der Einführung der Standesämter am 1. Januar 1876, waren die Kirchenmatriken im Deutschen Reich die einzigen Personenstandsregister und dienten als öffentliche Urkunde. Wenn sich auch bereits in der Spätantike und im Mittelalter Verzeichnisse sakraler Amtshandlungen nachweisen lassen [8], so wurden kirchliche Matriken als systematische Aufzeichnungen erst seit dem frühen 16. Jahrhundert vor allem im deutschsprachigen Raum angelegt. Die Gründe für deren Einführung waren einerseits der Kampf gegen die Täuferbewegung⁴, der den Nachweis der vollzogenen Kindstaufe erforderte. Andererseits machten auch eherechtliche Belange einen schriftlichen Beleg notwendig. Es galt, der um die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert wachsenden Zahl der „Winkellehen“⁵ zu begegnen und eine bessere Kontrolle über die Kirchenzucht zu gewinnen. In dieser Situation schlugen die reformatorisch gesinnten Theologen Lösungsmöglichkeiten vor, die in den entstehenden evangelischen Landeskirchen im Laufe des 16. Jahrhunderts umgesetzt und von der katholischen Seite durch eine Reihe von Beschlüssen übernommen und fixiert wurden.

Die katholische Kirche legte 1563 auf dem Konzil von Trient mit dem Dekret „Tametsi“ die Gültigkeit der Eheschließung fest: Trauung durch den Pfarrer in Anwesenheit von Zeugen, die vorherige öffentliche Bekanntmachung sowie die Eintragung in das Eheregister. Dadurch wurde die kirchliche Personenstandserfassung entscheidend systematisiert. Es sollten in allen katholischen Pfarren alle demographischen Ereignisse eingetragen werden, wobei auch alle Pfarrangehörigen erfasst wurden. Ein wei-

4 Die Wiedertäufer waren Mitglieder einer radikalreformatorisch-christlichen Bewegung die im ersten Viertel des 16. Jahrhunderts in verschiedenen Teilen Europas entstand. Für die Wiedertäufer war das persönliche Glaubensbekenntnis des Täuflings entscheidend. Ihre Merkmale waren deshalb die Ablehnung der Kindstaufe sowie die Praktizierung der Erwachsenentaufe.

5 Die Winkellehe (matrimonium clandestinum) war eine formlose Eheschließung die ohne jegliche kirchliche Mitwirkung geschlossen wurde. Diese Eheform wurde zwar von der Kirche bekämpft und unter Strafe gestellt. Doch erst mit dem Konzil von Trient (1545–1563) wurde die kirchliche Ehe als einzig gültige Eheform sowie der priesterliche Segen vorgeschrieben.

terer Schritt zur Systematisierung erfolgte mit dem *Rituale Romanum* von 1614. Die Tauf- und Trauregister wurden durch Sterbebücher ergänzt sowie verbindliche Regeln für die Registerführung festgelegt. Der formale Aufbau sah eine inhaltliche Trennung in die drei Hauptregister Tauf-, Ehe-, und Sterberegister vor. In den Taufregistern wurden der Name des Kindes, der Eltern und der Taufpaten sowie das Geburts- und Taufdatum erfasst. Die Ehematriken enthielten

- die Namen der Eheleute und deren Väter
- den Herkunftsort
- das Datum der Eheschließung

In den Sterberegistern wurden der Name des Verstorbenen sowie das Datum des Begräbnisses registriert. In den katholischen Regionen des deutschen Sprachraums setzte sich erst nach den Tridentinischen Beschlüssen die Führung von Kirchbüchern durch. [8, S. 8–11, S. 24–25]

In den protestantischen Gebieten griffen die Landesfürsten administrativ in die Registerführung ein. Die Führung der Kirchbücher wurde durch die von ihnen initiierten Kirchenordnungen mit ihrem eingeschränkten Geltungsbereich geregelt, was eine Vielzahl regional unterschiedlicher Verordnungen zur Folge hatte. Die Aufsicht über die Führung der Matriken unterstellten die Fürsten dem protestantischen Kirchenregiment. Zeitlich setzten die protestantischen Kirchenordnungen vor den Regularien der katholischen Kirche ein.

Mit der Ablösung der ständischen Monarchie und der Herausbildung einer absoluten Herrschaft – der spätfudalen Staatsform des Absolutismus – Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts, verband sich die Tendenz zu maximaler politischer Zentralisation. Diese war durch einen umfassenden Verstaatlichungsprozess gekennzeichnet. Geprägt wurde er durch die Aufstellung stehender Heere, dem Aufbau eines allein vom Herrscher abhängigen Beamtenapparates, der Einbindung der Kirche in das Staatswesen sowie der Errichtung eines merkantilistischen Wirtschaftssystems. Unter diesen Rahmenbedingungen zeigte der absolutistische Staat ein vermehrtes Interesse an den Kirchenmatriken. So erfolgte beispielsweise in Brandenburg-

Preußen bereits seit 1688 eine jahresweise Zusammenstellung der Zahlen über Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle aus den Kirchbüchern für größere Verwaltungsdistrikte. Die Patente und Erlasse der Landesfürsten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zielten darauf ab, den Informationsgehalt der Kirchbücher an den Bedürfnissen des landesfürstlichen Gerichts-, Steuer-, und Heerwesens auszurichten. Es begann eine zunehmende Umwandlung der rein kirchlichen Matriken in Zivilstandsregister, da die aus diesen Büchern erstellten Zeugnisse Beweiskraft öffentlicher Urkunden erhielten. So erließ 1758 Friedrich II. von Preußen ein Edikt, nach dem die Pfarrer auf Begehren der Gerichte Einblicke in die Kirchbücher gewähren mussten. Auf Grund des von Friedrich Wilhelm II. erlassenen Allgemeinen Landrechts für die Preußischen Staaten von 1794 wurden die evangelischen und katholischen Kirchengemeinden dazu verpflichtet, zu Beginn eines jeden Kalenderjahres den zuständigen erstinstanzlichen Gerichten ein Duplikat der Kirchbücher zu übergeben.

Einen entscheidenden Eingriff in das kirchliche Registerwesen nahm Joseph II. im habsburgischen Herrschaftsbereich vor. Im Patent von 1784 wurde deutlich auf den statistischen Wert der kirchlichen Register hingewiesen. Es heißt darin: „Die öffentliche Verwaltung erhält daraus über das Verhältnis, über die Vermehrung oder Verminderung der Ehen, über den Zuwachs und Abgang der Geborenen, über die vergrößerte oder verminderte Sterblichkeit nützliche Erkenntnisse.“ [zit. in 8, S. 13] Die Regelung sah die Führung von drei gesonderten Büchern, dem Geburten-, dem Trau-, und Sterbebuch vor. In das Geburtenbuch sollte das Datum der Geburt, der Name und Geschlecht des Kindes, sowie die eheliche/uneheliche Geburt eingetragen werden.

Die Trauregister umfassten:

- das Datum der Trauung
- Name, Alter und Konfession der Brautleute

Die Sterbebücher enthielten:

- das Sterbedatum
- Name, Konfession, Alter und Geschlecht des Verstorbenen

Insofern lehnte sich das Patent noch formal an die Tridentinischen Beschlüsse der katholischen Kirche

an. Wesentlich erweitert wurde aber der Zweck der Kirchbücher sowie die Verarbeitung der in ihnen enthaltenen Daten. Aus den Daten hatten die Pfarrer eine Jahrestabelle zu erstellen und diese an das Kreisamt zu senden. Dort wurde aus den Jahrestabellen eine Kreistabelle erstellt sowie eine Auswertung der Daten vorgenommen, denn die Kreistabelle wurde mit Erläuterungen über auffallende Veränderungen im Bevölkerungstrend versehen und an die nächst höhere Instanz geleitet, wo schließlich die summarische Haupt- und Landestabelle verfasst wurde. [9]

Als Grundlage für die Durchführung wirtschaftspolitischer Maßnahmen und einer gezielten Bevölkerungspolitik wurde es zunehmend notwendig, die Bevölkerung zahlenmäßig zu erfassen. Im Laufe des 18. Jahrhunderts begann sich in einzelnen Staaten eine fortlaufende Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung zu entwickeln. In Sachsen wurde dafür seit 1771 mit mehreren Generalverordnungen eine gesetzliche Grundlage geschaffen. Seit 1772 erfolgte die Erfassung der sächsischen Bevölkerung tabellarisch nach einem vorgegebenen Schema. Die Einwohner wurden getrennt nach Geschlecht und in drei Altersgruppen (bis 14, bis 60, älter als 60) gegliedert registriert, wobei zwischen dauerndem, zeitweiligem oder vorübergehendem Aufenthalt unterschieden wurde. [10] [11] Ein ähnliches Verfahren wurde in Preußen angewendet. Dort wurde seit 1723 in breitem Umfang die Aufstellung statistischer Tabellen in allen Gebieten der inneren Verwaltung eingeführt. Für die Registrierung der Bevölkerung war die sogenannte historische Tabelle die wichtigste. Diese musste jährlich, getrennt nach Stadt und Land, eingereicht werden. Sie enthielt Daten über Anzahl und Geschlecht der Bevölkerung, sowie erste grobe Angaben über ihre Altersgliederung. [12]

Im Rahmen der Verwaltungsreform unter Maria Theresia wurden in Österreich 1754 und 1762 erstmals, gleichzeitig und nach einheitlichen Modalitäten für das gesamte Staatsgebiet Volkszählungen durchgeführt. [9, S. 227–229]

In den absolutistischen Staaten des späten 17. und frühen 18. Jahrhunderts spielte die bewaffnete Macht des Herrschers eine vorrangige Rolle. Neben der staatlichen Verwaltung mit ihrem Beamten- und Be-

hördenapparat sowie der Landeskirchenorganisation war das stehende Heer eine tragende Säule des absolutistischen Staates. Mit der Entstehung einer Militärverwaltung und dem Aufkommen stehender Heere entwickelte sich auch eine neue Form der Bevölkerungserfassung. Das stehende Heer – gewissermaßen die Verstaatlichung der Armee – setzte auch eine stetige, gezielte und zentrale Erfassung der wehrfähigen Bevölkerung voraus. Eine freiwillige Werbung konnte den Mannschaftersatz nicht sicherstellen. Zumal das äußerst rigide Vorgehen und die Übergriffe der Werber zu Landflucht und teilweise sogar zu lokalen Unruhen der Bevölkerung führten. [13] [14] Um diese Zustände abzustellen, wurde in den absolutistischen Staaten ein Rekrutierungssystem eingerichtet, das formal auf der altfeudalen Verpflichtung der Untertanen zum Kriegsdienst basierte. Exemplarisch für eine planvolle Rekrutierung und systematische Erfassung der wehrfähigen Männer waren die Heeresreform und die damit verbundene Einführung des Kantonsystems in Preußen durch Friedrich Wilhelm I. Mit Kabinettsorder vom 1. Mai 1733 erfolgte die Einteilung des Preussischen Staates in sogenannte Enrollierungskantone, in denen die Rekruten regimentensweise ausgehoben wurden. Grundlage war die Dienstpflicht aller Untertanen. Ein Kanton umfasste 5 000 Feuerstellen (Familien) für ein Infanterie- und 1 800 für ein Kavallerieregiment. Untergliedert wurde er in Distrikte für die Kompanien, wobei sieben bis zehn Orte einen Distrikt bildeten. Mit der Konfirmation wurden alle jungen Männer als sogenannte Enrollierte in die Stammrollen der Regimenter eingetragen. Die Erfassung und Registrierung der militärpflichtigen männlichen Bevölkerung oblag den Kompanien und Regimentern und erfolgte jährlich. [15] [16]

Die eigentliche Ausbildung einer modernen Bevölkerungsstatistik in Deutschland fällt in die Zeit nach 1815 und ist in engem Zusammenhang mit der Gründung des Deutschen Bundes sowie der einsetzenden industriellen Entwicklung zu sehen. Die Bevölkerung erlangte für den Staat zunehmend einen materiellen Wert, denn deren Anzahl stellte immer mehr ein wichtiges Kriterium für die Einschätzung der wirtschaftlichen Stärke eines Landes dar. Diese Notwendigkeit zeigte sich an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert vor allem in dem Bemühen

statistische Erhebungen zu institutionalisieren. So wurden 1805 in Preußen, 1808 in Bayern, 1820 in Württemberg und 1831 in Sachsen besondere Statistische Büros und Vereine gegründet. [17] Dieser Prozess war in Deutschland durch eine Reihe von Besonderheiten gekennzeichnet. Da bis zur Reichsgründung am 18. Januar 1871 Deutschland sich aus einer Vielzahl größerer und kleinerer Monarchien und Stadtrepubliken zusammensetzte, bestanden erhebliche Unterschiede in der Entwicklung der Statistischen Dienste, stark voneinander abweichenden Zählvorschriften sowie unterschiedlichen Zählterminen der einzelnen Staaten.

Eine wichtige Zäsur in der Entwicklung der Bevölkerungserfassung in Deutschland stellte die Gründung des Deutschen Zollvereins am 22. März 1833 dar. Dessen Ziel bestand in der Schaffung eines einheitlichen deutschen Wirtschaftsraumes, eines gemeinsamen Marktes sowie dem Verzicht auf Binnenzölle. Politisch förderte er die Lösung der „kleindeutschen Frage“. Mit der Gründung des Zollvereins waren Rahmenbedingungen gegeben die auf gemeinsamen Interessen beruhten und eine konforme Bevölkerungsaufnahme aller Mitgliedstaaten zuließen. Am 1. Dezember 1834 erfolgte erstmals eine einheitliche Bevölkerungserhebung, nach der in sämtlichen Zollvereinsstaaten in einem Dreijahresrhythmus Volkszählungen nach denselben Grundsätzen durchgeführt wurden. Einheitlich erhoben wurde für alle Mitgliedstaaten die Zahl der ortsansässigen Bevölkerung, der Familien, Altersgruppen und Geschlechter.

Ein weiterer markanter Einschnitt erfolgte 1867. Am 3. Dezember 1867 fand zwar erstmalig in allen deutschen Staaten gleichzeitig eine Volkszählung statt. Die Ursache dafür bestand aber darin, dass der Norddeutsche Bund lediglich den Termin der turnusgemäßen Volkszählung des Zollvereins zu einer Zählung in den ihm angehörenden Staaten nutzte. Da nun alle deutschen Staaten mindestens einer dieser beiden Vereinigungen angehörte, kam es zu dieser ersten gesamtdeutschen Zählung. Die Voraussetzungen für gleiche Vorschriften lagen zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor, so dass es nicht verwundern muss, wenn die Zählung nach wie vor nach unterschiedlichen Grundsätzen durchgeführt wurde. Während man im Bereich des Zollvereins

die Wohnbevölkerung erfasste, registrierte man im Norddeutschen Bund die ortsanwesende, die faktische Bevölkerung. Die Datenerhebung erfolgte über Haushaltslisten die der jeweilige Haushaltsvorstand auszufüllen hatte. Registriert wurde:

- Vor- und Zuname
- Geschlecht
- Alter
- Beruf und Staatsangehörigkeit

Obwohl der Volkszählung von 1867 noch Mängel anhafteten, war mit ihr dennoch der Grundstein für eine moderne Erfassung der Bevölkerung in Deutschland gelegt worden. Denn durch den einheitlichen Zeitpunkt der Erhebung war gesichert, dass diese Zählung eine Momentaufnahme, die Erfassung der Bevölkerung an einem Stichtag darstellte. [18]

Bereits im Vorfeld der Reichsgründung von 1871 befasste sich im Auftrag des Deutschen Zollvereins eine Kommission mit der Erstellung eines umfangreichen Regelwerkes, welches auf eine Vereinheitlichung der Erhebung in den deutschen Territorien abzielte. Das zeigt, dass der Zollverein nicht nur als ein Wegbereiter der Reichsgründung anzusehen ist, sondern unterstreicht auch dessen Stellenwert für die Entwicklung der modernen Statistik. Die Durchführung der Zählung sollte zwar noch in der Verantwortung der Teilstaaten bleiben, doch enthielt der 1870 vorgelegte Bericht bereits einen Plan, in dem einheitliche Modalitäten für eine Volkszählung in ganz Deutschland verankert waren. Die Einheitlichkeit bezog sich auf:

- den Zählungstermin
- den Kreis der zu zählenden Personen
- die Zählungsmethode
- die Erhebungsmerkmale
- die Nutzung der Zählformulare
- die Instruktionen für die Zähler
- die Prüfung und Zusammenstellung der Zählungsergebnisse

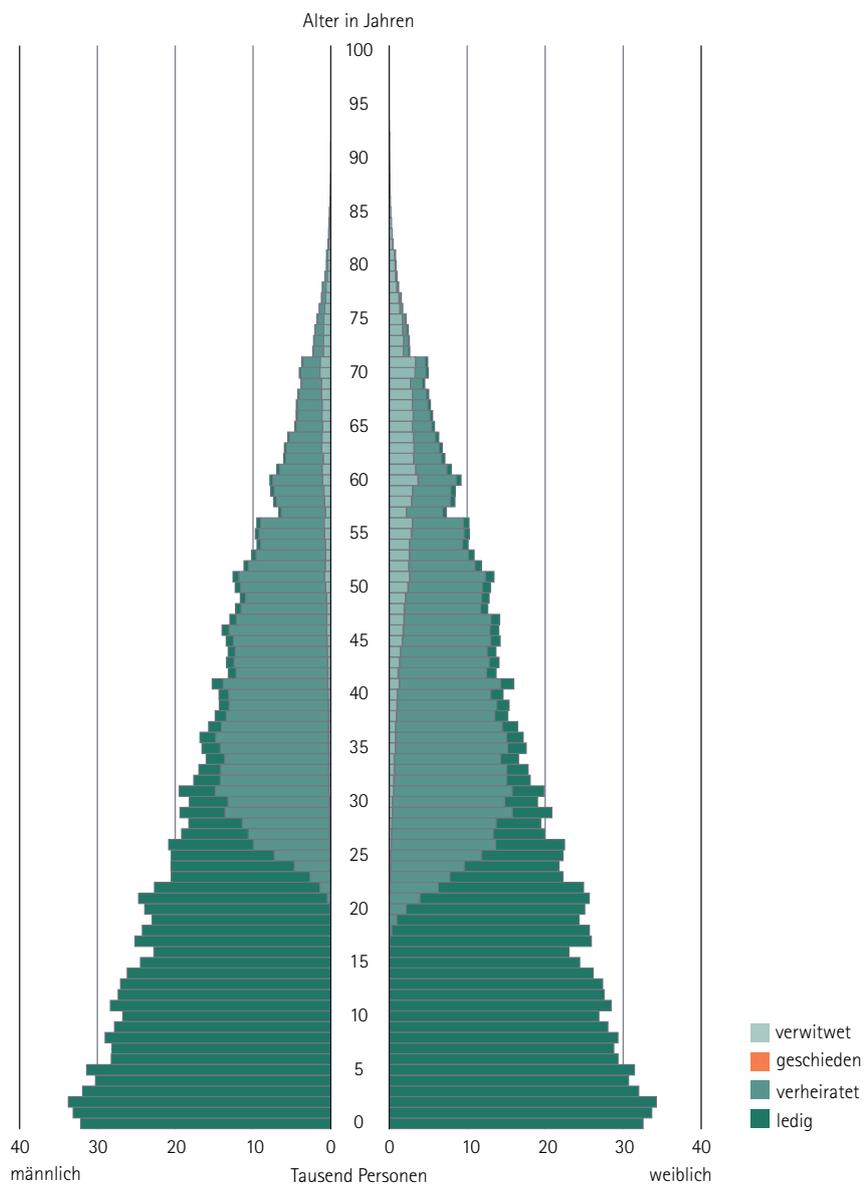
Viele dieser Regelungen gehören nach wie vor zu den methodischen und organisatorischen Kernfragen einer Volkszählung. [10, S. 103–104]

Mit der Gründung des Deutschen Reichs im Jahre 1871 waren schließlich die Voraussetzungen für

gleiche Vorschriften, Durchführung und Auswertung von Volkszählungen geschaffen. Insofern stellte die Volkszählung vom 1. Dezember 1871 auch eine Bestandsaufnahme des neugebildeten Deutschen Reiches dar. Nach den für alle Bundesstaaten verbindlichen Vorgaben mussten folgende Merkmale ermittelt werden:

- Name der ortsanwesenden Person
- Stellung im Haushalt
- Geschlecht
- Geburtsjahr, Geburtsort
- Familienstand
- Konfession
- Beruf oder Erwerbszweig
- Staatsangehörigkeit
- Wohnort
- Name und Stellung der Personen die zum Stichtag abwesend waren

Bevölkerung des Königreiches Sachsen am 1. Dezember 1871 nach Alter, Geschlecht und Familienstand



Copyright Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen | Statistik in Sachsen 1/2013

Die Modalitäten für die Durchführung sahen vor, dass diese in abgegrenzten Zählbezirken unter Leitung der Lokalbehörden mit Unterstützung von Zählkommissionen und freiwilliger Helfer zu erfolgen habe, wobei ein Zählbezirk ca. 50 Haushalte umfasste. Die Daten wurden mittels Haushaltungslisten aufgenommen. In diesen waren die erfassten Personen namentlich aufgeführt. Der Haushaltungsvorstand hatte schließlich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben zu bescheinigen. [18, S. 89–90]

Zusammenfassung

Die Statistik besitzt eine lange historische Tradition, denn das Beobachten, Zählen und Beschreiben der Bevölkerung lässt sich in der Geschichte weit zurückverfolgen. Dabei wird deutlich, dass es seit dem Altertum nie eine Zeit ohne statistische Aufzeichnungen gegeben hat. Wer und was gezählt, registriert und ausgewertet wurde hing von den jeweiligen historischen Rahmenbedingungen und den daraus resultierenden Erfordernissen für den Herrscher oder den Staat ab. Die Art und Weise sowie der Zweck der Bevölkerungserfassung wurde von einem Bündel wirtschaftlicher, sozialer und politischer Faktoren beeinflusst, so dass jede Epoche qualitativ unterschiedliche Formen der Erhebung und Registrierung hervorbrachte. Am Beispiel Deutschlands wird der enge Zusammenhang zwischen dem Übergang vom Territorialstaat zum Nationalstaat und der Entwicklung einer modernen Statistik deutlich. Durch die industrielle Entwicklung nach 1800 und der damit verbundenen partiellen wirtschaftlichen und handelspolitischen Vereinigung der deutschen Staaten bis hin zur Reichsgründung, vollzog sich eine schrittweise Verbesserung der Grundlagen für die Erfassung der Bevölkerung. Parallel dazu erfolgte die Herausbildung und Entwicklung des Systems der modernen Volkszählung.

Im Zensus 2011 vereinen sich Tradition und Moderne. Erstmals wurde der Zensus 2011 registriergestützt durchgeführt. Im Gegensatz zu früher, als alle Bürger direkt befragt wurden, wurde – soweit möglich – auf vorhandene Verwaltungsdaten, insbesondere die Melderegister, zurückgegriffen. Andererseits weist der Zensus 2011 aber auch traditionelle Elemente auf. Zur Ermittlung der Daten, für die keine Register in Deutschland existieren wie beispiels-

weise zum Bildungsstand oder Erwerbsstatus, sind nach wie vor Befragungen bei rund 10% der Bürger in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern notwendig. Die Gebäude- und Wohnungszählung erfolgte in Form einer postalisch durchgeführten Vollerhebung.

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Hoffmann, F.: Ägypten: Kultur und Lebenswelt in griechisch-römischer Zeit – Eine Darstellung nach den demotischen Quellen. Berlin 2000, S. 48–56.
- [2] Baltrusch, E.: Regimen morum. Die Reglementierung des Privatlebens der Senatoren und der Ritter in der Römischen Republik und frühen Kaiserzeit. München 1989, S. 7–22.
- [3] Kulturgeschichte der Antike. Band 2 Rom. Berlin 1982, S. 40–47.
- [4] Unruh, F.: Dass alle Welt geschätzt würde. Volkszählung im Römischen Reich. Stuttgart 2001.
- [5] Planitz, H.: Die Deutsche Stadt im Mittelalter. Graz, Köln 1954, S. 251–255.
- [6] Jastrow, I.: Die Volkszahl deutscher Städte zu Ende des Mittelalters und zu Beginn der Neuzeit. Reprint des Originals von 1886, S. 7–9.
- [7] Thierfelder, F.: Eine Einwohner- und Berufszählung in Mitteldeutschland im Jahre 1580, betreffend „die gesamte Superintendentur Altenburg“ bzw. das Amt Altenburg. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Berlin 1964/1, S. 257.
- [8] Becker, P.: Leben, Lieben, Sterben. Die Analyse von Kirchbüchern. St. Katharinen 1989, S. 9.
- [9] Durdik, C.: Bevölkerungs- und Sozialstatistik in Österreich im 18. und 19. Jahrhundert. In: Beiträge zur Bevölkerungs- und Sozialgeschichte Österreichs. Wien 1973, S. 252–255.
- [10] Puschmann, A.: Volkszählung in Sachsen – gestern und heute. In: Statistik in Sachsen 1/2006, S. 100.
- [11] Forberger, R.: Beiträge zur statistischen Erfassung der gewerblichen Produktion Sachsens in der Frühzeit des Kapitalismus. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Berlin 1962/4, S. 224–233.
- [12] Harnisch, H.: Quellen zur Bevölkerungsgeschichte in der Periode des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus vornehmlich

- am Beispiel Preußens. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1979/Teil 1 Berlin 1979, S. 243–245.
- [13] Mittenzwei, I.: Brandenburg-Preußen 1648–1789. Berlin 1987, S. 200.
- [14] Dehlbrück, H.: Geschichte der Kriegskunst. Teil 2 Die Neuzeit. Hamburg 2006, S. 317–322.
- [15] Clarc, C.: Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947. München 2007, S. 126–127.
- [16] Grundkurs deutsche Militärgeschichte. Die Zeit bis 1914. Vom Kriegshaufen zum Massenheer. BD 1, München 2006.
- [17] Obermann, K.: Die deutsche Bevölkerungsstatistik und die Bevölkerungsstruktur des deutschen Bundes in den Jahren um 1815. In: Bevölkerungsgeschichte. Hrsg. von Wolfgang Köllmann und Peter Marschack. Köln 1972, S. 194–198.
- [18] Michel, H.: Volkszählungen in Deutschland. Die Erfassung des Bevölkerungsstandes von 1816 bis 1923. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Berlin 1985/2, S. 82–84.

Definitive Hauptergebnisse der Volkszählung von 1871 im gesammten Deutschen Reiche.

Dem zweiten Hefte des Jahrganges 1873 der von dem kaiserlichen statistischen Amte in Berlin herausgegebenen „Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches“ entnehmen wir folgende Hauptübersicht des Ergebnisses der Volkszählung von 1871 im Deutschen Reiche.

Staaten und Landestheile.	Flächen- inhalt in Quadrat- Meilen zu 5625 Hektaren.	Zahl der Haus- haltungen	Zahl der Wohn- häuser.	Die ortsanwesende Be- völkerung nach Wohn- plätzen			Die ortsanwesende Be- völkerung nach dem Ge- schlecht			
				Wohnplätze von mehr als 2000 Einwohnern		Bevölk- erung der Wohn- plätze von 2000 Ein- wohnern und darunter.	Männ- liche	Weib- liche	Summe	
				Zahl	Bevölk- erung					
				derselben.		Personen.				
I. Preussen:										
nach Provinzen										
Preussen	1 110 ^{1,362}	624 580	304 170	108	663 905	2 473 640	1 519 964	1 617 581	3 137 545	
Brandenburg	709 ^{2,212}	610 490	229 969	118	1 498 723	1 364 506	1 422 243	1 440 986	2 863 229	
Pommern	535 ^{1,460}	276 108	134 078	64	429 352	1 002 281	699 726	731 907	1 431 633	
Posen	514 ^{1,294}	313 594	148 761	61	317 837	1 266 006	766 478	817 365	1 583 843	
Schlesien	716 ^{1,951}	825 123	428 645	158	991 461	2 715 706	1 771 911	1 935 256	3 707 167	
Sachsen	448 ^{1,227}	464 918	269 480	129	796 774	1 306 400	1 040 327	1 062 847	2 103 174	
Schleswig-Holstein	311 ^{1,518}	202 347	144 295	40	297 760	698 113	495 621	500 252	995 873	
Hannover	684 ^{1,904}	415 264	281 894	63	438 088	1 523 349	974 412	987 025	1 961 437	
Westphalen	359 ^{1,095}	343 270	236 208	85	480 961	1 291 214	902 397	872 778	1 775 175	
Hessen-Nassau	282 ^{1,856}	301 828	199 762	64	402 630	997 740	679 400	720 970	1 400 370	
Rheinland	479 ^{1,557}	724 396	502 929	164	1 303 078	2 276 269	1 802 416	1 776 931	3 579 347	
dazu Hohenzollern	20 ^{1,303}	14 886	12 205	2	6 625	58 933	31 673	33 885	65 558	
Preussischer Staat	6 171 ^{1,810}	5 116 804	2 892 396	1 056	7 627 194	16 977 157	12 106 568	12 497 783	24 604 351	
mit Einschluss der Truppen in Frankreich							12 141 082	12 498 624	24 639 706	
Lauenburg	20 ^{1,544}	10 706	6 117	3	12 617	36 929	24 958	24 588	49 546	
II. Bayern:										
mit Einschluss der Truppen in Frankreich	1 348 ^{1,683}	1 062 281	795 000	169	1 112 211	3 739 815	2 357 281	2 494 745	4 852 026	
		1 062 374					2 368 558	2 494 892	4 863 450	
III. Sachsen	266 ^{1,48}	539 304	339 169	199	1 263 555	1 292 691	1 248 759	1 307 445	2 556 244	
IV. Württemberg	346 ^{1,732}	397 980	273 928	99	497 858	1 320 681	876 164	942 375	1 818 539	
V. Baden	268 ^{1,000}	300 235	204 772	117	483 029	978 533	712 551	749 011	1 461 562	
VI. Hessen	136 ^{1,467}	180 260	126 072	61	303 290	549 604	421 849	431 045	852 894	
VII. Mecklenburg-Schwerin	236 ^{1,55}	117 264	60 000*	41	209 920	347 977	272 034	285 863	557 897	
VIII. Sachsen-Weimar	64 ^{1,764}	60 848	47 241	13	77 417	208 766	139 352	146 831	286 183	
IX. Mecklenburg-Strelitz	52 ^{1,098}	21 047	9 438	7	31 720	65 262	47 062	49 920	96 982	
X. Oldenburg	113 ^{1,737}	66 689	51 192	12	49 949	264 828	154 896	159 881	314 777	
mit Einschluss der Truppen in Frankreich							156 701	159 939	316 640	
XI. Braunschweig	65 ^{1,608}	70 254	34 556	14	110 880	200 884	155 355	156 409	311 764	
XII. Sachsen-Meiningen	43 ^{1,554}	39 799	27 688	9	45 290	142 667	92 107	95 850	187 957	
XIII. Sachsen-Altenburg	23 ^{1,139}	31 940	20 526	8	48 920	93 202	69 256	72 867	142 122	
XIV. Sachsen-Koburg-Gotha	34 ^{1,082}	39 085	26 899	13	58 875	115 464	84 377	89 962	174 339	
XV. Anhalt	41 ^{1,721}	43 295	26 598	17	99 093	104 344	99 858	103 579	203 437	
XVI. Schwarzburg-Rudolstadt	16 ^{1,725}	16 328	11 822	4	17 009	58 514	36 837	38 686	75 523	
XVII. Schwarzburg-Sondershausen	15 ^{1,32}	15 221	11 337	4	19 909	47 282	32 668	34 523	67 191	
XVIII. Waldeck	20 ^{1,18}	11 535	8 503	3	6 993	49 231	26 387	29 837	56 224	
XIX. Reuss älterer Linie	4 ^{1,69}	9 969	5 226	2	18 474	26 620	22 240	22 854	45 094	
XX. Reuss jüngerer Linie	14 ^{1,74}	19 161	11 177	6	32 104	56 928	43 443	45 589	89 032	
XXI. Schaumburg-Lippe	7 ^{1,58}	6 742	4 678	2	7 265	24 794	15 903	16 156	32 059	
XXII. Lippe	20 ^{1,16}	23 721	15 642	5	17 960	93 175	54 637	56 498	111 135	
XXIII. Lübeck	5 ^{1,026}	12 013	6 163	1	39 743	12 415	25 104	27 054	52 158	
XXIV. Bremen	4 ^{1,450}	24 388	18 297	5	105 085	17 317	59 275	63 127	122 402	
XXV. Hamburg	7 ^{1,239}	74 904	26 250	17	305 326	33 648	165 306	173 668	338 974	
XXVI. Elsass-Lothringen	257 ^{1,6}	356 416	265 590	98	561 180	988 407	760 040	789 547	1 549 587	
Deutsches Reich.										
				ca.	1 985	13 162 864	27 847 135	20 104 306	20 905 693	41 009 999
Mit Einschluss der Truppen in Frankreich	9 610 ^{1,0}	8 668 189	5 330 000				20 151 902	20 906 739	41 058 641	
Ausserdem Luxemburg	46 ^{1,00}	39 236	35 340	8	34 943	162 585	98 245	99 283	197 528	

* Geschätzte Zahl wegen ungenauer Angabe.

Bayerns direkte Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten v. Amerika im Jahre 1913.

In Fortsetzung der Veröffentlichungen dieser Zeitschrift¹⁾ über die Ausfuhr Bayerns nach den Vereinigten Staaten von Amerika kommt nachstehend diese Ausfuhr für das Jahr 1913 zur Darstellung. Dabei handelt es sich bekanntlich nur um die direkte Ausfuhr aus Bayern, d. h. um Waren, die Bayern mit dem Bestimmungsort „Vereinigte Staaten von Amerika“ verlassen, während der indirekte Export bayerischer Waren durch außerbayerische Häuser nicht erfaßt werden kann. Auch kommen nur solche Güter zur Anschreibung, bei denen jede einzelne versandte Quantität den Wert von 100 Dollar erreicht, da kleinere Posten der Anmeldepflicht bei den Konsulaten nicht unterliegen. Es stellt somit diese Statistik nur einen Ausschnitt aus dem gesamten bayerischen Export nach den Vereinigten Staaten von Amerika dar.

Die Zahlennachweise sind in 3 Übersichten niedergelegt, sie betreffen:

I. Die Ausfuhr aus Bayern nach den Vereinigten Staaten von Amerika nach Konsulats-²⁾ bzw. Ausfuhrbezirken.

II. Die wichtigeren Waren der Ausfuhr aus dem Königreich.

III. Die einzelnen Waren der Ausfuhr, gegliedert nach Konsulats-²⁾ bzw. Ausfuhrbezirken.

Die gesamte direkte Ausfuhr Bayerns nach den Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1913 beträgt (vergl. Tab. I) mindestens 63,9 Millionen Mark; gegenüber dem Vorjahre ergibt sich somit eine Mehrausfuhr von 5,7 Millionen Mark = 9,8⁰/₁₀₀.

Von den Konsulatsbezirken ist wiederum der Konsulatsbezirk Nürnberg am stärksten an Bayerns Ausfuhr beteiligt; seine Ausfuhr beträgt 29,3 Millionen Mark oder 45,8⁰/₁₀₀ der Gesamtsumme; an zweiter Stelle erscheint Ludwigshafen a. Rh. mit 14,8 Millionen Mark = 23,1⁰/₁₀₀.

Die wichtigeren Ausfuhrartikel Bayerns nach den Vereinigten Staaten von Amerika gibt Tabelle II.

Hauptausfuhrartikel sind hiernach:

Waren	im Werte von
Farbstoffe	11 867 947 M
Spielwaren	10 963 089 "
Hopfen	4 434 482 "
Antiquitäten	3 851 139 "
Chemikalien u. chem. Produkte	2 648 681 "
Stahlkugeln und Kugellager	2 483 111 "
Bronzefarben	2 046 106 "
Bier	1 705 146 "
Ölgemälde	1 578 444 "
Lithographien	1 408 231 "
Porzellan	1 388 751 "
Blei- und Farbstifte	1 296 818 "
Spiegel- und Spiegelglas	1 152 799 "
Bronzemetallabschnitte	1 078 788 "
Korbwaren	1 048 952 "

Der Ausfuhrwert dieser Artikel ist 48,9 Millionen Mark = 76,6⁰/₁₀₀ der Gesamtausfuhr Bayerns nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

Tabellenwerk.

I. Bayerns Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika nach Konsulats- bzw. Ausfuhrbezirken.

Bezirk	Im Jahre		Zu- (+) bzw. Ab- nahme (-) gegen 1912
	1913	1912	
Ausfuhr in Mark			
Gen.-Kons.-Bez. München	10 789 177	9 185 702	+1 603 475
Konsulats-Bezirk Nürnberg	29 272 459	27 042 149	+2 230 310
Bez. Bamberg	7 376 550	5 978 092	+1 398 458
Aschaffeng. u. Klingenb.	700 320	733 132	- 32 812
Summe Bayern r. d. Rh.	48 138 506	42 939 075	+5 199 431
Kons.-Bez. Neustadt a. H.	983 451	1 115 103	- 131 652
Bezirk Ludwigshafen a. Rh.	14 758 887	14 112 051	+ 646 836
Summe Bayern l. d. Rh.	15 742 338	15 227 154	+ 515 184
Gesamtsumme für Bayern	63 880 844	58 166 259	+5 714 615

¹⁾ Vergl. Jahrgang 1913 S. 371, 1912 S. 355, 1911 S. 142, 1910 S. 75, 1909 S. 108 u. 1908 S. 221.

²⁾ Abgrenzung der einzelnen Konsulatsbezirke Bayerns s. Jahrg. 1908 dieser Zeitschrift S. 222.

II. Die wichtigeren Waren der Ausfuhr aus dem Königreich. (Warenwerte mit über 100 000 Mark.)

Waren	1913	1912
	Mark	
Abziehbilder	334 023	313 871
Animalische Haare und Borsten	234 310	474 247
Ansichtskarten	176 412	62 698
Antiquitäten	3 851 139	2 187 546
Baumwoll-, Woll- und Leinenwaren	298 597	158 786
Bier	1 705 146	1 637 993
Blattmetall (unechtes Blattgold)	284 827	354 589
Blei- und Farbstifte	1 296 818	1 174 585
Bronzefarben	2 046 106	1 914 146
Bronzemetallabschnitte	1 078 788	1 129 523
Bücher, Drucksachen	250 289	512 034
Bürstenwaren, Pinsel	570 247	548 388
Chemikalien, chemische Produkte	2 648 681	2 452 909
Draht aus Stahl und Messing	100 036	127 814
Farbstoffe	11 867 947	11 484 563
Gelatine	389 162	380 373
Gemalte Fenster	104 144	143 774
Glaswaren	159 443	150 676
Häute und Felle	162 436	742 110
Haushaltungs- und Küchengeräte	412 336	430 675
Hopfen	4 434 482	4 510 742
Käse	231 508	191 410
Kaninchenfelle, rohe	223 973	447 762
Kartonpapier- und Lederartikel	195 959	179 311
Korbwaren	1 048 952	1 374 845
Kupferwaren	119 877	101 818
Leder, Ziegenleder	153 434	70 837
Lederhandschuhe	639 661	597 190
Leimstücke	268 607	170 936
Leonische Waren (Gold und Silber)	682 979	906 805
Lithographien	1 408 231	1 640 370
Lithographiesteine	297 931	366 118
Maschinen und Maschinenteile	171 014	178 495
Metallpapier	758 954	699 615
Ölgemälde	1 578 444	1 367 425
Optische Linsen	263 437	360 877
Papier	338 827	358 510
Papierblöcke	366 257	547 586
Pech (für Brauer)	156 185	124 576
Porzellan	1 388 751	1 215 179
Speckstein und Specksteinbrenner	199 189	152 658
Spiegel und Spiegelglas	1 152 799	1 050 702
Spielwaren	10 963 089	8 515 219
Stahl	116 819	—
Stahlkugeln und Kugellager	2 483 111	2 179 885
Stickerien	131 697	102 548
Ton, Tonerde	388 663	390 536
Uhren und Uhrwerke	177 961	129 143
Wein	190 119	198 763
Wissenschaftl. Apparate u. Instrumente	154 133	217 779
Zeicheninstrumente, Reifzeuge etc.	581 619	578 936
Alle übrigen Artikel	2 593 300	2 838 358
Gesamtsumme für Bayern	63 880 844¹⁾	58 166 229

¹⁾ Einschließlich der Ausfuhr im 4. Vierteljahr aus dem Bezirke Bamberg in Höhe von ca. 2100000 M., bezüglich welcher eine Ausscheidung nach einzelnen Waren und Werten mangels fehlender Nachweise nicht möglich war.

III. Die einzelnen Waren der Ausfuhr, gegliedert nach Konsulats- bzw. Ausfuhrbezirken.

Waren	1913	1912
	Mark	
a) aus dem Generalkonsulatsbezirk München.		
Antiquitäten	3 817 048	2 187 546
Baumwoll- und Leinenwaren	49 278	59 509
Bier { in Flaschen	44 517	39 821
{ in Fässern	1 032 172	951 894
Bildhauerarbeiten	49 486	43 914
Bimssteine	11 805	9 478
Bücher	163 693	434 754
Bürsten	217 782	174 630
Chemikalien, chemische Produkte	85 178	15 065
Farben	3 404	1 115
Gemälde: Aquarelle	2 669	—
Glasgemälde	99 408	155 469
Ölgemälde	1 578 444	1 367 425

Waren	1913	1912
	Mark	
Gemalte Fenster	104 144	143 773
Glaswaren	149 699	150 123
Handschuhleder	5 279	17 061
Haushaltungsgegenstände	88 914	98 666
Häute und Felle	162 436	181 509
Holzschnitzereien	8 051	1 224
Käse	231 508	191 410
Kirchliche Gegenstände	3 962	—
Kupferwaren	119 877	101 818
Lederhandschuhe	630 375	597 190
Leimstücke	268 607	170 936
Lithographien	619 484	704 942
Maschinen	41 579	42 374
Math. Instrumente	35 940	—
Metallpapier	409 128	345 774
Möbel	7 547	17 770
Musikinstrumente	66 900	201 748
Papier	41 055	44 712
Photographische Waren	18 846	26 133
Stiche	13 972	13 112
Stickereien	104 711	90 137
Tapeten und Teppiche	16 004	6 460
Uhren und Uhrwerke	64 964	21 804
Uhrfedern	46 584	37 980
Wissenschaftl. Apparate u. Instrumente	154 133	217 779
Wolldecken	6 875	29 658
Zeichnungen	14 125	800
Zündhölzer	6 753	9 232
Sonstige Waren	190 841	280 957
Summe	10 789 177	9 185 702

b) aus dem Konsulatsbezirk Nürnberg.

Abziehbilder	324 975	297 360
Abziehpapier	4 998	21 370
Animalische Haare und Borsten	234 310	474 247
Ansichtskarten	176 412	62 698
Antiquitäten	34 091	—
Baumwollwaren	174 623	73 769
Bier	548 705	585 761
Blattgold, echt	46 574	62 089
Blattmetall (unechtes Blattgold)	284 827	354 589
Blei- und Farbstifte	1 296 818	1 174 585
Bogenlicht- und Taschenlampen	85 571	13 398
Bronzefarben	2 046 106	1 914 146
Bronzemetallabschnitte	1 078 783	1 129 523
Bücher	84 596	77 280
Bürstenwaren, Pinsel	348 088	373 758
Draht aus Stahl und Messing	100 036	127 814
Drogen: Kräuter	51 883	45 679
Wachslichter	21 571	15 771
Oblaten	62 572	74 861
Emailwaren	58 447	124 567
Farbkästen und Farben	72 626	109 843
Glasperlen	90 346	75 734
Glaswaren	9 744	—
Goldschlägerhäute	29 707	21 857
Grammophon-Nadeln	15 078	10 021
Haus- und Küchengeräte	276 902	268 628
Hopfen	4 020 253	3 759 344
Hopfenmehl	84 412	148 991
Kartonpapier- und Lederartikel	195 959	179 311
Lebkuchen	61 517	73 832
Leder, Ziegenleder	153 434	70 837
Lederhandschuhe	9 286	—
Leinen-Stickereien	18 933	—
Leonische Waren (Gold u. Silber)	682 979	906 805
Lithographien	788 747	935 428
Lithographiesteine	297 931	366 118
Maschinen	77 608	133 043
Metallpapier	349 826	353 841
Optische Linsen, Brillen	263 437	360 877
Patronen, Zündhütchen	24 037	17 107
Pech (für Brauer)	156 185	124 576
Reißzeuge etc.	581 619	578 936
Speckstein und -brenner	199 189	152 653
Spiegel und Spiegelglas	1 152 799	1 050 702
Spielwaren	10 963 089	8 515 219
Tapeten, koloriertes Papier	55 285	—
Stahlwaren	—	51 286
Uhren	112 997	107 339
Wein	12 247	7 930
Zinn- und Kupferfolien	6 481	31 949
Sonstige Waren	1 445 820	1 626 677
Summe	29 272 459	27 042 149

Waren	1913	1912
	Mark	
c) aus dem Bezirk Bamberg. ¹⁾		
Baumwoll-, Woll- und Leinenwaren	52 580	—
Bier	79 752	80 516
Gelatine	389 162	380 373
Hopfen	414 229	751 398
Kaninchenfelle, rohe	223 973	447 762
Korbwaren	1 048 952	1 374 845
Korsettuch	14 788	18 073
Lumpen und neue Tuchabfälle	98 343	236 931
Malzzucker	29 800	7 350
Stickereien	8 053	12 411
Sonstige Waren	2 916 968	2 668 433
Summe	7 376 550¹⁾	5 978 092

¹⁾ s. Anmerkung ¹⁾ bei Tabelle II.

d) aus den Bezirken Aschaffenburg und Klingenberg.

Abziehpapier	43 363	83 413
Papier	239 895	247 078
Ton, Tonerde	383 802	382 715
Sonstige Waren	33 260	19 926
Summe	700 320	733 132

e) aus dem Konsulatsbezirk Neustadt a. H.

Abziehbilder	9 048	16 511
Aluminiumwaren	1 897	—
Bandagen	34 387	19 009
Baumwoll- und Leinenwaren	22 116	25 508
Bürsten	4 377	—
Essigsäure	5 297	—
Filtermasse	31 466	20 200
Gansleberpasteten	70 061	62 785
Gewehrstöcke	21 302	19 005
Halstücher	2 562	—
Haushaltungsmobiliar	46 520	63 381
Maschinen	4 364	3 078
Maßstäbe	54 557	30 083
Papier	44 229	51 217
Papierblöcke	366 257	547 586
Papiermachéwaren	9 878	10 505
Sackleinwand	9 558	—
Samt	3 952	—
Schleifsteine	2 887	5 095
Schmierwolle, Wollstrümpfe	34 895	—
Ton	4 861	7 821
Töpferwaren	14 647	—
Wein	177 872	178 227
Sonstige Waren	6 461	55 032
Summe	983 451	1 115 103

f) aus dem Bezirk Ludwigshafen a. Rh.

Chemikalien	2 563 503	2 437 844
Farbstoffe	11 867 947	11 484 563
Filtermasse	17 048	—
Gerste	43 953	—
Korkpapier	36 408	108 427
Manganschaum-Erze	28 415	—
Maschinen	47 463	—
Mineralwasser	18 968	12 659
Papier	13 648	15 503
Stahl	116 819	—
Sonstige Waren	4 715	53 055
Summe	14 758 887	14 112 051

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Monatsdurchschnitt	May	Juni	Juli	April	May	Juni	Juli	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 520	12 604	12 541	12 549	12 563
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹	Anzahl	5 148	...	7 380	6 574	6 824
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,9	...	6,9	6,4
* Lebendgeborene ²	Anzahl	8 921	...	8 798	8 832	10 746
* G je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,5	...	8,3	8,6
* Gestorbene ³	Anzahl	10 453	...	9 974	9 737	10 462
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,9	...	9,4	9,4
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	23	...	21	24	23
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,6	...	2,4	2,7	2,1
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	12	...	10	13	10
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,4	...	1,1	1,5	0,9
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 532	...	-1 176	- 905	284
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 1,5	...	- 1,1	- 0,9
* Totgeborene ²	Anzahl	25	...	27	31	27
Wanderungen (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	28 295	30 527	26 434	27 461	38 570
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	17 733	20 014	17 896	19 160	26 585
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	20 663	22 390	18 172	18 146	25 242
* darunter in das Ausland	Anzahl	11 391	13 050	10 608	10 697	15 405
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 563	10 514	8 538	8 301	11 985
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 272	9 340	7 564	7 449	9 837
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	7 632	8 137	8 262	9 315	13 328
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	42 140	43 522	38 642	36 907	45 544
		2012	2013	2012			2013			2014
		Jahresdurchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Arbeitsmarkt⁵										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶	1 000	4 843,8	4 930,7	4 913,8	4 858,9	4 862,8	4 913,0	5 008,9	4 938,1	5 012
* Frauen	1 000	2 211,3	2 258,9	2 236,4	2 231,8	2 233,6	2 242,5	2 287,4	2 272,1	2 295
* Ausländer	1 000	451,1	492,5	466,6	456,2	469,8	491,8	512,0	496,4	512
* Teilzeitbeschäftigte ⁷	1 000	...	1 231,4	...	1 200,8	1 210,4	1 224,8	1 246,4	1 244,0	1 247
* darunter Frauen ⁷	1 000	...	1 021,2	...	998,5	1 005,8	1 014,1	1 032,7	1 032,3	1 036
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	23,3	24,3	25,0	20,9	23,0	26,1	26,3	21,8	25
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 647,8	1 668,4	1 672,9	1 646,0	1 645,7	1 665,5	1 696,1	1 666,5	1 681
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 373,5	1 391,5	1 384,8	1 381,1	1 380,0	1 382,4	1 404,3	1 399,2	1 404
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 304,7	1 321,2	1 315,3	1 312,3	1 310,9	1 312,3	1 333,0	1 328,6	1 334
* F Baugewerbe	1 000	274,3	277,0	288,1	264,9	265,7	283,1	291,8	267,3	277
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 169,6	3 235,2	3 212,8	3 189,1	3 191,3	3 218,8	3 283,6	3 247,1	3 306
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 072,1	1 088,8	1 088,1	1 075,5	1 075,3	1 081,8	1 106,0	1 092,2	1 084
* J Information und Kommunikation	1 000	168,1	172,7	170,3	170,6	171,6	172,0	174,1	173,3	177
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	186,8	188,9	188,0	188,3	187,9	187,2	190,6	189,7	189
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	29,3	29,9	29,7	29,6	29,8	30,0	30,0	29,9	30
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienst- leister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	578,3	597,7	593,5	578,6	578,9	598,7	616,5	596,8	606
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	962,5	985,5	968,4	975,1	975,7	977,6	993,6	995,3	1 047
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	172,6	171,6	174,8	171,3	172,1	171,4	172,9	170,0	172
		2012	2013	2013			2014			
		Jahresdurchschnitt		Oktober	Nov.	Dez.	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.
* Arbeitslose	1 000	248,8	264,5	242,5	245,3	256,0	258,8	242,0	242,1	...
* darunter Frauen	1 000	118,7	123,5	118,8	119,9	120,5	126,5	117,6	116,6	...
* Arbeitslosenquote insgesamt ^{8,9}	%	3,7	3,8	3,5	3,5	3,7	3,7	3,4	3,4	...
* Frauen	%	3,7	3,8	3,6	3,7	3,7	3,8	3,6	3,5	...
* Männer	%	3,6	3,9	3,4	3,4	3,7	3,6	3,3	3,4	...
* Ausländer	%	8,5	8,8	8,2	8,4	8,7	8,2	8,1	8,2	...
* Jugendliche	%	3,0	3,2	2,7	2,6	2,7	4,0	2,7	2,6	...
* Kurzarbeiter ¹⁰	1 000	18,2	19,9	11,8	12,9	23,0
* Gemeldete Stellen ¹¹	1 000	70,1	64,4	66,2	64,5	62,4	77,0	77,4	77,3	...

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.
2 Nach der Wohngemeinde der Mutter;
p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;
p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurde bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Personengruppen aufgenommen und neue Erhebungsinhalte eingeführt.

Daher sind die Zahlen zu den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ab dem Stichtag 31.03.2014 nicht mit den Zahlen früherer Stichtage vergleichbar.
6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
7 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.
8 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
9 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
10 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.
11 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Monatsdurchschnitt	August	Sept.	Oktober	Juli	August	Sept.	Oktober	
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Anzahl										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ...	1 000	528,4	520,7	473,2	563,7	568,5	512,8	446,8	557,4	554,1
darunter Rinder	1 000	75,0	74,1	61,3	93,1	99,9	75,2	63,3	81,2	84,9
darunter Kälber ²	1 000	1,8	1,7	1,2	1,6	1,7	1,1	1,1	1,5	1,6
Jungrinder ³	1 000	0,6	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5
Schweine	1 000	442,3	436,1	404,1	460,8	450,0	429,6	376,9	467,1	451,1
Schafe	1 000	10,4	9,9	7,3	9,0	17,9	7,4	6,1	8,3	17,7
darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	522,1	515,3	470,3	559,8	561,4	509,5	444,2	554,0	548,0
darunter Rinder	1 000	74,1	73,2	60,6	92,4	99,0	74,7	62,8	80,6	83,9
darunter Kälber ²	1 000	1,7	1,5	1,1	1,5	1,6	1,0	1,0	1,4	1,4
Jungrinder ³	1 000	0,5	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Schweine	1 000	438,2	432,9	402,6	458,8	447,0	427,9	375,5	465,4	448,4
Schafe	1 000	9,2	8,7	6,6	8,0	14,9	6,6	5,4	7,3	15,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	341,2	343,0	337,6	342,9	340,0	342,9	342,2	343,0	338,7
darunter Kälber ²	kg	108,1	109,7	109,4	114,8	111,5	109,4	114,0	114,9	113,4
Jungrinder ³	kg	186,2	177,0	187,6	176,0	174,6	189,5	184,5	181,0	185,3
Schweine	kg	95,4	95,4	93,8	94,5	95,5	94,7	95,0	95,9	96,9
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ..	1 000 t	68,0	67,3	58,7	75,7	77,3	66,6	57,6	72,8	72,8
darunter Rinder	1 000 t	25,6	25,4	20,7	31,9	33,9	25,8	21,6	27,8	28,7
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	42,2	41,6	37,9	43,6	43,0	40,7	35,8	44,8	43,7
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,2	0,3	0,1	0,1	0,2	0,3
* darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel) ..	1 000 t	67,4	66,7	58,4	75,3	76,7	66,2	57,3	72,5	72,2
* darunter Rinder	1 000 t	25,3	25,2	20,5	31,7	33,6	25,6	21,5	27,6	28,4
* darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2
* Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	41,8	41,3	37,8	43,4	42,7	40,5	35,7	44,6	43,4
* Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,2	0,3	0,1	0,1	0,1	0,3
Geflügel										
Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	3 900	3 964	3 990	3 983	3 986	4 918	4 749	4 726	4 727
Legehennenbestand ⁶	1 000	3 431	3 472	3 486	3 565	3 569	4 170	4 213	4 135	...
* Konsumeier ⁶	1 000	86 410	86 782	87 968	87 910	89 155	94 432	98 999	101 947	...
* Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	13,3	13,4	12,3	13,5	15,2	15,5	13,4	14,0	16
Getreideanlieferungen ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	8,8	5,3r	17,6r	7,4r	2,7r	12,5	9,0
Weizen	1 000 t	130,0r	53,1r	113,7r	35,2r	31,6r	37,7	105,0
Gerste	1 000 t	33,6r	12,6r	18,9r	14,7r	8,0r	18,3r	11,6
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	1,6	0,6	0,9r	0,6r	0,1r	0,3	0,6
Vermahlung von Getreide ^{8,9}										
Getreide insgesamt	1 000 t	98,7r	107,4	109,1r	108,3	118,1	100,7r	91,2
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,7r	11,5	11,2	10,5r	12,3	11,1	10,8
Weizen und -gemenge	1 000 t	87,0r	95,9	97,9	97,8	105,8	89,7r	80,4
Vorräte in zweiter Hand ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	46,3	40,5r	56,2r	58,0r	55,7r	46,5	60,1
Weizen	1 000 t	511,3	439,6r	575,1r	555,7r	518,1r	334,7r	608,1
Gerste	1 000 t	320,3	219,0r	251,2r	253,9r	236,0r	304,0r	392,6
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	8,7	8,7	10,0r	11,6r	10,2r	3,9r	8,6
Mais	1 000 t	147,0	76,0r	29,1r	18,0r	50,5r	25,3r	15,2
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	2 167r	1 870r	1 820	2 518	1 985	2 036	1 860
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	130r	73r	69r	193	107	83	74
11 bis 13	1 000 hl	1 585r	1 421r	1 388r	2 279	1 461	1 535	1 439
14 oder darüber	1 000 hl	7r	10r	18r	47	18	24	31
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	440r	360	339r	531	393	387	311
dav. in EU-Länder	1 000 hl	303	224	200	336	257	250	207
in Drittländer	1 000 hl	137r	136	139	195	136	137	105

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 2009 Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat, ab 2010 alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EV-Hygiene-recht im Besitz einer Zulassung sind.

8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Monatsdurchschnitt	August	Sept.	Oktober	Juli	August	Sept.	Oktober	
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbebeanmeldungen ²	1 000	11,0	10,8	10,4	11,0	11,6	10,5	9,5	10,1	...
* Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,6	9,3	8,1	8,4	9,3	9,0	7,8	8,3	...
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 839	3 874	3 889	3 888	3 884	3 840	3 840	3 838	3 837
* Beschäftigte	1 000	1 088	1 095	1 100	1 107	1 105	1 112	1 115	1 125	1 123
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	372	374	376	378	378	387	388	390	389
Investitionsgüterproduzenten	1 000	516	525	526	529	529	525	527	532	532
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	40	35	35	36	35	35	35	36	36
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	159	159	161	162	161	162	163	165	164
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	139 399	140 284	125 792	142 504	150 800	153 877	123 925	147 647	153 610
* Bruttoentgelte	Mill. €	4 250	4 438	4 187	4 116	4 196	5 076	4 313	4 294	4 379
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	26 746	26 935	24 601	28 872	29 159	29 672	23 579	29 895	29 065
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	6 822	6 827	6 569	7 206	7 514	7 670	6 599	7 836	7 659
* Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	15 217	15 427	13 358	16 706	16 543	17 089	12 609	17 195	16 588
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	3 042	3 120	3 187	3 275	3 341	3 415	3 123	3 427	3 378
* Energie	Mill. €
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	14 213	14 546	13 172	15 389	15 692	16 227	12 789	16 467	15 879
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2010 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	105,9	105,8	96,6	111,6	115,4	119,1	93,5	117,6	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	97,7	96,8	104,3	114,0	122,1	116,1	99,6	105,5	...
Verarbeitendes Gewerbe	%	106,0	105,8	96,5	111,6	115,4	119,1	93,5	117,6	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	103,9	104,5	100,2	111,1	115,3	119,2	99,2	115,8	...
Investitionsgüterproduzenten	%	108,1	107,3	93,7	112,5	116,6	120,7	89,7	119,8	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%
Verbrauchsgüterproduzenten	%	104,0	104,7	104,7	109,5	112,3	115,3	101,6	113,3	...
Energie	%
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2010 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt	%	105,5	110,5	102,2	112,5	118,9	119,5	99,9	126,3	122,8
Inland	%	102,4	104,3	95,7	103,7	110,4	113,2	93,4	103,7	112,3
Ausland	%	107,4	114,6	106,4	118,2	124,4	123,6	104,2	140,9	129,5
Vorleistungsgüterproduzenten	%	100,8	105,8	97,0	103,1	114,9	114,1	94,6	110,2	110,5
Investitionsgüterproduzenten	%	107,5	113,1	104,4	116,9	121,3	122,3	101,8	134,0	128,8
Gebrauchsgüterproduzenten	%	101,0	94,9	82,3	106,9	117,9	101,3	84,1	108,9	112,4
Verbrauchsgüterproduzenten	%	104,7	105,5	115,9	104,6	102,5	117,8	118,4	111,6	105,6

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormalig nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vormalig nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.

5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Monatsdurchschnitt	August	Sept.	Oktober	Juli	August	Sept.	Oktober	
Baugewerbe ¹										
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²										
* Tätige Personen im Bauhauptgewerbe ³	Anzahl	130 624	139 246	135 506	147 795	143 497	139 811	140 886	142 539	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 481	13 374	12 648	16 361	16 994	16 990	12 612	16 357	...
* dav. für Wohnungsbauten	1 000	5 600	6 050	5 368	7 270	7 775	7 657	5 424	7 323	...
* gewerblichen und industriellen Bau ⁴	1 000	3 506	3 724	3 657	4 299	4 562	4 558	3 647	4 348	...
* Verkehrs- und übliche Bauten	1 000	3 376	3 601	3 623	4 792	4 657	4 775	3 541	4 686	...
* Entgelte	Mill. €	310,5	338,3	341,1	361,0	369,6	373,6	357,7	370,3	...
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 482,4	1 611,0	1 671,0	1 957,2	2 026,1	2 008,2	1 735,1	1 902,4	...
* dav. Wohnungsbau	Mill. €	573,4	629,1	580,4	743,3	789,3	809,4	684,0	738,3	...
* gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	507,8	524,6	574,6	622,2	622,0	646,6	568,0	625,0	...
* üblicher und Verkehrsbau	Mill. €	401,2	457,4	516,0	591,6	614,8	552,3	483,0	539,1	...
Messzahlen (2010  100)										
* Index des Auftragsengangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	124,8	118,4	122,9	134,1	110,9	136,4	107,8	121,0	...
* davon Wohnungsbau	Messzahl	119,3	125,2	134,8	149,0	109,1	132,3	104,0	126,6	...
* gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	130,3	116,8	105,9	154,5	114,1	138,5	104,8	119,0	...
* üblicher und Verkehrsbau	Messzahl	123,2	115,7	133,8	101,6	109,0	136,8	113,7	119,5	...
* darunter Straßenbau	Messzahl	133,9	127,1	125,8	95,4	125,9	151,0	120,1	127,6	...
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ^{5,6}										
* Beschäftigte im Ausbaugewerbe	Anzahl	50 226	59 121	.	60 557
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 110	6 065	.	19 115
* Entgelte	Mill. €	122,9	148,8	.	450,0
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	514,3	621,1	.	1 971
Energie- und Wasserversorgung										
* Betriebe	Anzahl	253	253	254	254	251	245	245	246	246
* Beschäftigte	Anzahl	29 895	29 734	29 637	29 867	29 731	29 360	29 326	29 677	29 707
* Geleistete Arbeitsstunden ⁷	1000	3 621	3 556	3 112	3 451	3 820	3 928	3 001	3 548	3 860
* Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	124	128	116	117	121	123	118	115	119
* Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	6 055,2	5 595,1	4 958,5	5 532,4	5 938,1	4 815,2	5 340,9	5 485,2	.
* Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	5 749,6	5 303,8	4 685,9	5 235,2	5 631,3	4 573,1	5 058,8	5 201,4	.
* dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	520,7	490,3	226,2	343,7	437,1	278,4	233,9	265,8	.
* Nettowarmerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	1014,3	1 058,3	498,4	688,4	915,9	517,6	500,6	647,9	.
Handwerk (Messzahlen) ⁹										
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009  100)	Messzahl	.	.	.	102,8	.	.	.	102,7	.
* Umsatz ¹⁰ (VjD 2009  100) (ohne Mehrwertsteuer)	Messzahl	.	.	.	112,5	.	.	.	113,8	.
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 901	1 980	2 097	1 966	2 121	2 188	2 160	1 914	2 123
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 681	1 733	1 873	1 672	1 834	1 891	1 905	1 663	1 803
* Umbauter Raum	1 000 m ³	2 465	2 611	2 594	2 673	2 843	2 817	2 845	2 683	3 028
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	716	776	774	827	869	870	883	850	957
* Wohnfläche ¹²	1 000 m ²	427	453	450	468	499	493	495	461	531
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	726	709	783	685	750	705	653	666	688
* Umbauter Raum	1 000 m ³	4 187	4 265	4 586	5 011	4 928	4 337	3 864	3 933	3 794
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	569	559	642	670	750	648	572	618	567
* Nutzfläche	1 000 m ²	606	619	698	682	687	644	554	576	560
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 416	4 677	4 820	4 936	5 148	4 896	5 038	5 214	6 270
* Wohnräume ¹³ insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	18 922	19 747	19 866	20 502	21 482	21 047	21 473	20 644	23 031
		2012	2013 ¹⁴	2013 ¹⁴			2014 ¹⁴			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.	
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
* Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁵	Mill. €	12 299,3	12 280,3	13 499,2	11 598,7	12 103,1	12 260,5	13 377,3	10 873,5	13 422,0
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	638,7	639,5	646,9	618,6	696,6	644,2	644,3	592,7	651,9
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	11 224,5	10 688,8	11 849,0	10 138,5	10 505,3	10 686,8	11 800,9	9 476,1	11 817,2
* davon Rohstoffe	Mill. €	1 680,2	1 578,6	1 970,0	1 875,5	1 404,8	1 177,2	1 408,7	1 176,6	1 459,3
* Halbwaren	Mill. €	541,1	523,8	493,9	484,7	508,8	504,5	537,7	451,7	502,9
* Fertigwaren	Mill. €	9 003,1	8 586,3	9 385,1	7 778,2	8 591,7	9 005,1	9 854,5	7 847,8	9 855,0
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	1 007,5	954,2	1 165,6	780,5	791,1	814,5	863,3	714,1	800,5
* Enderzeugnisse	Mill. €	7 995,6	7 632,1	8 219,5	6 997,7	7 800,7	8 190,6	8 991,1	7 133,7	9 054,5

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Nach den Ergebnissen der Erganzungserhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intra-handelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013 ¹	2013 ¹			2014 ¹			
		Monatsdurchschnitt			July	August	Sept.	June	July	August
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter ² aus										
* Europa ³	Mill. €	8 180,6	8 394,2	9 041,6	7 556,2	8 314,1	8 529,9	9 141,7	7 134,8	9 251,9
* dar. aus EU-Ländern ⁴ insgesamt	Mill. €	6 803,3	7 112,3	7 595,2	6 327,8	6 994,2	7 435,4	7 916,7	6 107,1	8 008,7
dar. aus Belgien	Mill. €	331,3	327,0	320,4	290,0	337,1	310,2	355,7	281,4	312,4
Bulgarien	Mill. €	31,0	31,6	37,1	35,9	33,1	34,1	38,9	29,0	36,4
Dänemark	Mill. €	61,7	59,3	51,9	59,8	57,1	60,4	55,4	50,4	62,6
Finnland	Mill. €	38,7	37,4	40,7	34,2	40,4	47,5	40,4	36,6	38,3
Frankreich	Mill. €	527,3	515,4	545,7	454,0	487,9	521,1	557,9	431,1	572,6
Griechenland	Mill. €	24,9	24,1	22,7	17,4	26,0	26,0	23,9	23,5	29,1
Irland	Mill. €	193,5	163,2	323,8	96,4	88,1	79,8	87,5	85,1	114,3
Italien	Mill. €	853,5	859,5	964,2	732,7	861,5	903,0	920,2	744,1	874,6
Luxemburg	Mill. €	19,0	20,1	20,5	20,8	20,7	20,7	22,8	18,0	23,6
Niederlande	Mill. €	592,7	625,4	650,9	593,4	643,9	641,2	662,3	575,5	694,4
Österreich	Mill. €	1 205,2	1 261,2	1 356,3	1 157,2	1 203,9	1 256,3	1 384,3	996,1	1 389,9
Polen	Mill. €	362,3	402,2	407,0	395,5	418,0	442,7	442,0	350,0	482,5
Portugal	Mill. €	54,1	63,6	69,7	58,1	61,5	65,3	75,8	51,4	72,8
Rumänien	Mill. €	164,5	169,3	170,9	176,4	176,6	214,0	266,1	172,0	241,2
Schweden	Mill. €	105,7	130,8	154,2	103,3	108,3	122,2	120,3	100,4	118,5
Slowakei	Mill. €	240,9	238,8	228,3	246,0	245,7	266,5	245,1	229,1	282,6
Slowenien	Mill. €	82,2	81,6	82,6	74,5	90,7	81,8	89,7	71,4	93,2
Spanien	Mill. €	299,9	299,3	329,2	200,2	245,9	344,8	348,0	215,7	319,6
Tschechische Republik	Mill. €	766,5	817,0	834,4	752,8	849,4	812,5	909,5	716,3	984,1
Ungarn	Mill. €	442,3	484,2	493,6	380,9	528,5	627,1	659,7	472,1	711,4
Vereinigtes Königreich	Mill. €	370,9	444,8	435,2	394,9	411,1	492,2	544,4	405,4	486,8
Russische Föderation	Mill. €	699,3	599,7	675,9	603,1	591,5	387,7	465,1	448,4	492,4
* Afrika ³	Mill. €	567,9	513,2	556,4	683,2	333,1	354,7	473,8	361,0	634,7
dar. aus Südafrika	Mill. €	41,7	41,6	47,9	48,8	46,9	29,1	33,9	31,0	38,3
* Amerika	Mill. €	996,0	925,9	1 057,5	760,9	909,9	924,6	966,8	907,4	990,8
darunter aus den USA	Mill. €	831,2	788,2	897,3	637,5	776,8	780,5	822,6	784,1	809,6
* Asien ³	Mill. €	2 540,0	2 435,2	2 832,3	2 586,5	2 532,3	2 438,9	2 781,3	2 454,8	2 530,2
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	1 097,3	942,4	1 047,6	997,5	976,1	1 018,1	1 124,0	1 034,8	1 104,4
Japan	Mill. €	275,1	246,9	246,5	209,8	292,5	202,4	257,3	198,7	260,8
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	14,7	11,8	11,4	12,0	13,8	12,3	13,7	15,5	14,3
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel)⁵	Mill. €	13 715,7	14 085,3	15 316,7	12 909,3	14 891,0	14 130,4	15 714,5	11 523,9	15 631,8
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	696,4	692,0	720,6	682,1	704,6	728,8	753,9	679,9	737,9
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	12 865,9	12 870,1	14 049,7	11 779,4	13 664,6	12 888,6	14 427,3	10 397,7	14 346,9
* davon Rohstoffe	Mill. €	79,5	73,2	73,2	62,0	79,2	79,4	79,3	62,0	76,5
* Halbwaren	Mill. €	583,7	565,9	583,7	610,0	609,7	586,6	630,5	517,6	654,2
* Fertigwaren	Mill. €	12 202,7	12 231,0	13 392,8	11 107,4	12 975,6	12 222,6	13 717,5	9 818,1	13 616,3
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	1 023,0	995,8	1 057,4	916,5	1 009,7	1 008,8	1 035,8	895,6	1 026,0
* Enderzeugnisse	Mill. €	11 179,8	11 235,2	12 335,4	10 190,9	11 965,9	11 213,8	12 681,8	8 922,5	12 590,3
darunter ² nach										
* Europa ³	Mill. €	8 540,1	8 793,5	9 356,9	7 703,4	9 215,1	8 840,0	9 602,3	7 160,3	9 528,9
* dar. in EU-Länder ⁴ insgesamt	Mill. €	7 221,4	7 511,1	7 859,7	6 516,5	7 876,5	7 586,2	8 235,2	6 107,9	8 246,1
dar. nach Belgien	Mill. €	551,8	569,0	471,6	384,8	504,9	392,3	407,5	307,5	406,2
Bulgarien	Mill. €	34,7	29,4	40,1	24,9	30,5	28,7	29,5	27,6	37,9
Dänemark	Mill. €	114,8	115,0	108,7	104,4	116,6	114,6	132,0	102,2	121,4
Finnland	Mill. €	96,0	99,7	98,2	83,8	109,2	92,5	101,3	86,5	99,1
Frankreich	Mill. €	938,6	990,1	1 110,7	768,3	1 055,3	972,9	1 055,5	716,7	1 028,8
Griechenland	Mill. €	43,3	47,1	50,6	40,4	50,6	44,0	48,1	33,3	44,2
Irland	Mill. €	51,1	59,6	62,0	57,6	54,4	50,3	60,7	54,9	48,3
Italien	Mill. €	878,4	875,2	950,9	679,3	941,7	903,2	946,2	591,5	959,5
Luxemburg	Mill. €	37,9	39,0	41,6	31,8	46,5	38,0	42,3	29,0	41,9
Niederlande	Mill. €	476,6	476,1	467,4	442,4	479,5	463,0	513,1	422,6	510,6
Österreich	Mill. €	1 129,0	1 117,8	1 155,6	1 079,8	1 226,1	1 109,1	1 165,2	939,6	1 216,2
Polen	Mill. €	349,6	377,4	374,5	370,0	409,8	400,2	555,0	368,4	486,1
Portugal	Mill. €	78,2	84,3	95,4	56,7	82,0	96,6	91,5	73,8	92,7
Rumänien	Mill. €	125,0	129,2	129,0	121,7	137,3	163,1	152,8	127,5	156,2
Schweden	Mill. €	254,4	255,0	230,9	250,8	275,7	288,0	260,7	223,0	286,6
Slowakei	Mill. €	150,5	158,7	147,1	145,8	183,2	170,4	147,8	136,3	177,0
Slowenien	Mill. €	54,2	54,0	55,8	44,5	61,3	53,6	58,8	52,1	62,4
Spanien	Mill. €	361,9	359,0	363,4	259,5	344,0	360,4	409,0	273,7	385,2
Tschechische Republik	Mill. €	408,3	444,0	462,0	439,4	470,6	493,4	496,0	410,2	512,2
Ungarn	Mill. €	203,0	214,1	225,2	190,2	224,9	225,2	230,8	197,8	242,4
Vereinigtes Königreich	Mill. €	825,7	929,3	1 117,7	861,8	977,7	1 037,9	1 231,8	857,8	1 227,9
Russische Föderation	Mill. €	385,9	365,5	445,2	355,9	398,2	330,6	378,3	283,3	314,6
* Afrika ³	Mill. €	268,6	255,4	293,6	225,4	228,3	236,9	246,0	227,8	236,9
dar. nach Südafrika	Mill. €	122,2	116,9	137,7	110,0	115,1	98,5	99,4	81,5	105,1
* Amerika	Mill. €	2 028,7	2 121,7	2 401,3	2 065,7	2 347,9	1 959,8	2 445,3	1 631,0	2 666,1
darunter in die USA	Mill. €	1 524,1	1 577,0	1 773,6	1 541,6	1 776,9	1 479,4	1 885,0	1 222,8	2 162,7
* Asien ³	Mill. €	2 745,8	2 776,4	3 112,3	2 784,7	2 957,3	2 937,8	3 267,4	2 391,3	3 058,0
darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	1 237,2	1 292,1	1 417,9	1 316,7	1 409,7	1 473,8	1 527,5	1 161,2	1 544,6
nach Japan	Mill. €	301,8	295,2	328,4	281,8	318,8	258,3	320,7	192,6	316,3
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	132,5	138,3	152,6	130,2	142,4	155,8	153,4	113,5	142,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
 2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
 3 Ceuta und Melilla werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Afrika zugeordnet. Georgien, Armenien,

Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Asien zugeordnet.
 4 EU 27. Ab Juli 2013 28.
 5 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2012 ¹	2013 ¹	2013 ¹			2014			
		Monatsdurchschnitt	August	Sept.	Oktober	Juli	August	Sept.	Oktober	
Großhandel (2010 = 100)^{2,3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	106,4	105,7	102,4	109,2	116,0	113,8	99,5	116,6	.
* Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	99,3	99,1	95,8	102,5	109,3	107,3	94,1	110,8	.
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	103,4	108,3	108,2	109,1	109,2	109,0	109,2	110,6	.
Einzelhandel (2010 = 100)^{2,5}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	107,3	110,1	106,6	106,5	116,6	114,0	108,0	111,2	118,4
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁶	%	107,3	111,7	110,3	104,2	116,9	115,3	108,6	108,6	118,6
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	106,1	108,6	110,2	103,9	110,0	117,2	106,1	104,8	111,2
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	105,6	110,0	106,9	104,1	116,9	124,5	112,8	115,8	124,7
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	107,7	110,6	106,2	112,1	120,1	116,5	110,9	115,6	120,8
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	119,5	124,1	112,0	121,5	132,5	133,7	125,6	135,5	138,1
* Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	103,8	105,0	102,3	101,4	110,5	108,8	103,0	105,2	112,3
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	103,4	105,3	105,5	106,5	106,6	104,2	104,3	105,4	105,7
Kfz-Handel (2010 = 100)^{2,7}										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	%	102,6	101,9	94,0	98,0	115,2	112,8	94,2	103,6	.
* Index der Umsätze im Kfz-Handel real ⁴	%	100,4	99,8	91,9	96,0	112,5	110,1	91,8	100,8	.
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	%	105,2	113,0	111,7	114,4	114,4	112,5	112,2	114,9	.
Gastgewerbe (2010 = 100)²										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	111,6	114,4	127,2	137,2	129,3	131,3	132,2	141,7	133,6
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	115,9	118,8	134,9	150,2	140,7	138,9	143,1	157,8	147,2
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	110,6	107,0	110,7	158,3	149,9	146,4	146,4	184,0	180,1
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	%	107,9	110,1	120,4	124,6	119,4	124,7	124,7	127,5	122,4
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	108,0	110,5	123,2	128,9	120,7	123,9	126,4	131,6	123,0
Kantinen und Caterer	%	113,1	116,7	101,2	119,9	125,6	130,9	101,2	119,3	129,1
* Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	107,9	108,0	120,2	128,2	121,4	121,4	122,4	129,7	122,1
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	103,8	105,0	108,9	110,5	108,5	110,5	110,1	112,5	111,0
Fremdenverkehr⁸										
* Gästeankünfte	1 000	2 596	2 634	3 490	3 225	2 971	3 604	3 647	3 237	3 123
* darunter Auslandsgäste	1 000	608	631	918	781	633	1 032	975	797	660
* Gästeübernachtungen	1 000	7 001	7 013	10 486	8 568	7 730	9 386	10 720	8 648	7 978
* darunter Auslandsgäste	1 000	1 274	1 327	1 990	1 596	1 348	2 066	2 114	1 621	1 383
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁹	Anzahl	58 694	57 316	51 138	57 861	60 878	64 367	50 520	58 249	61 998
darunter Krafträder ¹⁰	Anzahl	2 974	2 934	3 219	2 081	1 321	3 997	2 930	2 314	1 734
* Personenkraftwagen und sonstige „M1“-Fahrzeuge	Anzahl	50 208	48 962	43 394	50 630	53 625	54 615	43 141	50 112	53 881
* Lastkraftwagen	Anzahl	3 722	3 603	3 063	3 568	4 089	3 852	2 994	3 856	4 453
* Zugmaschinen	Anzahl	1 472	1 459	1 152	1 232	1 504	1 524	1 205	1 603	1 567
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	219	242	209	235	239	305	172	242	237
Beförderte Personen im Schienen- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse) ¹¹	1 000	106 172	105 933	.	297 035	.	.	.	300 816	.
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	92 455	92 138	.	260 954	.	.	.	262 399	.
private Unternehmen	1 000	13 717	13 795	.	36 081	.	.	.	38 417	.
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹²	Anzahl	30 364	31 040	29 173	30 973	33 900	34 415	28 668	29 267	...
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 354	4 318	5 084	4 814	4 570	5 731	4 461	4 329	...
mit nur Sachschaden	Anzahl	26 011	26 722	24 089	26 159	29 330	28 684	24 207	24 938	...
* Getötete Personen ¹³	Anzahl	55	57	71	58	67	60	50	62	...
* Verletzte Personen	Anzahl	5 790	5 731	6 755	6 317	6 020	7 469	5 854	5 624	...
Luftverkehr Fluggäste										
Flughafen München Ankunft	1 000	1 594	1 606	1 729	1 890	1 750	1 863	1 818	1 985	...
Abgang	1 000	1 589	1 603	1 825	1 762	1 777	1 905	1 924	1 845	...
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	149	137	155	177	156	142	174	195	...
Abgang	1 000	148	137	175	156	147	155	195	169	...
Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	36	35	52	53	46	38	43	42	...
Abgang	1 000	36	35	54	48	44	41	45	40	...
Eisenbahnverkehr¹⁴										
Güterempfang	1 000 t	2 501	2 444	2 465	2 461	2 745	2 590	2 267
Güterversand	1 000 t	1 902	1 966	2 088	2 044	2 077	2 221	1 985
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang insgesamt	1 000 t	432	415	511	428	542	450	458
davon auf dem Main	1 000 t	252	218	212	216	302	235	234
auf der Donau	1 000 t	181	197	298	211	240	214	225
* Güterversand insgesamt	1 000 t	277	230	344	239	279	292	320
davon auf dem Main	1 000 t	180	161	220	159	223	214	219
auf der Donau	1 000 t	96	69	124	80	57	77	102

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden (ab dem Berichtsmonat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe und Großhandel in Preisen von 2010.

5 Einschließlich Tankstellen.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

8 Abschneidgrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 Einschl. Leichtkraftfahrzeuge, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.

12 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

13 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

14 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2013			2014			
		Monatsdurchschn. ¹		August	Sept.	Oktober	Juli	August	Sept.	Oktober
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen^{2,3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	483 106	470 253	.	462 661
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	413 420	413 783	.	408 126
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	66 245	58 005	.	52 573
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	55 093	50 216	.	44 878
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	11 153	7 789	.	7 695
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	61 530	58 885	.	57 726
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	58 519	56 357	.	55 316
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	3 011	2 528	.	2 410
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	355 331	353 364	.	352 362
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	321 680	319 971	.	319 159
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	33 651	33 393	.	33 203
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	578 378	574 598	.	560 019
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	452 972	450 479	.	437 202
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	419 187	419 195	.	408 630
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	33 785	31 284	.	28 572
Spareinlagen	Mill. €	125 405	124 119	.	122 817
darunter bei Sparkassen	Mill. €	49 593	49 206	.	48 694
bei Kreditbanken	Mill. €	31 565	30 017	.	29 481
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 382	1 294	1 266	1 168	1 384	1 528	1 110	1 159	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	109	96	82	83	92	99	99	73	...
* davon Unternehmen	Anzahl	274	252	241	237	258	258	242	277	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	77	65	61	54	62	72	74	55	...
* Verbraucher	Anzahl	825	756	755	683	832	904	613	650	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	2	1	3	1	1	-	-	-	...
* ehemals selbständig Tätige	Anzahl	251	248	243	208	252	301	221	180	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	20	20	12	19	20	13	14	7	...
* sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	32	38	27	40	42	65	34	52	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	9	9	6	9	9	14	11	11	...
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	490 994	391 681	360 293	385 703	894 829	348 878	186 724	232 863	...
davon Unternehmen	1 000 €	382 936	286 485	256 844	298 930	799 510	204 515	118 174	152 916	...
Verbraucher	1 000 €	44 660	43 629	42 577	41 802	51 991	50 284	30 346	32 818	...
ehemals selbständig Tätige	1 000 €	50 859	48 358	56 773	37 717	36 059	85 986	33 672	41 651	...
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	12 539	13 209	4 099	7 254	7 268	8 093	4 532	5 478	...
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	120,2	133,1	126,5	118,7	113,0	119,8	126,1	123,1	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld I	Mill. €	134,1	151,3	132,8	141,2	134,0	135,1	135,7	144,5	135,0
Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger (SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende –) ¹²										
Bedarfsgemeinschaften	1 000	232,3	232,6	232,4	230,2	229,6	233,2	232,6
Leistungsempfänger	1 000	420,4	421,9	422,5	418,2	416,9	426,1	425,2
davon von Arbeitslosengeld II	1 000	298,7	298,9	299,0	295,4	294,2	300,8	299,9
Sozialgeld	1 000	121,7	123,1	123,5	122,8	122,8	125,3	125,4
Steuern										
Gemeinschaftsteuern [*]	Mill. €
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	4 320,8	4 663,9	3 200,6	5 803,8	2 987,0	4 180,2	3 710,4	6 071,2	2 962,2
davon Lohnsteuer	Mill. €	2 897,6	3 054,6	3 056,0	2 765,9	2 768,1	3 356,1	3 255,9	2 884,5	2 912,8
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	633,2	768,3	- 89,1	2 252,7	- 82,2	- 9,5	- 21,4	2 301,3	- 62,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	421,2	371,6	274,0	194,9	121,5	701,1	188,1	150,6	173,6
Abgeltungsteuer	Mill. €	109,3	122,8	61,9	76,6	85,4	75,5	87,0	50,5	67,8
Körperschaftsteuer	Mill. €	259,5	346,6	- 102,2	513,7	94,2	57,0	200,8	684,3	- 129,9
Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 731,0	1 905,1	1 916,2	1 915,8	1 760,8	2 128,8	1 963,8	2 195,4	1 906,2
Einfuhrumsatzsteuer [*]	Mill. €
Bundessteuern [*]	Mill. €
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €
darunter Mineralölsteuer	Mill. €
Solidaritätszuschlag	Mill. €
Landessteuern	Mill. €	221,1	240,4	244,6	235,2	251,6	267,4	249,4	240,3	263,8
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	83,0	89,8	88,6	84,0	90,2	120,2	97,3	91,4	97,7
Grunderwerbsteuer	Mill. €	104,4	112,2	115,9	109,9	126,1	110,6	111,5	109,4	130,1
Biersteuer	Mill. €	12,5	12,3	16,4	15,1	12,9	15,6	18,3	13,6	13,7

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

10 Einschl. Sparbriefe.

11 Nachweis erst ab 2002 möglich.

12 Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2013			2014				
		Monatsdurchschnitt			August	Sept.	Oktober	Juli	August	Sept.	Oktober
Noch: Steuern											
Gemeindesteuern ^{1, 2, 3}	Mill. €	779,7	830,4	2 420,6			2 651,2				
darunter Grundsteuer A	Mill. €	7,0	7,0	22,7			22,0				
Grundsteuer B	Mill. €	133,6	135,4	446,2			426,9				
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	634,9	683,8	1 945,6			2 196,3				
Steuereinnahmen des Bundes ³	Mill. €										
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 682,1	1 835,3	1 168,0	2 341,6	1 007,2	1 662,7	1 401,0	2 447,8	1 079,9	
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €										
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6}	Mill. €	26,1	26,5	0,0	0,0	75,2	8,1	78,1	0,0	84,9	
Steuereinnahmen des Landes ³	Mill. €										
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 644,9	1 796,6	1 159,6	2 341,6	1 007,2	1 662,7	1 218,1	2 447,8	1 079,9	
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €										
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6, 7}	Mill. €	98,3	99,8	30,8	0,0	265,2	365,1	- 41,0	0,0	295,3	
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{2, 3, 4}	Mill. €	1 168,0	1 257,9	3 669,3			3 972,3				
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4, 8}	Mill. €	466,6	506,9	353,4	700,7	350,9	451,4	392,7	721,6	372,0	
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €	51,0	51,3	147,1			153,4				
Gewerbesteuer (netto) ^{1, 9}	Mill. €	507,8	558,4	1 528,1			1 786,0				
Verdienste											
		2012	2013	2012		2013		2014			
		Jahreswert			3. Vj.	4. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
* Bruttomonatsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten	€										
Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	3 535	3 576	3 608	3 643	3 629	3 673	...	
männlich	€	3 764	3 807	3 840	3 868	3 846	3 891	...	
weiblich	€	2 973	3 007	3 049	3 095	3 108	3 141	...	
Leistungsgruppe 1 ¹²	€	6 417	6 513	6 574	6 586	6 647	6 749	...	
Leistungsgruppe 2 ¹²	€	4 149	4 196	4 225	4 251	4 251	4 302	...	
Leistungsgruppe 3 ¹²	€	2 924	2 951	2 971	2 999	2 946	2 997	...	
Leistungsgruppe 4 ¹²	€	2 419	2 446	2 452	2 479	2 441	2 509	...	
Leistungsgruppe 5 ¹²	€	2 039	1 981	1 997	2 059	2 029	2 062	...	
Produzierendes Gewerbe	€	3 622	3 649	3 722	3 779	3 754	3 843	...	
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 181	3 150	3 232	3 208	3 068	3 147	...	
Verarbeitendes Gewerbe	€	3 721	3 754	3 839	3 912	3 915	3 986	...	
Energieversorgung	€	4 227	4 247	4 221	4 224	4 050	4 141	...	
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	3 032	3 140	3 149	3 141	3 079	3 138	...	
Baugewerbe	€	3 039	3 040	3 023	3 005	2 889	3 141	...	
Dienstleistungsbereich	€	3 470	3 522	3 528	3 549	3 542	3 556	...	
Handel; Instandhaltung, u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	3 417	3 468	3 516	3 528	3 522	3 516	...	
Verkehr und Lagerei	€	2 817	2 797	2 762	2 829	2 835	2 881	...	
Gastgewerbe	€	2 083	2 125	2 128	2 182	2 249	2 292	...	
Information und Kommunikation	€	4 729	4 839	4 709	4 816	4 781	4 797	...	
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	4 547	4 640	4 495	4 534	4 566	4 567	...	
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	3 506	3 590	4 006	4 048	3 901	3 953	...	
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	4 366	4 403	4 447	4 477	4 397	4 478	...	
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	2 274	2 313	2 310	2 323	2 296	2 326	...	
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	3 204	3 224	3 345	3 318	3 395	3 395	...	
Erziehung und Unterricht	€	3 919	3 961	4 143	4 073	4 158	4 165	...	
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 429	3 451	3 404	3 419	3 428	3 520	...	
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	/	/	/	/	/	/	/	/	/	
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	3 228	3 293	3 330	3 412	3 370	3 379	...	
		2009	2010	2011	2012	2013	2013	2014			
		Durchschnitt ¹³					Nov.	Sept.	Oktober	Nov.	
Preise											
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)											
Gesamtindex	%	98,9	100,0	102,1	104,3	105,8	106,0	107,1	106,8	106,8	
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	98,8	100,0	102,8	106,0	109,6	109,7	110,6	110,4	109,9	
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	98,6	100,0	102,0	105,5	108,0	109,5	110,5	110,8	111,2	
Bekleidung und Schuhe	%	100,0	100,0	101,7	104,6	106,2	109,5	112,0	111,2	110,7	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	98,7	100,0	103,1	105,5	107,5	107,7	108,7	108,5	108,6	
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	100,0	100,0	100,4	101,2	102,4	102,5	102,6	102,7	103,1	
Gesundheitspflege	%	99,4	100,0	100,5	103,1	98,7	98,6	101,2	101,7	101,8	
Verkehr	%	96,7	100,0	104,9	108,2	108,2	107,2	108,9	108,2	107,2	
Nachrichtenübermittlung	%	102,3	100,0	96,5	94,8	93,4	92,8	91,9	91,9	91,9	
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	101,0	100,0	99,5	100,6	103,2	104,5	104,2	103,0	104,2	
Bildungswesen	%	98,5	100,0	100,9	102,8	97,3	76,3	77,0	77,3	77,3	
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	98,7	100,0	100,4	102,5	105,2	106,5	109,1	109,1	109,1	
Andere Waren und Dienstleistungen	%	98,5	100,0	101,5	102,8	104,2	104,6	106,7	106,7	106,8	
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	99,0	100,0	100,9	102,5	103,6	103,6	105,2	104,9	105,2	
Nettokaltmiete	%	98,4	100,0	101,4	102,7	104,0	104,4	105,9	106,0	106,3	

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Vj. Kassenstatistik.

2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).

3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

5 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

6 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

7 Einschl. Erhöhungsbetrag.

8 Einschl. Zinsabschlag.

9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.

12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte;

Leistungsgruppe 3: Fachkräfte;

Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer;

Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2012	2013	2014			
		Durchschnitt ¹					Februar	Mai	August	Nov.
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2010 = 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	99,3	100,0	102,8	105,5	107,8	109,4	109,9	110,3	...
davon Rohbauarbeiten	%	99,4	100,0	103,2	106,0	107,9	109,4	109,8	109,9	...
Ausbauarbeiten	%	99,1	100,0	102,5	105,0	107,7	109,5	110,1	110,7	...
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	99,1	100,0	101,3	102,5	103,8	105,3	105,9	106,1	...
Bürogebäude	%	99,5	100,0	102,9	105,4	107,6	109,3	109,8	110,2	...
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	99,5	100,0	103,2	105,6	107,6	109,1	109,5	109,9	...
Straßenbau	%	99,0	100,0	102,3	105,5	107,8	108,5	109,2	109,5	...
							2013		2014	
							3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	207,51	223,39	206,57	225,40	223,59	177,67	223,81	239,06	206,48
Rohbauland	€	43,27	58,59	39,61	46,96	59,72	65,00	79,97	38,57	64,56
Sonstiges Bauland	€	46,37	39,54	42,56	57,33	61,06	47,49	67,34	68,67	77,50

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2012	2013	2013	2014		
		Durchschnitt ¹					Nov.	Sept.	Oktober	Nov.
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)										
Gesamtindex	%	98,9	100,0	102,1	104,1	105,7	106,1	107,0	106,7	...
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	98,8	100,0	102,8	106,3	110,4	110,4	111,1	111,1	...
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	98,4	100,0	101,8	104,8	107,0	108,7	111,0	111,4	...
Bekleidung und Schuhe	%	99,3	100,0	101,2	103,3	104,4	107,4	108,6	108,2	...
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	99,0	100,0	103,1	105,4	107,5	107,8	108,7	108,5	...
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	99,9	100,0	100,4	101,1	102,1	102,2	102,4	102,4	...
Gesundheitspflege	%	99,2	100,0	100,7	103,2	99,4	99,8	101,9	102,1	...
Verkehr	%	96,7	100,0	104,5	107,7	107,5	106,6	108,0	107,3	...
Nachrichtenübermittlung	%	102,3	100,0	96,5	94,8	93,4	92,7	91,9	91,9	...
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,2	100,0	99,7	100,6	103,1	104,5	104,2	103,2	...
Bildungswesen	%	99,7	100,0	99,6	94,0	95,1	92,3	94,2	92,1	...
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	98,9	100,0	101,5	103,6	106,0	106,5	109,0	109,0	...
Andere Waren und Dienstleistungen	%	98,7	100,0	101,6	102,6	104,3	104,9	106,4	106,3	...
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2010 = 100)	%	93,4	100,0	106,4	108,7	105,9	104,9	103,8	103,5	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2010 = 100)	%	96,9	100,0	103,3	104,9	104,3	103,9	104,3	104,2	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2010 = 100) ...	%	98,5	100,0	105,3	107,0	106,9	106,5	105,7	105,5	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	96,0	100,0	105,6	105,8	104,6	103,7	103,6	103,6	...
Investitionsgüterproduzenten	%	100,0	100,0	101,2	102,2	103,0	103,1	103,6	103,7	...
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	99,5	100,0	103,5	106,3	108,4	109,0	109,1	108,5	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	99,7	100,0	101,7	103,3	104,3	104,6	105,9	105,9	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	99,4	100,0	103,8	106,8	109,0	109,6	109,6	108,9	...
Energie	%	99,3	100,0	109,7	113,0	112,0	111,2	107,8	107,3	...
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2010 = 100)	%	88,2	100,0	113,4	119,4	120,8	122,4	108,8p
Pflanzliche Erzeugung	%	83,9	100,0	115,8	126,4	120,3	117,8	99,2
Tierische Erzeugung	%	91,0	100,0	111,8	114,9	121,1	125,3	115,0p
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2010 = 100)	%	95,5	100,0	105,8	108,0	107,4	106,3	106,4	105,8	...
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	.	100,0	104,9	107,7	111,5	111,5	111,7	111,4	...
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	%	.	100,0	114,2	121,3	115,8	111,8	112,7	110,4	...
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2010 = 100)	%	99,4	100,0	101,6	103,3	104,4	104,8	105,4	105,2	...
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	99,6	100,0	102,0	104,6	107,2	107,5	108,3	108,3	...
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	98,9	100,0	102,3	105,7	108,8	108,9	110,1	110,1	...
Kraftfahrzeughandel	%	99,8	100,0	101,2	101,9	101,8	101,9	102,4	102,2	...

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

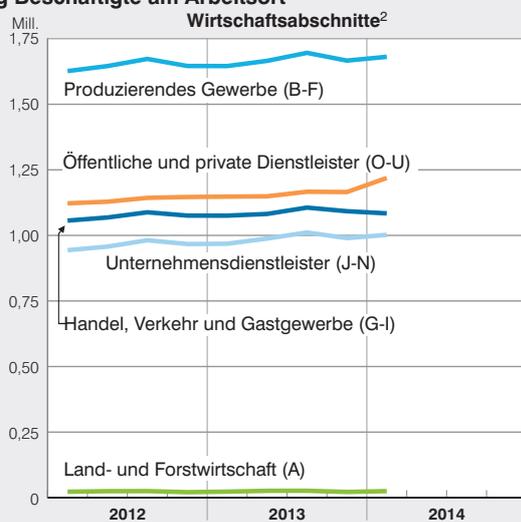
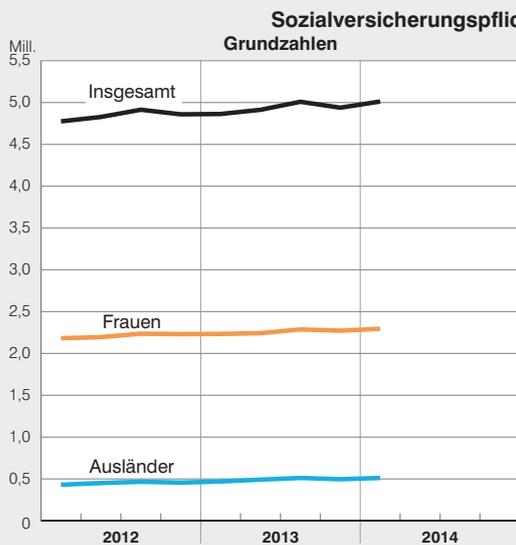
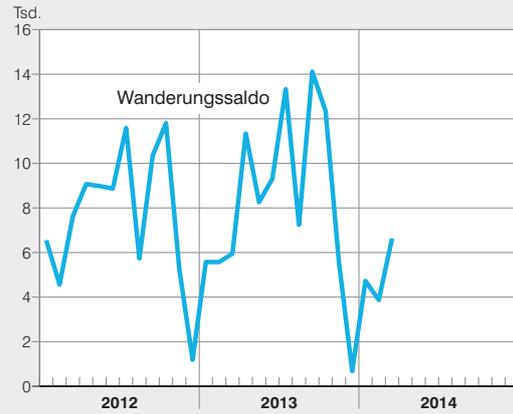
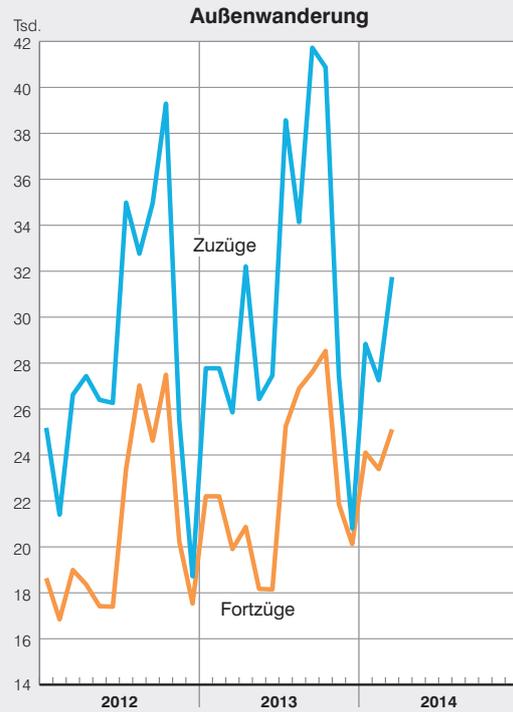
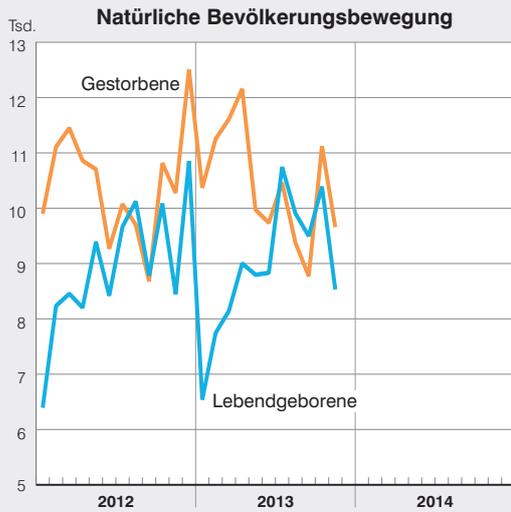
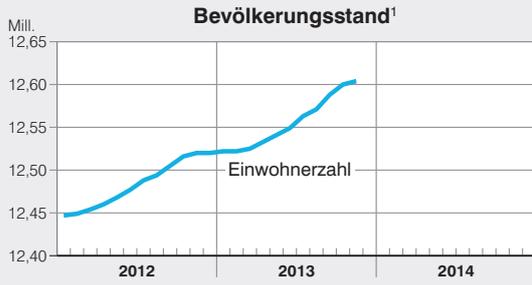
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

2 Einschl. Mehrwertsteuer.

3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

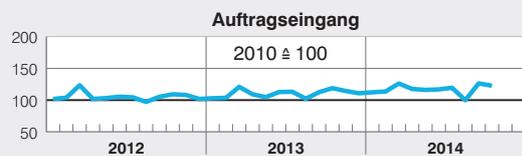
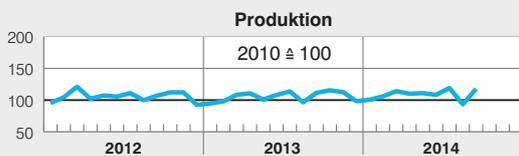
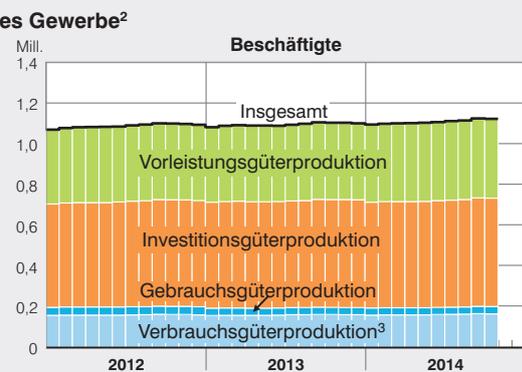
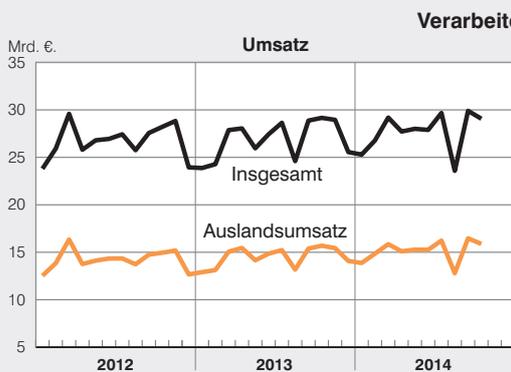
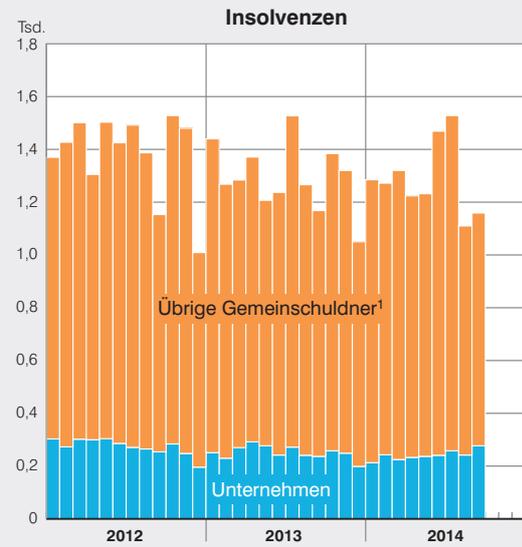
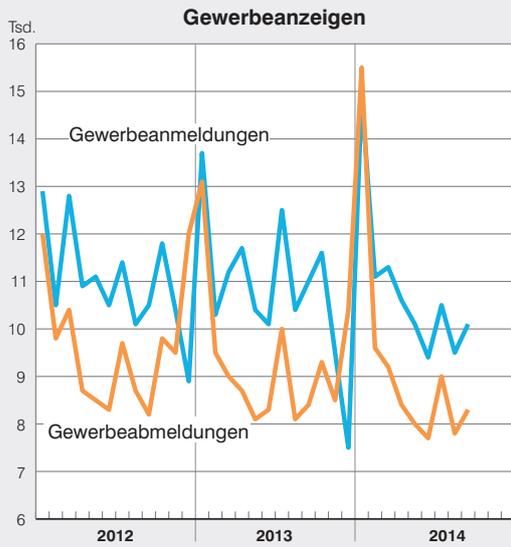
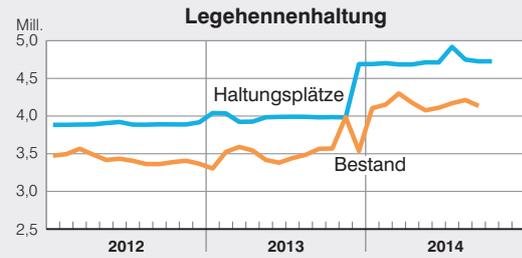
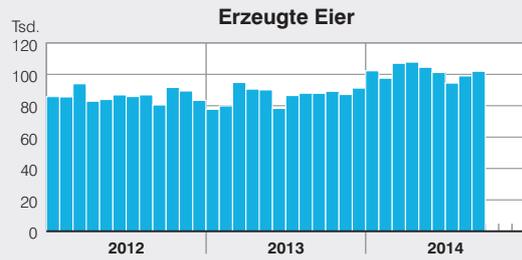
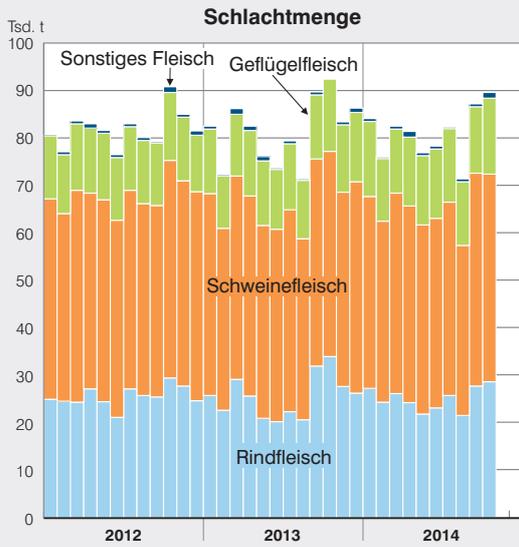
4 Ohne Mehrwertsteuer.

Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

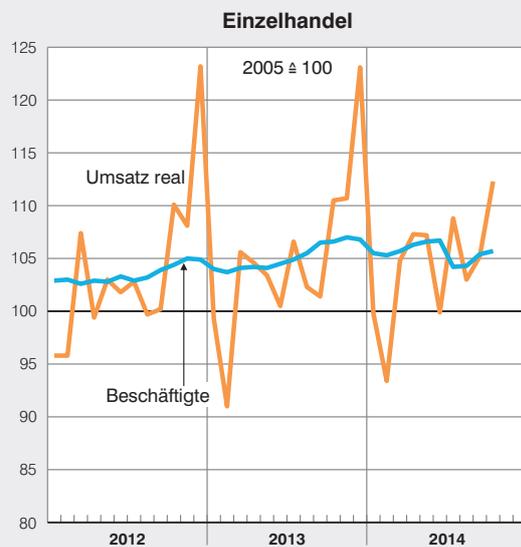
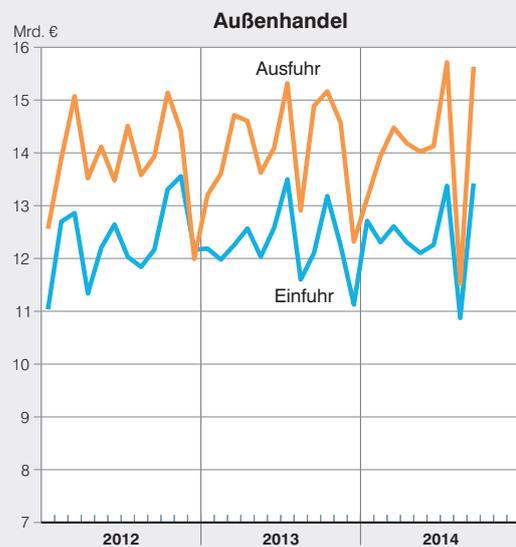
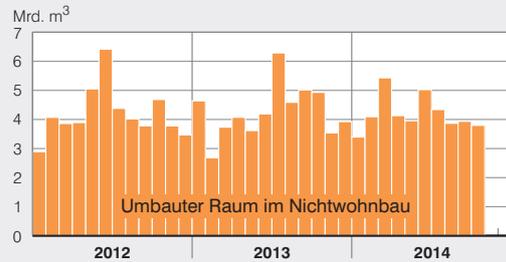
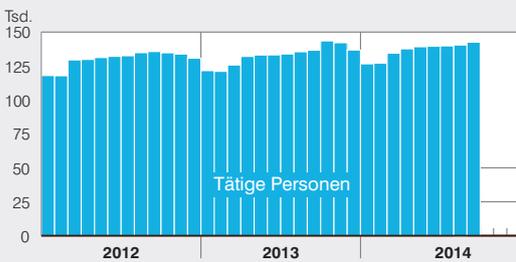
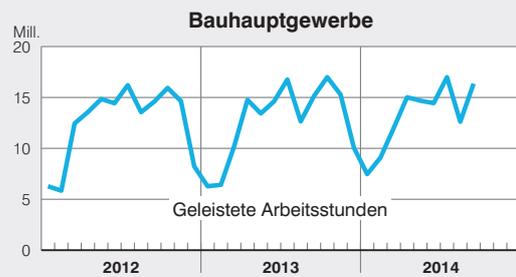
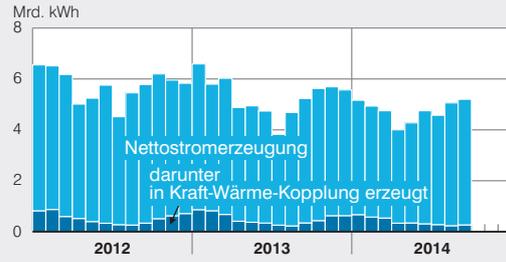
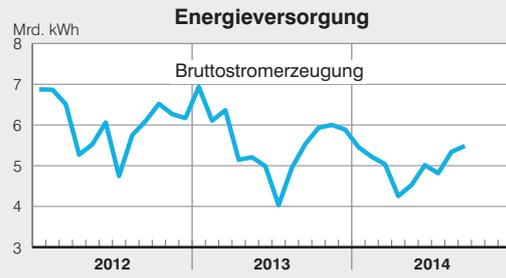
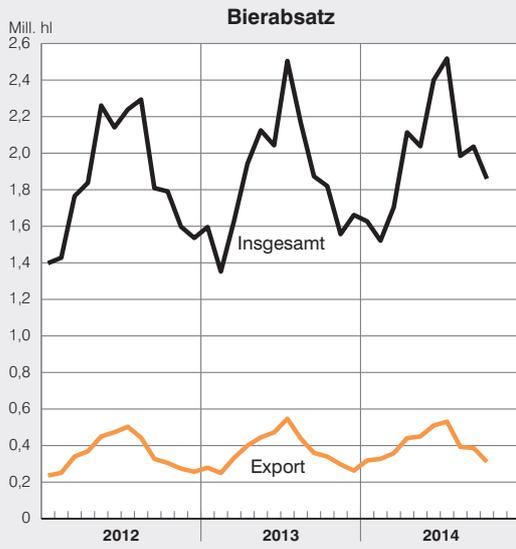


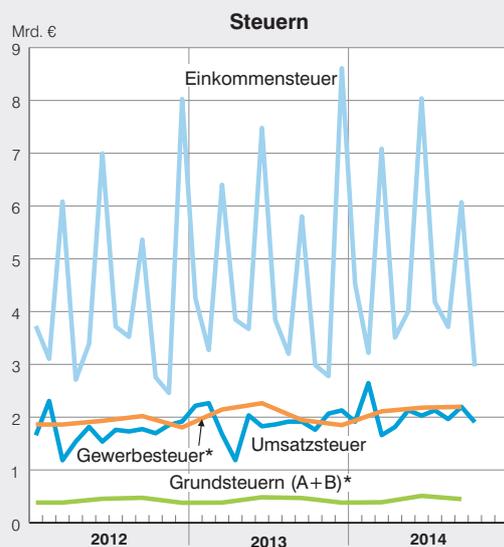
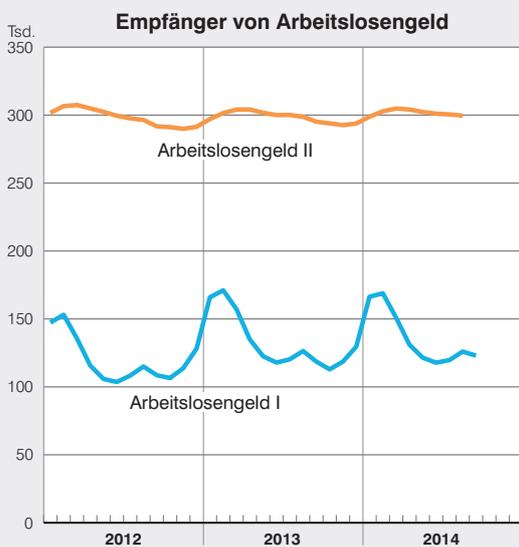
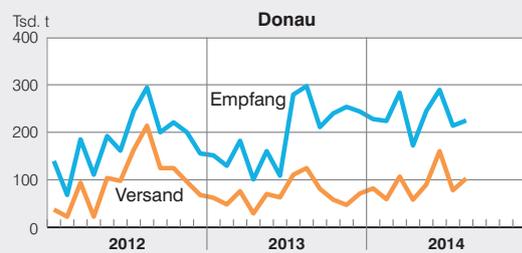
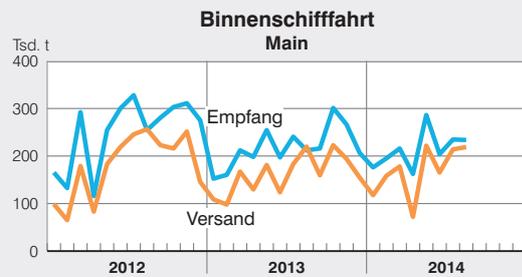
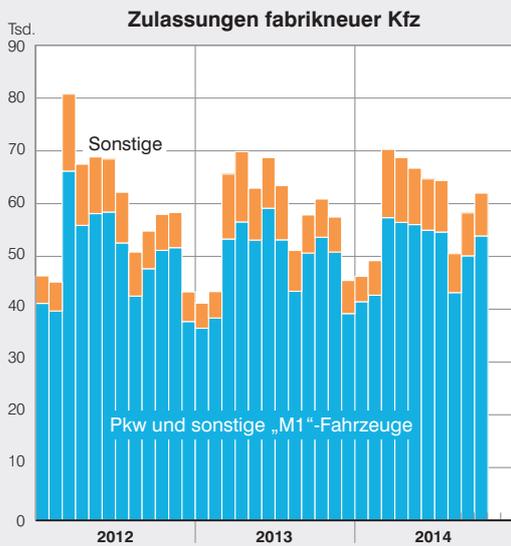
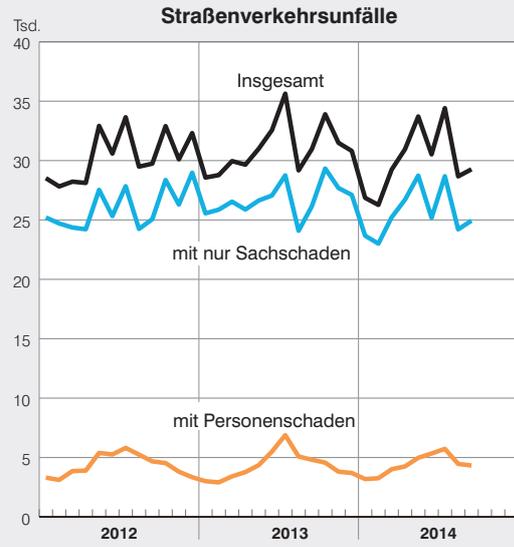
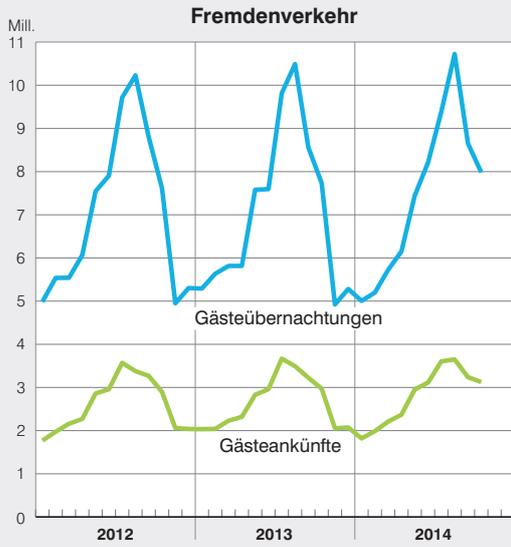
¹ Ab Mai 2011 Basis Zensus 2011.

² Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).



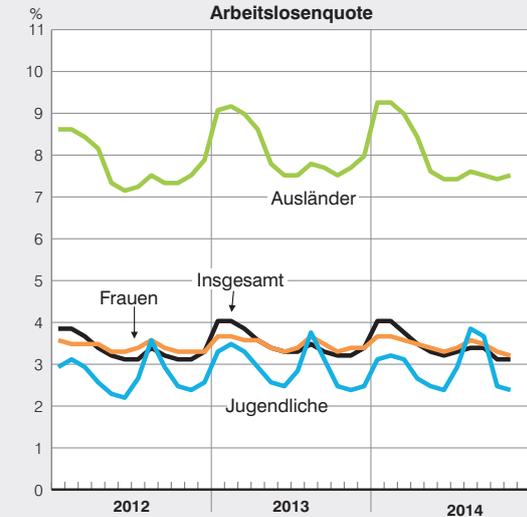
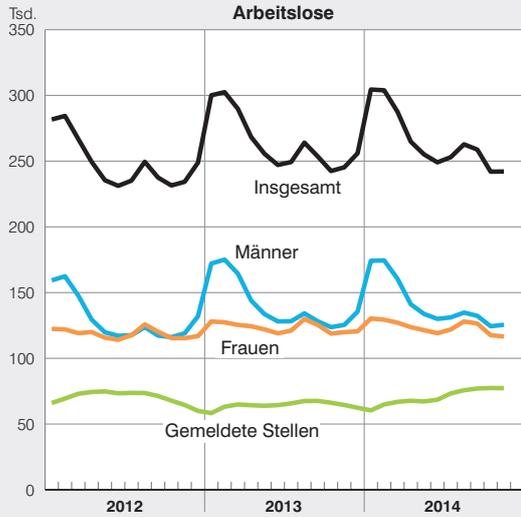
1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
 2 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.
 3 Einschließlich Energie.



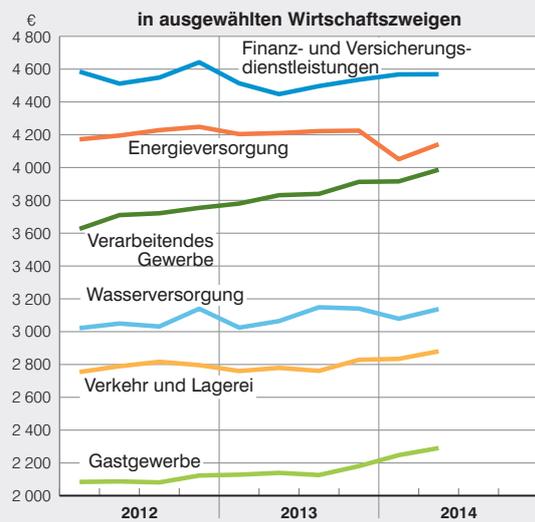
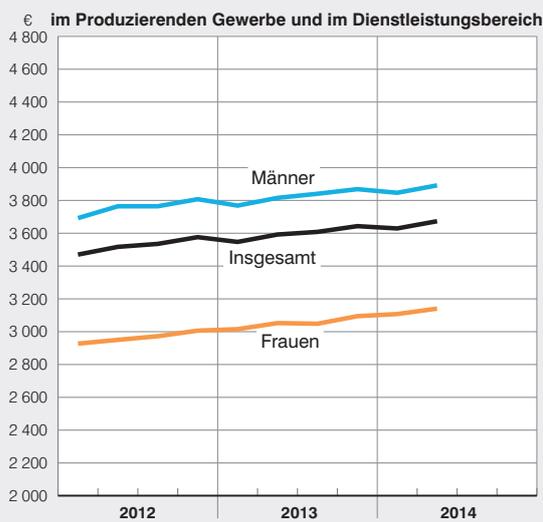


* Quartalswerte.

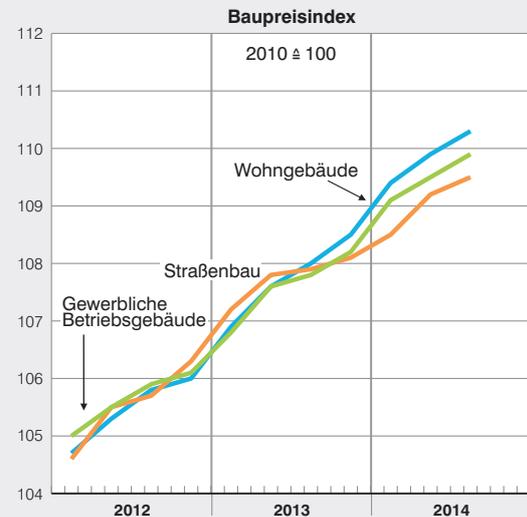
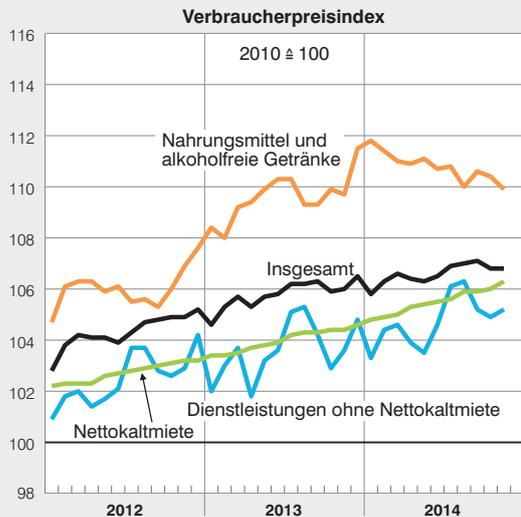
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



November 2014

Statistische Berichte

Bevölkerungsstand

- Einwohnerzahlen der Gemeinden, Kreise und Regierungsbezirke in Bayern 4. Vierteljahr 2013 (Gemeinden) 15,80 €
- Ausländische Bevölkerung in Bayern – Stand 31. Dezember 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Wanderungen

- Wanderungen in Bayern 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Gesundheitswesen

- Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2013 (Regierungsbezirke)

Erwerbstätigkeit

- Bevölkerung und Erwerbstätige Bayerns 2013; Teil II der Ergebnisse der 1%-Mikrozensushebung 2013
- Haushalte und Familien in Bayern 2013; Teil IV der Ergebnisse der 1%-Mikrozensushebung 2013
- Struktur der Bevölkerung und der Haushalte in Bayern 2013; Regionale Ergebnisse des Mikrozensus; Teil V der Ergebnisse der 1%-Mikrozensushebung 2013 (Regierungsbezirke)

Hochschulen, Hochschulfinanzen

- Lehrerausbildung in Bayern Teil 3: Fachwissenschaftliche Prüfungen im Prüfungsjahr 2012/13

Europawahl in Bayern 2014

- Europawahlen in Bayern/Zeitreihe 1979 bis 2014 (Regierungsbezirke) 12,20 €

Bodennutzung und Anbau

- Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern/Totalerhebung 2010 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Wachstumsstand und Ernte

- Hopfenernte in Bayern 2014 (Anbaugebiete)

Gewerbeanzeigen

- Gewerbeanzeigen in Bayern (monatlich) im September 2014

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) im September 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im September 2014
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im September 2014

Baugewerbe insgesamt

- Baugewerbe in Bayern im September 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Bauhauptgewerbe

- Bauhauptgewerbe in Bayern (Ergebnisse der Ergänzungserhebung im Juni) 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Ausbaugewerbe

- Ausbaugewerbe in Bayern (Ergebnisse der jährlichen Erhebung im 2. Vierteljahr) 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im September 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise) 8,40 €

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im September 2014
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im August 2014
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im September 2014
- Aus- und Einfuhr Bayerns – endgültige Ergebnisse 2013
- Tourismus in Bayern im September 2014 (Gemeinden) 17,60 €
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im September 2014

Verkehr

- Binnenschifffahrt in Bayern im August 2014 (Häfen)

Sozialhilfe

- Sozialhilfe in Bayern 2013/Teil II: Empfänger (Kreisfreie Städte und Landkreise) 20,50 €

Kinder- und Jugendhilfe

- Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in Bayern 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise) 13,00 €

Gemeindefinanzen

- Bezirks- und Kreisumlagen, Schlüsselzuweisungen, Steuer- und Finanzkraft in Bayern 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise) 8,80 €

Steuern

- Einkommen der natürlichen Personen in Bayern 2010 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Preise- und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern sowie Jahreswerte von 2011 bis 2013 im Oktober 2014
- Verbraucherpreisindex für Bayern/Monatliche Indexwerte von Januar 2010 bis Oktober 2014 6,10 €
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im Oktober 2014 (Bund) 4,40 €
- Kaufwerte für Bauland in Bayern 2. Vierteljahr 2014 3,30 €

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

- Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte in Bayern 2013

Abfallwirtschaft, Recycling

- Abfallwirtschaft in Bayern 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Umweltschutzausgaben und -produkte

- Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe in Bayern 2012
- Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz in Bayern 2012

Verzeichnisse

- Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Bayern – Stand: 31. Dezember 2013 (Standorte) 20,50 €
- Verzeichnis der Kindertageseinrichtungen in Bayern – Stand 1. März 2014 (Standorte) 44,60 €

Alle Statistischen Berichte und einige ausgewählte Querschnittsveröffentlichungen sowie fast alle Gemeinschaftsveröffentlichungen sind **als Datei zum kostenlosen Download verfügbar** unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen bzw. www.statistikportal.de/Statistik-Portal/publ.asp Ein **kostenpflichtiger Druck** dieser Veröffentlichungen ist auf Anfrage **möglich**.

Werden **Veröffentlichungen auch als Druckwerk oder als kostenpflichtige Datei** angeboten, so ist jeweils der **Einzelpreis** (ohne Versandkosten) angegeben.

Bei jeder Veröffentlichung ist i.d.R. in Klammern die **kleinste regionale oder kleinste sonstige Einheit** angegeben, bis zu der die Daten ausgewiesen werden.

Das **Veröffentlichungsverzeichnis 2014** ist als Datei verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen und kann auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Im Internet unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen oder direkt über vertrieb@statistik.bayern.de (siehe auch zweite Umschlagseite).



Statistisches Jahrbuch für Bayern 2014

Das Statistische Jahrbuch für Bayern ist das Standardwerk der amtlichen Statistik in Bayern seit 1894. Umfassend und informativ bietet es jährlich die aktuellsten Statistikdaten über Land, Leben, Leute, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in Bayern an.

Auf über 600 Seiten enthält es die wichtigsten Ergebnisse aller amtlichen Statistiken – in Form von Tabellen, Graphiken oder Karten – zum Teil mit langjährigen Vergleichsdaten und Zeitreihen. Ebenso werden ausgewählte wichtige Strukturdaten für Regierungsbezirke, kreisfreie Städte und Landkreise sowie Regionen Bayerns, aber auch für alle Bundesländer und die EU-Mitgliedstaaten dargestellt. Daten aus Statistiken anderer Dienststellen und Organisationen vervollständigen das Angebot.

Preise

Buch	39,- €
CD-ROM (PDF)	12,- €
Buch + CD-ROM	46,- €

Information und Bestellung

Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457
vertrieb@statistik.bayern.de



Das Jahrbuch und alle anderen Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen